

Studentenmagazin

März 1975

5. Jahrgang

1,- DM

rote blätter 25

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

**6. Bundes-
vorstands-
tagung:
„Mit dem
Studenten-
aktions-
programm –
Vorwärts zum
4. Bundes-
kongreß!“**

**Berichte aus
Peru, Portugal,
Südafrika**

**In dieser
Ausgabe:
Vollständiger
Abdruck des
Kongreßpapiers**





Franz Hutzfeldt
verantwortlicher Redakteur,
Mitglied des Sekretariates des
Spartakus-Bundesvorstandes.

Was geht mich das an?

Das ist eine Spartakistensache, was geht es mich an, ich bin nicht Spartakist, werden etliche Leser sagen, die in diesem Heft lesen, daß im Oktober der 4. Bundeskongreß des MSB Spartakus stattfindet.

Die Frage ist berechtigt, die Antwort einfach: Der 4. Bundeskongreß ist keine Sache für Verbandsinsider, das in diesem Heft veröffentlichte Kongreßpapier kein Auftakt für verbandsvertrauliche Programmdiskussionen und der vom Bundesvorstand ausgerufene Wettbewerb ist keine Domäne verbandsinternen Wettkampfes. Im Gegenteil: Wettbewerb, Kongreßpapier und schließlich auch der Kongreß gehören mitten hinein in das politische Leben der Studenten unseres Landes, mitten hinein in Sternmarschvorbereitung, mitten hinein in den Kampf gegen die Erhöhung von Wohnheimmieten und Mensapreisheröhung. Die Kongreßvorbereitung soll den Spartakus befähigen, den Interessenkampf der Studenten noch wirkungsvoller zu organisieren.

Dazu gehört zum Beispiel, daß jeder Spartakist die politischen Probleme und Fragen kennt, die in den Vorlesungen und Seminaren seines Fachbereiches und Institutes auftauchen. Daß er sie nicht für sich behält, sondern in der Sektion gemeinsam mit den Genossen diskutiert. Denn das ist ja einer der wichtigen Vorteile des Spartakus: Man steht nicht allein, sondern gemeinsam mit Genossen kommt man viel besser auf Ideen, wie man ein Problem angehen kann.

Und auch das ist klar: So gut ein Vorschlag des Spartakus auch sein mag, allein, sozusagen als Stellvertreter der Studenten an einem Fachbereich, in einem Seminar können Spartakisten gegen keine Prüfungsverschärfung kämpfen, keine wirklichkeitsfremden und reaktionären Lehrinhalte bekämpfen. Das geht nur, wenn die Studenten eines Seminars oder Fachbereiches gemeinsam handeln.

Diese Aufgaben möglichst gut und erfolgreich zu lösen, das ist die Grundaufgabe des Wettbewerbes, das ist die Grundaufgabe der Kongreßvorbereitung überhaupt. Und dafür gibt es bereits seit zwei Jahren eine hervorragende Orientierungshilfe, das auf dem 2. Bundeskongreß 1973 verabschiedete Studentenaktionsprogramm. Viele wichtige Grundgedanken dieses Programmes werden heute von einer großen Anzahl von Studenten auch dann geteilt, wenn sie in vielen Fragen noch nicht mit uns übereinstimmen. Die Diskussion des Kongreßpapiers, die Vorbereitung des Bundeskongresses sollen dazu beitragen, dieses Studentenaktionsprogramm im täglichen Kampf an der Hochschule noch besser zu nutzen.

In seiner ganzen Herangehensweise orientiert das Kongreßpapier auf eine lebhafte Auseinandersetzung mit den Fragen der Studenten. Nicht nur eine Auseinandersetzung über die Initiierung von Aktionen, die Lösung von Problemen. Sondern auch über die Grundlagen der Spartakus-Politik zu diskutieren, darüber, wie der Spartakus sich den Sozialismus in der Bundesrepublik vorstellt, welche strategischen Vorstellungen der Spartakus hat.

Den 4. Bundeskongreß erfolgreich vorbereiten heißt also, im Interesse der Studenten noch mehr Studenten für den gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen. So wird der Wettbewerb des Spartakus entscheidend dazu beitragen, daß die örtlichen und Fachbereichs-Bewegungen, vor allem der Sternmarsch im Sommer zu sichtbaren politischen Erfolgen für die Studenten werden.

Den Kongreß vorzubereiten, heißt also, noch in den Ferien mit den Kommilitonen, die an den Universitäten sind, über den Sternmarsch zu diskutieren. Heißt also, vom ersten Vorlesungstag des Sommersemesters an in den Vorlesungen, den Übungen und Seminaren die Kommilitonen über den Sternmarsch und über die am Ort und an Fachbereichen entstehenden Aufgaben zu informieren.

Wo auf Initiative des Spartakus Seminare und Vorlesungen den Beschuß fassen, am Sternmarsch teilzunehmen, wo Professoren und Dozenten den Sternmarsch unterstützen, wo sich Jugendvertretungen in den Betrieben am Ort mit den Sternmarschforderungen solidarisieren, da wird der 4. Bundeskongreß des MSB Spartakus vorbereitet.

Darum: Vorwärts zum Sternmarsch! Mit dem Studentenaktionsprogramm – Vorwärts zum 4. Bundeskongreß!

Franz Hutzfeldt

rb intern

Unsere Stammleser werden das gewohnte Bild der roten blätter dieses Mal vermissen. Denn ein Thema beherrscht dieses Heft beinahe von der ersten bis zur letzten Seite: Der von der letzten Bundesvorstandstagung des MSB Spartakus beschlossene 4. Bundeskongreß. Warum dieser Kongreß und seine Vorbereitung keine Sache für Verbandsinsider ist, warum der Kongreß sozusagen jeden Studenten angeht, dazu hat der verantwortliche Redakteur der roten blätter ausführlich auf der Seite 2 argumentiert.

Das ist auch der Grund dafür, daß wir das Kongreßpapier in diesem Heft in seiner vollen Länge abgedruckt haben. Denn dieses Papier soll nicht nur im Spartakus und unter Spartakisten diskutiert werden, sondern mit den Kommilitonen und natürlich auch Lesern, die nicht im Spartakus organisiert sind. Und von unseren Lesern sind immerhin 25 500 nicht im Spartakus organisiert (wobei noch nicht einmal berechnet wurde, daß ein Heft pro Ausgabe dreimal gelesen wird).

Dieses Heft hat allerdings nur eine Auflage von 10 000 Exemplaren, weil in den Semesterferien der Freiverkauf stark eingeschränkt ist und hauptsächlich Abonnenten beliefert werden.

Trotzdem unsere dringende Aufforderung an die Leser, besonders auch an diejenigen, die nicht im Spartakus sind:

Schreibt eure Meinung zum Kongreßpapier. Berichtet über Erfahrungen aus Diskussionen mit anderen über das Kongreßpapier.

Berichtet über Aktionen, bei deren Entwicklung das Kongreßpapier eine Rolle gespielt hat, wie man mit dem Kongreßpapier in der „praktischen Politik vor Ort“ arbeitet. Also noch einmal: Überschüttet uns mit Berichten und Briefen. Die Redaktion ist gerüstet!

Das nächste Heft, die Aprilausgabe, wird dann wieder in gewohnter Vielfalt erscheinen.

Die Redaktion hat einen weiteren Redakteur dazugewonnen. Bernd Schachenmayer aus München, der davor verantwortlicher Redakteur der bayrischen Spartakuszeitung „unireport“ war. Damit stoßen in der Redaktion nationale Gegensätze aufeinander. Denn der verantwortliche Redakteur, Franz Hutzfeldt, ist Ostfriese.

Studentenmagazin
rote blätter

Organ des Marxistischen
Studentenbundes SPARTAKUS

53 Bonn 1
Poppelsdorfer Allee 58 a
Tel. 0 22 21 - 63 12 02/03

Postadresse:
MSB SPARTAKUS Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach

Herausgeber:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

Redaktion:
Franz Hutzfeldt (verantwortlich)
Bernd Schachenmayer

Gestaltung:
Friederike Görke

Erscheint in der
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 02 31 - 57 20 10

Druck und Versand:
Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH,
404 Neuss, Xantener Straße 7
Telefon 0 21 01 - 5 70 81

Anzeigenbüro:
Ulrich Maske
2 Hamburg 76
Buchtstraße 12 a
Telefon 0 40 - 2 29 84 83

Auflage: 10 000
Preis: 1 DM

Die roten blätter erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Porto 10,50 DM. Bestellungen an den Spartakus-Bundesvorstand

Einzelausgaben erhältlich bei jedem Spartakisten und (gegen Voreinsendung von 1 DM + 0,70 DM Porto) beim SPARTAKUS-Bundesvorstand

Adressenänderungen und Anfragen wegen Lieferungsschwierigkeiten bitte an den Verlag

Namentlich gekennzeichnete Artikel können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben

Abdruck nur mit Quellenangabe und 2 Belegexemplaren an die Redaktion

Fotos / Karikaturen:
Fernschild, Frontal, Högemann, Huber, Meyborg-Arbeiterfotografie Hamburg (Titelfoto), Taroni, MSB-Gruppen / Babs, Bauer, Kurowski

Konten:
Spartakus-Bundesvorstand
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn 10141 440;
Postcheckamt Köln 27 11 87-503
Weltkreis-Verlag
PSchAmt Dortmund 536 10-469

nachrichten

Bildungskonferenz in München: Kampf den Lehrstellen- expressen

Auf der ersten gemeinsamen Konferenz von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten in der BRD berieten 600 Teilnehmer — davon waren 69 Jugendvertreter und 37 Vertrauensleute — zusammen mit 12 Delegationen aus dem sozialistischen und kapitalistischen Ausland über die Bewältigung der hiesigen Bildungsmisere. Die Konferenz wurde von SDAJ und MSB Spartakus, mit Unterstützung durch den WBDJ (Weltbund der Demokratischen Jugend), veranstaltet und stand unter der Losung: „Für demokratische Bildung und Berufsausbildung — für wirksame Mitbestimmung der Jugend in Betrieben, Schulen und Universitäten.“

Vor Beginn der Konferenz fand eine Demonstration statt, an der sich ca. 6000 Personen, darunter zahlreiche sozialdemokratische, christliche und unorganisierte Jugendliche, beteiligten. An der Eröffnungskundgebung haben mehr als 12 000 Menschen teilgenommen.

Der anschließende Kongreß beschäftigte sich mit den Folgen der kapitalistischen Krise für die

arbeitende und lernende Jugend und der chronischen Bildungsmisere in der Bundesrepublik.

Gegenwärtig sind ca. 300 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. 250 000 Jugendliche im berufsschulpflichtigen Alter finden keine Lehrstelle und 100 000 Abiturienten sind ohne Studienplatz. Die fehlende materielle Absicherung des Studiums, innerer NC usw. bewirken, daß ca. 30 Prozent der Kommilitonen die Uni ohne Studienabschluß verlassen.

62 Prozent der jugendlichen Arbeitslosen sind An- und Ungelehrte. Das zeigt deutlich, daß die Arbeitsplatzunsicherheit um so größer ist, je schlechter die Berufsausbildung war.

Der Kongreß betonte die Gemeinsamkeit der Forderungen von Arbeiterjugend-, Schüler- und Studentenverbänden nach:

- sofortiger Bereitstellung von genügend qualifizierten Ausbildungssätzen;
 - Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen Fragen der Berufsbildung;
 - Recht auf einen Arbeitsplatz nach der Ausbildung;
 - Stärkung der Massenkaufkraft durch Preisstopp und Erhöhung der Löhne;
 - Abschaffung des Numerus clausus;
 - kostendeckender Ausbildungsförderung;
 - Recht auf organisierte politische Interessenvertretung.
- Zur Durchsetzung dieser Forderungen werden gemeinsame Aktionen der Arbeiterjugend und der Studenten angestrebt.



MSB beschließt 4. Bundeskongreß

Kommuniqué

Am 15. und 16. Februar 1975 führte der Bundesvorstand des MSB Spartakus in Gießen seine 6. Tagung durch. Der Bundesvorstand befaßte sich mit den politischen Entwicklungen des Wintersemesters und diskutierte die Aufgaben, die vor der Studentenschaft im Sommersemester stehen.

Dabei hob der Bundesvorstand noch einmal den großen Erfolg hervor, den die Studenten in der bundesweiten Urabstimmung mit ihrer eindeutigen Entscheidung für eine Verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat erzielt haben. Er begrüßte die weitere Stärkung des Verbandes in den Wahlen zu den Studentenparlamenten und Fachschaftsräten im Wintersemester.

Im Zentrum der Diskussion stand der Beschuß des Bundesvorstands, am 16. und 17. Oktober 1975 in Köln den 4. Bundeskongreß des MSB Spartakus durchzuführen.

In diesem Aufruf forderte der Bundesvorstand alle Mitglieder auf, durch verstärkte Arbeit mit dem Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus und durch vielfältige Initiativen in jedem Fachbereich und Institut den Kampf der Studenten zu unterstützen. Der Bundesvorstand rief die Studenten auf, über das Studentenaktionsprogramm und die Grundlagen der Spartakus-Politik mit allen Genossen des MSB Spartakus zu diskutieren.

Der Bundesvorstand verabschiedete ein „Papier zur Vorbereitung des 4. Bundeskongresses“, das die aktuelle Bedeutung des Studentenaktionsprogrammes aufzeigt.

Zur Vorbereitung dieses 4. Bundeskongresses beschloß der Bundesvorstand einen Wettbewerb, der den Masseneinfluß des MSB festigen und ausbauen und den Verband befähigen soll, gemeinsam mit den Studenten die dringendsten Fragen und Probleme zu lösen. Besondere Bedeutung hat dabei die Vorbereitung des großen Sternmarsches im Sommersemester.

In einem Beschuß unterstützte der Bundesvorstand die Aktionen anlässlich des 8. Mai, des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Der Bundesvorstand nahm 11 neue Gruppen in den Verband auf.

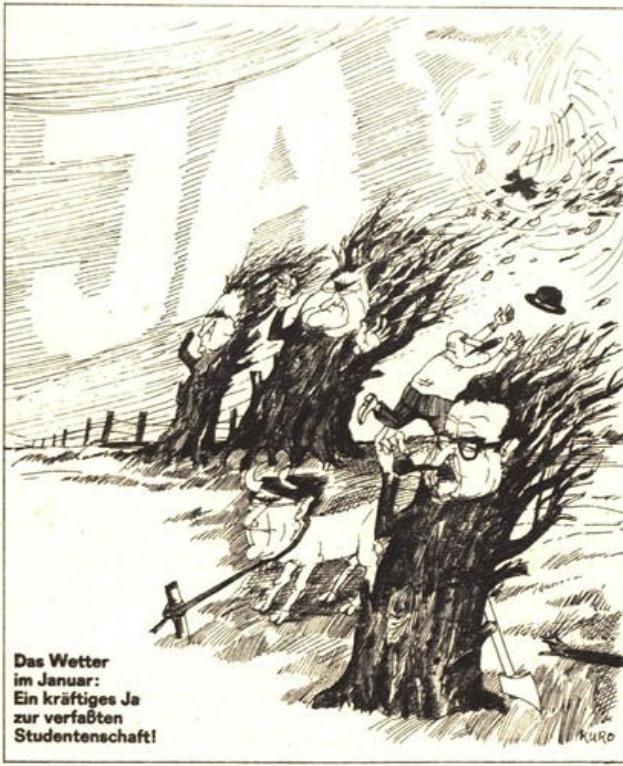
Schülerkongreß: Eltern entlasten

Am 1. März führte die SDAJ gemeinsam mit den sozialistischen Schülergruppen einen Schülerkongreß in Bremen durch. Über 1000 Schüler aus der Bundesrepublik diskutierten, wie eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen zu erreichen sei. Die Forderungen der wachsenden demokratischen Schülerbewegung

- Mehr Geld für die Bildung — weniger für die Rüstung!
- Finanzielle Förderung für Schüler — Eltern entlasten!
- Weg mit dem Numerus clausus!
- Ausreichende Lehr- und Ausbildungssätze für die Schulabgänger!
- Für fortschrittliche demokratische Bildungsinhalte!
- Für wirksame Mitbestimmung der Schüler, Lehrer und Eltern!

sollen — nach den Aussagen des Kongresses — gemeinsam mit der Arbeiterjugend und den Studenten durchgesetzt werden.





Das Wetter im Januar:
Ein kräftiges Ja
zur verfaßten
Studentenschaft!

Urabstimmung: 130 000 für verfaßte Studentenschaft

An 84 Hochschulen der Bundesrepublik wurde die von der 26. ordentlichen Mitgliederversammlung des vds beschlossene Urabstimmung zur Verteidigung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat und zur Gründung eines neuen Dachverbandes (durch die Zusammenlegung von vds und SVI) durchgeführt. Im Bundesdurchschnitt liegt die Wahlbeteiligung zwischen einem Drittel und der Hälfte der jeweiligen Studentenschaft. Die Ja-Stimmen schwanken dabei um die 90-Prozent-Marke.

Damit haben über 130 000 Studenten — also jeder 6. Student der Bundesrepublik — ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, die Interessenvertretungsorgane zu verteidigen. Dies ist auch ein klares Votum gegen die Versuche der Bundesregierung durch Mittelentzug die studentischen Dachverbände finanziell auszutrocknen und mit dem Hochschulrahmengesetz ihr Vorgehen gegen die verfaßte Stu-

dentenschaft auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Die vielfältigen Angriffe der Herrschenden auf die Urabstimmung — von juristischen Verbots wie in Marburg und Münster bis zu massiven Behinderungen — zeigen, wie sehr dies breit angelegte Votum der Studenten für ihre Interessenvertretungen ins Schwarze getroffen hat. Die Urabstimmung machte deutlich, daß es weit über den Wählerkreis von MSB und SHB hinaus an den Hochschulen ein Potential für eine gewerkschaftlich orientierte Politik gibt. Viele Studenten haben erkannt, daß sie Interessenvertretungsorgane im Kampf gegen den zunehmenden Studiendruck und die weitere Verschlechterung der sozialen Lage brauchen. Rechte und sektiererische Studentengruppen, die die Urabstimmung sabotieren wollten, haben sich im Verlauf der Urabstimmungskampagne von der Masse der Studenten isoliert. In Marburg und Münster ist der RCDS mit dem Versuch gescheitert, unter Zuhilfenahme bürgerlicher Gerichte die Urabstimmung zu Fall zu bringen, nachdem er sich in der Diskussion mit den Kommilitonen nicht durchsetzen konnte.

Freilich werden die Kultusminister weiterhin versuchen, die Studenten durch politische Re-

Willi Bleicher: „Die Berufsverbotspraxis ist beschämend“

In einer Solidaritätserklärung von Willi Bleicher, ehemaliger Bezirksleiter der IG Metall, für den vom Berufsverbot betroffenen Stuttgarter Bauingenieur Heiner Blasenbrei, Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus, heißt es:

Als Widerstandskämpfer gegen Nazismus und Krieg war ich selbst Zeuge und Opfer ähnlicher Maßnahmen, die zu Beginn des Dritten Reiches gegen alle nicht konformen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und parallel dazu in der privaten Wirtschaft ergriffen wurden.

Damals wurden unter Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums“ vom 7. April 1933 alle, die nicht Gewähr dafür boten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintraten, aus dem Dienst entlassen. Heute wird mit dem Schieberlaß diese makabre Vergangenheit wieder offenbar. Es sei daran erinnert, daß schon der Großvater von Heiner Blasenbrei als SPD-Funktionär in Stuttgart-Heslach wegen seiner Gesinnung im Jahre 1933 im KZ Heuberg inhaftiert wurde.

Wenn Heiner Blasenbrei als aktives Mitglied des Marxistischen Studentenbundes Spartakus und der Gewerkschaft ÖTV den Kampf aufgenommen hat gegen das Bildungspatent der Reichen, gegen militaristische, rassistische und arbeiterfeindliche Lehrinhalte, für die Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen und für die demokratische Kontrolle von Forschung und Lehre durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen, dann entspricht das den Forderungen der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften, wie sie auch Eingang in das Grundgesetz der BRD gefunden haben, aber immer noch auf ihre Verwirklichung warten.

Hier die Entfernung engagierter Demokraten aus dem öffentlichen Dienst, dort der Rausschmiss von aktiven Betriebsjugendsprechern; das sind die zwei Seiten einer Medaille. Die Betroffenen sind wieder engagierte Demokraten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter und Christen. Betroffen sind letztlich alle, die aktiv für die Erfüllung des antifaschistischen Auftrags des Grundgesetzes eintreten.

Die Berufsverbotspraxis ist beschämend und erfordert den Protest und Widerstand aller demokratischen Kräfte.

pressionsmaßnahmen einzuschüchtern und die verfaßten Studentenschaften zu zerschlagen. Aber durch das mehrheitliche Votum für Interessenvertretungsorgane mit politischem Mandat ist der Wille der Studenten deutlich geworden, sich nicht politisch mundtot machen zu lassen und ihr Instrumentarium für eine wirksame Interessenvertretung zu erhalten. Daran können auch diejenigen nicht vorbei, die gegenwärtig an 14 Hochschulen versuchen, das politische Mandat

der verfaßten Studentenschaft durch Gerichtsverfahren verbieten zu lassen.

Der Erfolg der Urabstimmung mit unserem Textvorschlag bedeutet aber auch ein Votum für einen politisch aktiven neuen Dachverband, der durch die Vereinheitlichung der bundesweiten Aktionen zur Durchsetzung unserer Interessen — wie das mit dem Sternmarsch im Sommersemester geplant ist — die in ihnen gesetzten Erwartungen erfüllt.

Hochschul-formierung: Polizei gegen Wahlurnen

Eine ca. 60 Mann starke Polizeitruppe besetzte die Pädagogische Hochschule in München, um die von einer Studentenschaftsversammlung der Ludwig-Maximilians-Universität beschlossenen Wahlen zum Studentenparlament zu verhindern. Die Polizei drang in die Räume der Universität ein, riß Informationstische ab und störte in ihrem Bemühen, die Urnenwahl zu verhindern, den Lehrbetrieb ganz erheblich.

Schon in der Woche vorher hatte Rektor Lobkowicz (Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft) in einem Brief an den mit der Durchführung der Wahlen beauftragten Altestenrat der Studentenschaft gedroht, daß er die Wahlen als Hausfriedensbruch betrachte. Zu den Wahlen kandidierten MSB Spartakus, SHB, Liberaler Hochschulverband, Jungdemokraten und unorganisierte Studenten.

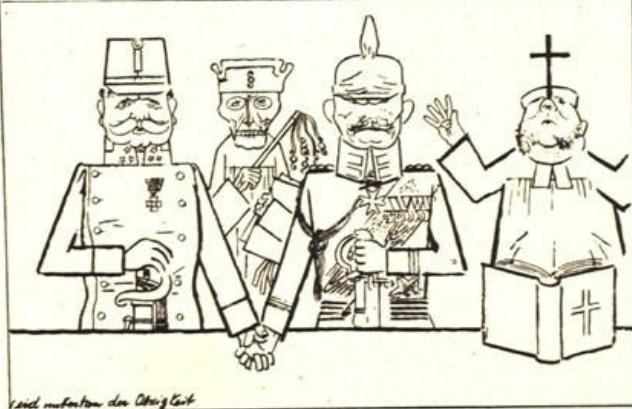
Die Maoisten wurden — angeregt durch den Polizeieinsatz — auf ihre Weise aktiv, um die ihnen nicht genehmen Wahlen zu verhindern. Mit Schlagstöcken bewaffnet beteiligten sie sich an den Aktivitäten der Uniformierten, rissen die Wahlaufzüge von den Wänden und verbrannten vor der Mensa eine große Wandzeitung, die zur Konventswahl auffiel.

Trotz dieser Widrigkeiten und dem ständig hinter der Universität in Bereitschaft stehenden Polizeiaufgebot wurden die Wahlen weitergeführt. Die Kommilitonen nahmen die Wahlurnen nun mit in die Vorlesungen und Seminare — in der Hoffnung, daß man es doch nicht wagen würde, die Urnen aus vollbesetzten Hörsälen zu holen.

Die Wahlbeteiligung wird natürlich unter diesen Umständen gelitten haben (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch aus), aber selbstverständlich werden die gewählten Vertreter einen ASTA bilden.

Zusammen mit dem reaktionären BUF-Rektor versucht die CSU durch den Einsatz polizeilicher Brachialgewalt die studentischen Vertretungsorgane zu liquidieren. Obwohl im letzten Sommersemester 10 000 Münchener Studenten in einer Urabstimmung für die Beibehaltung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat votiert hatten.

Mit diesem Vorgehen tritt die CSU die Grundrechte der Koalitionsfreiheit und der freien Meinungsäußerung mit Füßen und offenbart im 30. Jahr nach dem Faschismus ein Demokratieverständnis wie es im „tausendjährigen Reich“ vorherrschte. Die Münchner Kommilitonen brauchen jetzt unsere konkrete Solidarität. Es sollte keine Vollversammlung, kein studentisches Gremium geben, das nicht das Vorgehen der Kultusbürokratie verurteilt und der Münchener Studentenschaft die Unterstützung zusichert.



Solidarität mit Vietnam

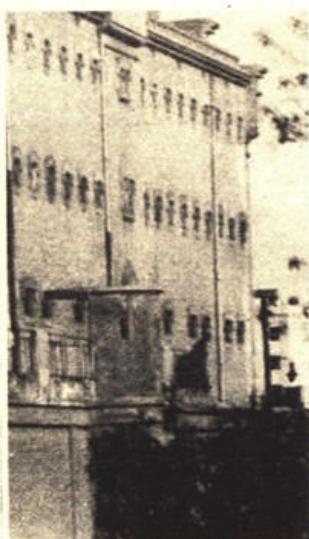
Vietnam: 400 DM für Schule in Nam Ha

Aus Anlaß des 2. Jahrestages der Unterzeichnung des Pariser Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wurden vom MSB Spartakus, vom SHB und vom Bund demokratischer Wissenschaftler an der Universität Bielefeld vom 28. bis 30. 1. 1975 „Tage der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk“ durchgeführt.

Im Rahmen von zwei Informationsveranstaltungen berichtete zum einen Professor Dr. K. Krickeberg (Uni Bielefeld) von seinem wissenschaftlichen Arbeitsaufenthalt in der Demokratischen Republik Vietnam im Sommer 1974; zum anderen informierte Dr. Gabriele Sprigath (München) über die politische Situation in Vietnam zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens.

Die Tage der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk erbrachten einen Erlös von 400 DM, der je zur Hälfte an das Spendenprojekt „Schule in Nam Ha“ der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität und an die „Wissenschaftlich-technische Hilfe“ der Hilfsaktion Vietnam e. V. überwiesen wurde.

Hilfsaktion Vietnam e. V.
PschKto 900 40-430
PschA Essen
Kennwort „Schule“



Gefängnis in Burgos

Spanien: Hochschulen besetzt

Die Polizei des Franco-Regimes übernahm die Kontrolle über alle spanischen Hochschulen. Mehrere Universitäten wurden geschlossen, darunter die von Valladolid. Sie mußte damit zum dritten Male binnen Jahresfrist ihren Lehrbetrieb einstellen.



Freundschaftsvertrag FDJ-MSB

Einen Freundschaftsvertrag zwischen dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes Spartakus haben Egon Krenz, 1. Sekretär des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, und Steffen Lehndorff, Vorsitzender des MSB Spartakus, unterzeichnet. Danach wollen die beiden Verbände „ihre freundschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1975 im Geiste des proletarischen Internationalismus, im Interesse der Studenten ihrer Länder und der Festigung der demokratischen Weltjugend- und Studentenbewegung weiter vertiefen und ausbauen“.

MSB Spartakus und FDJ bekräftigen mit dem Vertrag erneut die Gemeinsamkeit ihrer Einschätzung der weltpolitischen Lage und der Aufgaben und Ziele der fortschrittlichen Jugend- und Studentenbewegung. Der Meinungs- und Informationsaustausch zwischen den beiden Verbänden und der Austausch von Delegationen soll verstärkt fortgesetzt werden.

Wandzeitungsverbot: Ästhetisches Empfinden beleidigt

FHS Hamburg. Im Höhepunkt des Sozialkampfes sprach der Fachbereichsrat für Produktions-

und Verfahrenstechnik für die hochschulpolitischen Gruppen ein Wandzeitungsverbot aus und beschränkte die Wandzeitungsfäche des Fachschaftsrats. Begründung: „Die Wandzeitungen stellen eine Feuergefahr dar, verunreinigen den Fachbereich und beleidigen das ästhetische Empfinden einiger Dozenten.“

Daraufhin verließen die studentischen Vertreter unter Protest die Sitzung. In gemeinsamer Aktion von Fachschaftsrat, unorganisierten Kommilitonen und MSB Spartakus plakatierte man den Fachbereich und informierte über diese Einschränkung der Informationsfreiheit.

In einer Unterschriftenaktion brachte die Studentenschaft ihre Solidarität zum Ausdruck und verurteilte das Vorgehen der Dozenten im FBR. Das SP brachte ebenfalls eine Resolution ein, in der gegen das Verbot aufs scharfe protestiert wurde.

Am darauffolgenden Tag erschien der FHS-Präsident persönlich, sah sich die „Bescherung“ an und hob das Wandzeitungsverbot mit der Begründung, der Fachbereichsrat hätte seine Kompetenz überschritten, prompt auf. Er hatte eine bessere Lösung parat. Eine Quasi-Hausordnung, die das Plakatieren regeln sollte und die beinhaltete, daß von nun an der Fachschaftsrat zu entscheiden hätte, wo und zu welchen Themen hochschulpolitische Gruppen ihre Wandzeitungen aufhängen durften.

Doch auch dieser Spaltungsvorschlag scheiterte an der konsequenten und einheitlichen Front der Studenten. Damit war die Geschichte fürs erste ausgestanden und wird wohl auch in Zukunft nicht so schnell wieder auf die Tagesordnung kommen, da sich auch ca. 50 Prozent der Studenten des FBs in der Urabstimmung für die Stärkung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat ausgesprochen haben.

Tendenz stabil: Wahlerfolge für den MSB

Wie die Wahlen zu den studentischen Vertretungsorganen in den letzten Wochen zeigen, ist die von der bürgerlichen Presse so gerne beschworene „Tendenzwende“ ein Windel. Die Wahlen zu den Hochschulgremien erbrachten – bis auf das Bonner Wahlergebnis – für den MSB erfreuliche Resultate. Hier eine kleine Auswahl:

Uni Hamburg: Die meisten Studentenvertreter in den Fachbereichen-, Instituts- und Klinikräten werden künftig vom MSB mit 16,7 Prozent (Vorjahr 14,5) gestellt, gefolgt vom SHB mit 13,3 Prozent (7,8). MSB und SHB stellen damit wieder den ASTA. Der LHV ist von 15,6 auf 10 Prozent und der RCDS von 7,8 auf 5,6 Prozent zurückgegangen. Die Maoisten brachten keinen Kandidaten durch. Die Wahlbeteiligung betrug 47,3 Prozent gegenüber 41,2 Prozent im Vorjahr.

Auch die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine mußte konstatieren, daß die Wahlen „den linken Studentenvertretungen MSB Spartakus und SHB deutliche Stimmengewinne gebracht“ haben.

PH Köln: MSB und SHB stellen wieder den ASTA. Der MSB konnte seine Sitze von 2 auf 5,

der SHB von 22 auf 23 vermehren. Der RCDS sackte von 8 auf 6 Sitze ab und die Maoisten sind im Studentenparlament überhaupt nicht vertreten. Die Wahlbeteiligung betrug 38 Prozent.

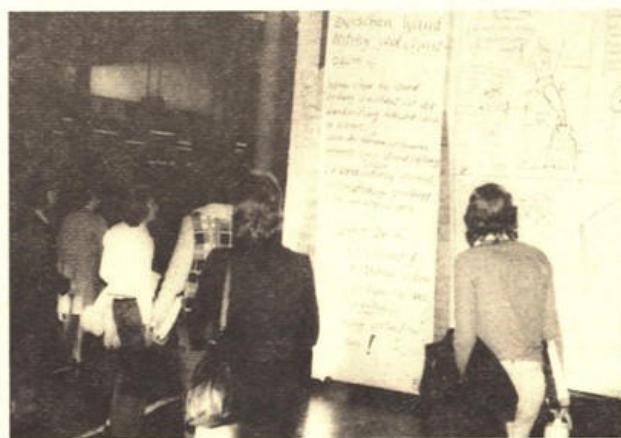
PH Neuss: Der MSB konnte die Zahl seiner Sitze von 1 auf 5 ausbauen. Die Wahlbeteiligung war mit 25 Prozent gleichgeblieben.

FHS Mannheim: Der Stimmanteil des MSB erhöhte sich von 19,6 auf 21,5 Prozent. MSB und SHB stellen wieder den ASTA. Der KBW (alias „Basisgruppen“) ging von 34 auf 21 Prozent zurück. Die Wahlbeteiligung betrug 47,5 Prozent.

FHS Oldenburg: Bei den Listenwahlen erhielt der MSB 4 und der SHB 5 Sitze. Zusammen mit den Vertretern aus den Fachbereichen werden damit 11 von 16 Studentenparlamentssitzen von Mitgliedern des MSB, des SHB und der SDAJ eingenommen.

PH Hildesheim: Die Liste von MSB und SHB erreichte 22,5 Prozent, die Jusos 30 Prozent des Stimmanteils. Damit konnte ein rechter ASTA von einem MSB/SHB/Juso-ASTA abgelöst werden.

Uni Münster: Mit Wahlsiegen an den Fachbereichen Soziologie, Publizistik und Pädagogik nahmen MSB und SHB den Sektionen die letzten Fachschaftsvertretungen, die diese noch besetzt gehalten hatten. An der Uni Münster sind nun 16 Fachschaftsvertretungen gewerkschaftlich orientiert.



Bürgerinitiative Gegen Berufsverbote

Am Dienstag, dem 28. 1. 1975, wurde in Konstanz die Bürgerinitiative zur Verteidigung der Grundrechte gegründet. Diese Bürgerinitiative ist das positive Ergebnis des einwöchigen Vorlesungsboykotts der Studenten an der Universität sowie der Kampfmaßnahmen der wissenschaftlichen Angestellten und Beamten der Uni Konstanz. 65 Professoren, Assistenten, Gewerkschafter, Kommunalpolitiker, Studenten u. a. riefen zur Gründung der Bürgerinitiative auf.

Mit der Gründung der Bürgerinitiative formierte sich die wachsende Empörung gegen den Vollzug von Berufsverboten an dem Lehrer Gerhard Pieper und zahlreichen weiteren engagierten Demokraten. Vor über 150 Bürgern umriss einer der Initiatoren zunächst die zentralen Ziele der Bürgerinitiative: die verstärkte Verbreitung von Informationen an die Bevölkerung über Ausmaß und Absichten dieser Abschöpfung demokratischer Rechte; die

Hundert Professoren aus Baden-Württemberg – darunter mehr als die Hälfte der an der Konstanzer Universität tätigen Professoren – haben sich in einer Erklärung entschieden gegen die herrschende Berufsverbotspraxis gewandt. Die Professoren sehen sowohl das Grundgesetz, als auch die Freiheit der Wissenschaft gefährdet und betonten, die Verfassungstreue enthalte auch die Pflicht, sich gegen Verletzungen der Verfassung durch die Bürokratie zur Wehr zu setzen. Dies galt vor allem für die mit dem Berufsverbot einhergehende Bespitzelungs- und Überwachungspraxis.

materielle und juristische Unterstützung der vom Berufsverbot Betroffenen und schließlich das verstärkte Bemühen um Verstärkung und Verbreiterung des Einflusses der demokratischen Bestrebungen.

Der DGB-Kreisvorsitzende, Erwin Reisacher, fragte in seinem Beitrag, an welcher Stelle in der

gesellschaftlichen Entwicklung wir schon wieder angelangt seien angesichts der Tatsache, daß die Landesregierung von Ba-Wü eine von 40 Konstanzer Professoren sowie 60 weiteren Universitätsprofessoren unterzeichnete Erklärung gegen die Berufsverbote als „Popanz“ und als „Ungeheuerlichkeit“ bezeichnet hatte.

Dr. Kurt Bunke, als Vertreter der bundesweiten Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, wies auf die jetzt verstärkt zu beobachtende Variante des Theorieverbots hin.

Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Hinrich (FDP) empörte sich darüber, daß Ministerpräsident Filbinger am 22. Januar des — von den Nazis ermordeten — Staatspräsidenten Bolz gedachte und einen Tag später zwei chilenischen Wissenschaftlern das Asylrecht verweigerte. Er sprach sich dafür aus, die Bewegung gegen die Berufsverbote entschieden zu verbreitern und auch die Teile der Bevölkerung zu informieren, die von den Rechtskräften als angebliche Befürworter der Berufsverbote mißbraucht werden.

Gegendarstellung:

Mit einem Gegendarstellungsverlangen trat der SVI-Bundesvorstand an uns heran. Auf Grund des Pressegesetzes sind wir zum Abdruck dieser Gegendarstellung – unabhängig vom Wahrheitsgehalt der beanstandeten Nachricht – verpflichtet:

In den „roten Blättern“ Nr. 23 vom Januar 1975 wird die Behauptung aufgestellt, die Mitgliederversammlung des SVI hätte im Frühjahr die Durchführung einer bundesweiten Urabstimmung an den Hoch- und Fachhochschulen der BRD zur Frage der Verfaßten Studentenschaft beschlossen.

Diese Behauptung ist falsch!

Richtig hingegen ist: Die Mitgliederversammlung des SVI beschloß im Frühjahr 1974 zur Zusammenlegung von VDS und SVI zu einem gemeinsamen Dachverband, daß die Mitglieds-ASten Beschlüsse ihrer Studentenschaften in der BRD und Westberlin zu dieser Zusammenlegung, nicht aber all-



Cafeteriaboykott zur Unterstützung der Angestellten

gemein zur Verfaßten Studentenschaft, herbeizuführen sollen. Als Möglichkeit, diese Beschlüsse herbeizuführen, wird in einer Klammer auch die Urabstimmung erwähnt, nicht aber die Durchführung einer bundesweiten Abstimmung gefordert. Für den Bundesvorstand des SVI e. V.

Carol Smolawa

kann. Die roten Blätter hatten sich auf folgenden Passus eines SVI-Beschlusses bezo gen:

„Gleichzeitig führen die Mitgliedern des VDS und SVI Beschlüsse (VV's, Urabstimmungen) ihrer Studenten über die Bildung eines gemeinsamen Dachverbandes auf Bundes ebene herbei.“

Das Gegendarstellungsverlangen des SVI dokumentiert, daß die gegenwärtige Führung dieses Verbandes offensichtlich nicht gewillt ist, eine Urabstimmung zur Verfaßten Studentenschaft herbeizuführen. Mit der formalen Behauptung, die Urabstimmung sei ja gar nicht verbindlich beschlossen, drückt man sich um eine politische Begründung der Abstinenz in Sachen Urabstimmung. In einer Situation, die durch verschärzte

Satzbau kontra Politik

Offensichtlich legt die gegenwärtige SVI-Führung größten Wert auf die Feststellung, daß das, was in den SVI-Beschlüssen in Klammern steht, keine Verbindlichkeit beanspruchen



Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft gekennzeichnet ist — dem SVI wurden jetzt auch die Mittel aus dem Bundesjugendplan entzogen — wäre die aktive Beteiligung des SVI an der bundesweiten Urabstimmung wichtig gewesen, um das Votum der Studenten für ihre Vertretungsorgane auf eine noch breitere Basis zu stellen. Stattdessen beruft sich die, von maoistischen Gruppen getragene, SVI-Führung auf eine eigenwillige Interpretation der Beschlüsse dieses Verbandes, um ihre Untätigkeit zu rechtfertigen.

Cafeteriaboykott: Studentenschaft unterstützt Bedienstete

Konstanz. Die Studentenschaft der Universität Konstanz führte einen demonstrativen Boykott der Cafeteria durch. Mit dieser Maßnahme unterstützen die Studenten die Bemühungen der Arbeiter und Angestellten der Universität um einen tragbaren Essenspreis in der Mensa und machen gleichzeitig auf die allgemein überhöhten Preise in der Cafeteria der Universität aufmerksam.

Nachdem eine Streichung von Zuschüssen durch das Kultusministerium zu Beginn dieses Jahres zu einer Preiserhöhung um mehr als 50 Prozent für die Bediensteten der Universität geführt hatte, war der weitaus größte Teil der Bediensteten bereits auf die Kantine einer Baustelle oder auf mitgebrachtes Essen ausgewichen. Die ÖTV-Betriebsgruppe organisierte diese spontanen Reaktionen und stellt nun den Angestellten ein billigeres Alternativen zu Verfügung. Als Begleitmaßnahme wird ein Cafeteriaboykott durchgeführt, der verhindern soll, daß Einnahmeeinbußen in der Mensa durch die Cafeteria wettgemacht werden.

Die Studentenschaft entschloß sich, die Protestmaßnahmen der Bediensteten nachdrücklich zu unterstützen. Der ASTA hat zu diesem Zweck einen Teil des Eingangsbereichs der Universität zum Festplatz erklärt und bietet dort Getränke und Imbisse weit unter Cafeteriapreisen zum Selbstkostenpreis an. So beteiligte sich nahezu die gesamte Studentenschaft am Boykott der Cafeteria, und viele unorganisierte Kommilitonen trugen aktiv unsere Aktion.

Die Ernüchterung war gewaltig, der Bundesfinanzminister fühlte sich ob der Empörung der Bevölkerung „wie vom Pferd getreten“, und sein Ministerialdirektor Uelner, schon eine Spur frecher, bekannte: „Bei einem solchen Werk kann es nicht ausbleiben, daß großen Gruppen irgendwie vors Schienbein getreten wird.“

Es sind tatsächlich große Gruppen, die sich verzweifelt fragen, was ihnen die Steuerreform denn nun bringe, eine Reform, die sich, als Jahrhundertwerk vorangekündigt, als Windei entpuppt.

Das Ergebnis der Reform: Millionen zahlen mehr. Dazu gehörten berufstätige Ehepaare („Doppelverdiener“), Sozialrentner mit Kindern, ausländische Arbeiter, Steuerzahler über 50 Jahre, Gruppen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, Soldateneltern, Verwitwete mit Kindern, Geschiedene bzw. Wiederverheiratete mit Kindern. Eine besondere Überraschung zum UNO-Jahr: Bei Frauen, die in der Steuerklasse V eingestuft sind, werden jetzt Lohnabzüge einbehalten, die fast bis zur Hälfte ihres Einkommens gehen. Diese Aufzählung ist lang, aber unvollständig.

Das einzige Reformstück, das seinen Namen verdient, ist die Kindergeld-Neuregelung. Mit der Einschränkung, daß Krupp und Krause gleichbehandelt werden und einige vorher mögliche Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte ab sofort gestrichen sind.

Eine runde Million (Stand von Mitte Februar) hat die Anzeigenaktion gekostet, mit der die Regierung „informieren“ wollte. Bonn mußte sich anschließend vorrechnen lassen, mit irreführenden Beispielen und, auf Basis dieser Vorschläge, auch noch mit falschen Zahlen gearbeitet zu haben. Eine Fälschung? „Auch nach der Steuerreform ist das System leider eine Geheimwissenschaft geblieben“, zitierte kürzlich die „Frankfurter Rundschau“ einen Mitarbeiter von Minister Apel.

In einer anderen Richtung bestehen exaktere Vorstellungen, übrigens aus demselben Ministerium. Die Lohnsteuer soll 1975 gegenüber dem Vorjahr um

Das Jahr- hun- dert- Windei

ler.“ Mit vollem Recht wird den Koalitionsparteien die Verantwortung für das Gesetz zugeschrieben; aber in den laufenden Wahlkämpfen sollten auch die Herren mit den freundlichen Mienen hier und da an ihre Mittäterschaft erinnert werden.

Sicher ist, daß bei dieser Reform für die arbeitende Bevölkerung am Ende des Jahres nicht das Schwarze unter dem Fingernagel bleibt und daß diejenigen, die vorübergehende Erleichterungen erfahren, diese über den Umweg von Preistreiberei und Inflation wieder abgeben.

Krause ist nicht gefragt in Bonn, wohl aber Krupp: Das Jahrhundertwerk hat an den Steuerprivilegien der Herrschenden nichts geändert. Auf die Frage, ob das Konjunkturförderungsprogramm von Ende 1974 nicht einseitig „gewinnorientiert“ sei, äußerte Minister Apel in einem „FR“-Interview, es habe doch „keinen Zweck, an der Wirtschaftsform, die wir haben, vorbereigern zu wollen“. Und diejenigen, an denen hier „nicht vorbereigert“ wird und die an der Sonnenseite des Systems sitzen, haben ihr Lebttag keine Lohnsteuer bezahlt. Und denen soll ein Bonner Kanzler der Kategorie Adenauer bis Schmidt vors Schienbein treten?



Matthias
Dohmen

13,5 Prozent auf 81,7 Milliarden Mark steigen — veranlagte Einkommen- und Körperschaftssteuer um 7,1 bzw. 4,5 Punkte. Die Anteile von Lohnsteuer und Körperschaftssteuer am Gesamtsteueraufkommen haben sich in den 25 Jahren dieser Republik kontinuierlich „zugunsten“ der Lohnsteuer verändert, von 9,6 bzw. 7,7 in 1950 auf 16,0 bzw. 7,8 in 1965 und 27,4 und 4,9 Prozent in 1973. An dieser scherenartigen Entwicklung wird die Steuerreform rein gar nichts ändern.

Als am 18. Juli 1974 Schmidt, Strauß, Kohl und Stoltenberg den endgültigen Text des Dritten Steuerreformgesetzes ausknobelten, schrieb am nächsten Tag die „FAZ“: „Nach dem Kompromiß leuchten die Augen der CDU-Prominenz hel-



Portugal

Gegen die „Demokratie“ der Besitzenden

Die Selbstverständlichkeit, daß antifaschistischer Kampf antimonopolistische Maßnahmen einschließt, um auch die sozialen Wurzeln des Faschismus — Konzernkapital und Großgrundbesitz — zu beseitigen, wird von den bürgerlichen Kräften nicht mehr akzeptiert.

Seitdem sich der Putsch vom 25. April 1974 immer mehr in einen revolutionären Prozeß auswächst, engagiert sich das bürgerliche Lager für Portugal — für ihr Portugal. Die CDU/CSU scheut sich nicht, Redner auf dem Parteitag der faschistisch durchsetzten Christdemokraten zu schicken und die NATO probt — im Rahmen ihrer großangelegten Flottenmanöver vor der portugiesischen Küste — Luftangriffe auf Lissabon.

Die portugiesischen Arbeiter haben in monatelangen Auseinandersetzungen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt. Damit sind die besten Voraussetzungen für ein einheitliches Auftreten der Arbeiterbewegung und für deren Wirksamkeit geschaffen. Zumal in den portugiesischen Gewerkschaften die klassenbewußtesten Arbeiter den Ton angeben.

Das dürfte auch der Grund dafür sein, daß kurioserweise die SPD-Führung, die sich in der Bundesrepublik verbal für die Einheitsgewerkschaft ausspricht, für die Spaltung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung Stimmung mache. Aus den USA war der als CIA-Agent bekannte Funktionär der US-Gewerkschaft AFL-CIO, Irving Brown, angereist, um für Richtungsgewerkschaften zu agitieren. War dieser Herr noch in den fünfziger Jahren bei der Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung erfolgreich gewesen, so bezog er in Lissabon eine Schlappe. Die Absicht des Kapitals, mit dem Rezept des „divide et impera“ die portugiesische Arbeiterbewegung zu schwächen, ist in der Gewerkschaftsfrage jedenfalls gescheitert.

Dafür versucht man, durch massive Einflussnahme auf die Sozialistische Partei eine Volksfront zu verhindern. SPD-Schmidt hat das in die Frage gekleidet „Volksfront oder 3. Weg“ — und was der „3. Weg“ bedeutet, sieht man ja an der Bundesrepublik. Partiell ist es ja auch gelungen, die Führung der Sozialistischen Partei von einem gemeinsamen Vorgehen mit den Kommunisten abzubringen. Aber maßgebliche Teile dieser Partei sind offenbar nicht bereit, den Volksfrontgedanken aufzugeben. So warfen 8 hohe Funktionäre der SP, darunter deren Exekutivsekretär Antunes de Castro, ihrem Vorsitzenden Soares vor, „die bourgeoise Demokratie, die Demokratie der Besitzenden in Portugal einführen zu wollen und die Kommunisten als Buhmänner hinzustellen“.

Zum näheren Verständnis des revolutionären Prozesses in Portugal empfehlen wir das Buch: „VII. Außerordentlicher Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei“, Dietz-Verlag, Berlin 1974, das die wesentlichen Referate des Parteitages der PKP vom 20. 10. 1974 wiedergibt.

Unterdessen hat die Bewegung der Streitkräfte beschlossen, auch legislative Funktionen wahrzunehmen. Damit werden konsequenter Schritte zum Abbau der sozialen Strukturen ermöglicht, die vor dem 25. April bestanden, wie die Lissabonner Zeitungen schrieben. Es können jetzt also durch die Militärs Gesetze erlassen werden, die die Einschränkung und schließliche Überwindung der ökonomischen Macht der Konzerne und Latifundisten fordern. In Portugal besteht ja gegenwärtig die labile gesellschaftliche Situation, daß zwar die politische Macht weitgehend in den Händen revolutionärer Kräfte liegt, aber die Reaktion immer noch ihr ökonomisches Potential besitzt. Dadurch ist es den großbürgerlichen Kreisen und der Oligarchie der Landbesitzer immer noch möglich, durch Wirtschaftssabotage und Desorganisation der gesellschaftlichen Produktion Krisensituationen herbeizuführen und die gesellschaftliche Entwicklung zu hemmen. Gleichzeitig beginnt das internationale Kapital allmählich einen



Wirtschaftsboykott gegen Portugal. So werden Kapitalien abgezogen, Kredite verweigert und Wirtschaftsprojekte gestoppt. Die Kommunistische Partei versucht alles, um eine krisenhafte ökonomische Entwicklung wie vor dem Putsch in Chile zu ver-

hindern. So initiierte sie die erste „Nationalkonferenz der Werktagen“, auf der über 1000 Delegierte aus den wichtigsten Produktionsbetrieben des Landes antimonopolistische Maßnahmen berieten und berief zwei weitere Treffen ein, die mit großem Er-

folg abgehalten wurden: Eine Konferenz von über 4000 Bankangestellten, die diskutierten, wie dem Finanzkapital die Basis zu entziehen sei, und ein Kongress der kleinen und mittleren Händler.

Gerade in Chile hatte sich nämlich gezeigt, wie außerordentlich wichtig die Einbeziehung dieser Berufsgruppen in den revolutionären Prozeß ist. Gleichzeitig bemüht sich die PKP darum, das Wirkungsfeld von Maoisten und Trotzkisten, die in der Vergangenheit schon des öfteren die agents provocateurs der Reaktion waren, einzuschränken.

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 12. April finden zu einem Zeitpunkt statt, an dem noch Teile der Bevölkerung unter dem Einfluß der Faschisten stehen, und vor allem in einigen ländlichen Regionen noch offene repressive Maßnahmen der Reaktion gegen die Bevölkerung möglich sind. Trotzdem können die fortschrittlichen Kräfte Portugals auf einen Wahlsieg hoffen.

Unter diesen Umständen könnten sich imperialistische Kreise zur Konterrevolution veranlaßt sehen, noch bevor das portugiesische Volk Gelegenheit hatte, seinen Willen zu einer sozialistischen Entwicklung bei den Wahlen vor der Weltöffentlichkeit zu manifestieren.

Die NATO möchte gar zu gerne in Portugal eingreifen, das wird schon aus der Äußerung des Unionspolitikers und Präsidenten der Union christlicher Demokraten, Kai-Uwe von Hassel, deutlich, die NATO müsse „die Azoren, eine der großen Nachschubplattformen der USA, zum freien Teil Europas, für die europäische Staatengemeinschaft sichern.“

Deshalb geht es in Portugal jetzt darum, den revolutionären Prozeß systematisch voranzutreiben und Unruhen und wirtschaftliches Chaos zu vermeiden, um dem Imperialismus keinerlei Vorwand zum Eingriff zu geben.

Den fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik kommt die Aufgabe zu, öffentlichkeitswirksam unsere solidarische Unterstützung für die Werkstätigen Portugals deutlich zu machen, um zu verhindern, daß die portugiesische Reaktion aus der BRD maßgebliche Unterstützung erfährt.

Südafrika

Freiheitskämpfer antworten

Die Zustände in ihren Ländern schilderten die Vertreter von mehreren Befreiungsbewegungen auf dem „Tribunal gegen Kolonialismus und

Apartheid im südlichen Afrika“. Das von der Antiapartheid-Bewegung und dem Antikolonialistischen Solidaritätskomitee in Bonn veranstaltete Tribunal gab den roten blättern Gelegenheit, einige Fragen an Vertreter der um ihre Freiheit kämpfenden Völker zu richten.

rote blätter: Welche Auswirkungen hat der Entkolonialisierungsprozeß in diesen Ländern? Gleichzeitig bemüht sich die PKP darum, das Wirkungsfeld von Maoisten und Trotzkisten, die in der Vergangenheit schon des öfteren die agents provocateurs der Reaktion waren, einzuschränken.

Pallo Jordan (Vertreter der African National Congress):

Der Entkolonialisierungsprozeß in diesen Ländern kann für uns nur Gutes bedeuten. Er hat die unheilige Allianz gebrochen, die zwischen Portugal, Südafrika und Rhodesien zur Unterdrückung der afrikanischen Völker bestand. Außerdem ist diese Entwicklung ein gutes Beispiel für unsere Menschen, daß sogar ein mächtiger europäischer Staat wie Portugal geschlagen werden kann. Seit vielen Jahren hat die weiße Minderheit angenommen, daß wir zu schwach seien, um uns erfolgreich gegen die Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Dies hat das Gegenteil bewiesen. Ein wichti-

rerung der Befreiungsbewegungen in Angola und Mosambik leben werden. Wenn sich die Weißen als Bürger von Mosambik fühlen und unsere Regierung anerkennen, gibt es auch von unserer Seite keine Feindschaft. Das ist in Südafrika genauso. Die Befreiungsbewegungen sind nicht gegen die Weißen, sondern gegen Apartheid.“

rote blätter: In letzter Zeit bekommen wir immer wieder Meldungen, daß auch aus der Bundesrepublik Söldner für den Kampf gegen euch angeworben werden. Wißt ihr darüber genauer?

T. G. Silundika (Sekretär für Information der Afrikanischen Volkseinheit von Zimbabwe ZAPU):

Faschistische Elemente in diesem Land sind das Rekrutierungspotential für die Söldner, die in Zimbabwe gegen uns kämpfen. In München wurde kürzlich ein Herr Telen erst verhaftet, nachdem er 700 Söldner angeworben hatte. Das ist, als wenn man die Stalltür erst dann schließt, wenn die Pferde schon weg sind.

rote blätter: Wie entwickelt sich die militärische Unterstützung der Rassistenregimes durch die NATO-Staaten vor dem Hintergrund der voranschreitenden Isolation dieser Staaten und deren Achtung durch die UNO?

Moses Mabhida: Ein Wechsel der Taktik der NATO muß nicht einen Wechsel ihrer Ziele bedeuten. Die NATO ist sehr interessiert an der Kap-Route. Deshalb haben die USA eine „Südafrikanische Sicherheitsorganisation“ vorgeschlagen. Sie wollen die Völker Südafrikas in der Unterdrückung belassen, um ihre Stützpunkte zu behalten, die ih-



Pallo Jordan, Vertreter des African National Congress (ANC).

ges Ergebnis der Entwicklung in Angola und Mosambik ist auch darin zu sehen, daß jetzt Schwarzafrika unmittelbar an die Rassistenregimes angrenzt, was unsere Kampfbedingungen wesentlich verbessert. Bisher hatten diese Länder immer eine Art Pufferfunktion zwischen Schwarzafrika und den Regimes der Rassisten.

rote blätter: Was geschieht mit den Weißen, wenn ihr die politische Macht erkämpft habt?

Moses Mabhida (Vizepräsident des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses): Vielleicht wißt ihr, daß die meisten Portugiesen auch unter einer Regie-

nen die Observierung des Indischen Ozeans ermöglicht.

T. G. Silundika: Die ganze NATO erweist sich als Verbündeter des Smith-Regimes. Die Bundesrepublik unterstützt ein Regime, das uns ausbeutet und unterdrückt, das wir stürzen wollen. Der Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen hat unsere Einheit wiederhergestellt. Das gibt uns Mut zu kämpfen.

Moses Mabhida: Die Rassistenregimes werden nach wie vor militärisch und ökonomisch vor allem von den USA, aber auch von der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern unterstützt.

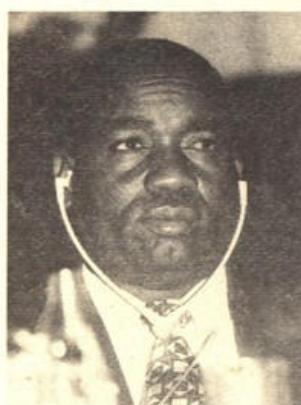
rote blätter: Offensichtlich strebt die NATO danach, Militärsstützpunkte in Südafrika anzulegen.

Pallo Jordan: Es hat z.B. Kontakte zwischen Südafrika und westlichen Ländern bezüglich Simonstown gegeben. Südafrika hat nach unseren Informationen den westlichen Ländern die Anlagen von Simonstown für den Fall angeboten, daß sich die Briten aus dem Stützpunkt zurückziehen müssen. In Großbritannien ist der öffentliche Protest gegen die Unterstützung der Apartheidregime so stark geworden, daß die Briten wahrscheinlich den Stützpunkt aufgeben werden. Das was in England passiert, ist aber auch in anderen Ländern möglich, wenn die Bewegung gegen Rassismus und Apartheid stark genug ist.

rote blätter: Das ist also eine deutliche Aufforderung an die Bevölkerung der Bundesrepublik, verstärkt gegen Kolonialismus und Apartheid Front zu machen. Was den MSB Spartakus betrifft, werden wir alles unternehmen, um euren Kampf zu unterstützen. Vielen Dank für das Interview.



Moses Mabhida, Vizepräsident des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (ZAPU).



T. G. Silundika, Sekretär für Information der Afrikanischen Volkseinheit von Zimbabwe (ZAPU).

Peru

Konterrevolution verhindert

Was in Chile der Reaktion gelang, scheint in Peru vorerst gescheitert. Angesichts der zielstrebig Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses in Peru hielt die einheimische Oligarchie zusammen mit dem ausländischen Konzernkapital den Zeitpunkt für gekommen, die Notbremse zu ziehen.

Bereits seit Monaten hatte man versucht, durch Bombenattentate, Mordterror und Brandstiftungen ein Staatsstreichklima zu erzeugen. Eine von der Polizei geforderte Gehalts erhöhung wurde von reaktionären Kräften und CIA-Agenten geschickt ausgenutzt, um Teile der Polizeieinheiten gegen die Regierung aufzu-

wiegen und einen Putschversuch zu unternehmen. Die proimperialistische APRA-Partei verteilte Flugblätter, die zum Putsch auffielen und organisierte Gewaltakte. In Lima wurden Läden geplündert und ganze Straßenzüge verwüstet.

Durch die entschlossene Haltung der Werktätigen, die gegen die Putschisten Front machten und ihre Betriebe verteidigten, und durch das rasche Einschreiten des Kommandos der Streitkräfte wurden die Pläne der Konterrevolution diesmal durchkreuzt.

Jorge del Prado, Generalsekretär der peruanischen KP, stellte fest: „Dies war der bisher ernste Versuch, mit neuen Formen das zu wiederholen, was in Chile geschah.“

Mittlerweile haben 27 peruanische Organisationen ein „Komitee der Volkskoordinierung“ gebildet, um gemeinsam „konkrete Aufgaben bei der Verteidigung der Revolution zu übernehmen“. Damit trägt man den chilenischen Erfahrungen Rechnung, die die Notwendigkeit unterstreichen,

Massenorganisationen zu schaffen, die das Gros der Werktätigen in den Kampf gegen die Konterrevolution einbeziehen.

Das Volkskomitee, dem u. a. der drei Millionen Bauern vereinigte Agrarbund (CNA), die Gewerkschaftsverbände CGTP, CTRP und NT sowie die Revolutionäre Jugend Perus angehören, hat erste Maßnahmen ergriffen, um im Falle von Unruhen und Überfällen die Betriebe ausreichend vor Sabotage zu schützen und insbesondere auch die öffentlichen Verkehrsmittel zu sichern. In einem Aufruf zu einer „Bewegung der Revolution“ halten politische Persönlichkeiten des Landes den Augenblick für gekommen, „um sich tatkräftig für die endgültige Beseitigung des Kapitalismus einzusetzen“.

Strauß in Peking

Grüße an die Vorsitzenden

Eine gemeinsame Grußbotschaft der maoistischen Organisationen der Bundesrepublik an die großen Vorsitzenden Mao Tse-tung und Franz Josef Strauß, anlässlich ihrer kürzlichen Beratung über Fragen des proletarischen Internationalismus, wurde uns aus Frankfurt zugespielt. Obwohl noch keine offiziellen Bestätigungen der verschiedenen kommunistischen Parteien, Bünde und Aufbauorganisationen vorliegen, ist an der Echtheit des Dokuments nicht zu zweifeln:

Wir, die wir in dem Teil Deutschlands leben, der noch nicht dem russischen Imperialismus zum Opfer gefallen ist und als fester Bestandteil des NATO-Bündnisses sich der Freiheit der zweiten Welt erfreut, wissen Ihren Beitrag zur Konsolidierung Westeuropas und zur Abwehr des sozialimperialistischen Großmachtchauvinismus der Moskauer Machthaber wohl zu schätzen.

Franz Josef Strauß war es, der schon als deutscher Verteidi-



gungminister in weiser Einschätzung der Bedrohung Westeuropas aus dem Osten, die Ausrüstung der Bundesrepublik gefördert und Atomwaffen für unser Land verlangt hat.

Er ließ sich von den Rufen nach Frieden und den Forderungen nach Abrüstung, die auch in unserem Land laut wurden, nicht beirren. Er kennzeichnete sie früher als andere als gefährliche Illusionen für das deutsche Volk. Mehr noch, er entlarvte die Drahtzieher dieser sogenannten „Friedensbewegung“ als Moskau-Revisionisten und andere russlandhörige Elemente, und er sorgte insbesondere in den fünfziger Jahren maßgeblich dafür, daß deren Demonstrationen beiseite aufgelöst wurden und diese Volksverhetzer hinter Zuchthausgitter kamen.

Ihre Zielklarheit und Willensstärke, Herr Strauß, wurden manifest in Ihrem Eintreten für die Nichtanerkennung des revisionistischen Unrechtsstaates „DDR“ und für die Wiedererlangung der deutschen Ostgebiete — notfalls mit revolutionärer Gewalt.

Ihr historisches Zusammentreffen mit den Männern, die heute an der Spitze des großen chinesischen Volkes stehen, ihre tiefgehende Übereinstimmung in den Fragen der Weltpolitik ist gerade deshalb für uns von so erheblicher Bedeutung, weil es auch aus unseren Reihen Angriffe gegen Sie und Mißverständnisse über die gegenwärtige Außen-





politik der VR China gegeben hat.

Wir bedauern zutiefst, daß auch einige unserer Mitglieder an Demonstrationen gegen Sie, Herr Strauß, teilgenommen haben, und wir verstehen auch immer besser, wie es dazu kommen konnte, daß die VR China noch 1957 gemeinsam mit den Sozialimperialisten für Abrüstung eingetreten ist.

Aber diese Inkonsistenzen unserer Politik sind ja längst vorbei und außerdem hat die große VR China ja schon damals, auf dem Welttreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien wahrhaft humanistisch für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus plädiert, weil — wie man erläuterte — unsere chinesische Bruderpartei ausgerechnet hatte, daß bei einem Atomkrieg von den 900 000 000 Chinesen noch 200 000 000 übrigbleiben würden — vollauf genug zur Weiterführung der chinesischen Revolution. Damals ließ sich die VR China noch von den Moskau-Renegaten beschwatschen, diesen Gedanken aufzugeben — wie aus den Dokumenten ersichtlich ist —, inzwischen hat die KP China, dank Deiner Bemühungen, oh Mao, Sonnenschein der Weltrevolution, aber die korrekte Massenlinie wiedergefunden.

Manche meinen, man müsse und könnte sich von bestimmten Seiten der Politik der VR China distanzieren, ohne die prinzipielle Übereinstimmung aufzugeben;



manche glaubten, das Zusammentreffen von Repräsentanten der VR China mit führenden Vertretern der CDU/CSU habe nichts zu tun mit den — nach wie vor gegensätzlichen — Inhalten Eurer Politik. All dies sind jedoch kleinliche, formalistische, irgende Anschauungen, die die großen Linien der Politik ignorieren, die sich an der zentralen Frage von Krieg oder Frieden vorbeimogeln. Eine teilt sich in zwei, sagt Du, Mao Tse-tung, wer A sagt, muß auch B sagen. Es ist die logische Konsequenz Deiner weisen Ideen, daß der Kampf der kleinen Länder gegen die Supermächte einmünden muß in den primären Kampf gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln.

Schließlich müssen die kleinen Länder wie die BRD, Frankreich, Großbritannien sich zusammenschließen gegen das große Rußland. Daß die VR China den militärischen Zusammenschluß der Länder der zweiten Welt gegen die Sozialimperialisten, den Hauptfeind der Menschheit, unterstützt, kann eigentlich nur die stören, die in ihrer revisionistischen Verbohrtheit die Staaten immer noch nach ihrer sozialökonomischen und klassenmäßigen Grundlage beurteilen, anstatt nach ihrer quantitativen Ausdehnung. Bekanntlich hast Du, Mao Tse-tung, diese These längst schöpferisch überwunden.

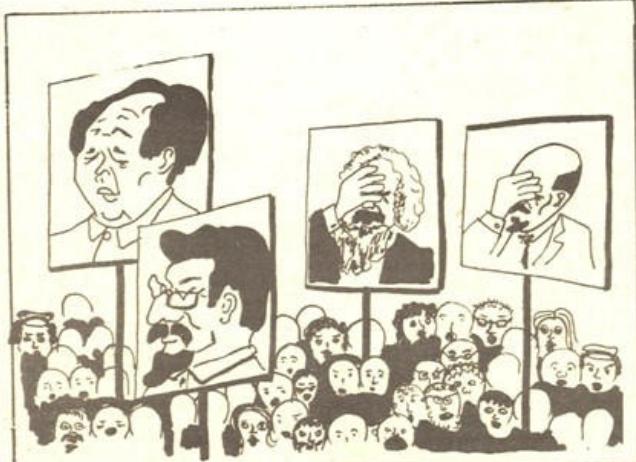
Wir freuen uns besonders, daß in Übereinstimmung mit unseren

nehmen werden, um einen Krieg zu verhindern, und wenn die Stunde kommt, werden Massen von Euch treu ergebenen Organisationen die Fahne unserer Revolution hochhalten.

Vor allem freuen wir uns darüber, daß Ihr beide die Niederlage der Sozialimperialisten und Revisionisten in Chile begrüßt und erste Schritte zur ökonomischen und politischen Unterstützung der revolutionären Regierung von Pinochet unternommen habt. Dies beweist — zusammen mit dem konsequenten Vorgehen gegen die Moskau-Revisionisten in der ganzen Welt — die Treue der VR China zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft zwischen den beiden großen Vorsitzenden Mao Tse-tung und Franz Josef Strauß! Es lebe der Bruderbund zwischen der VR China, dem Freistaat Bayern und unseren Organisationen!

Jürgen Horlemann, Ernst Aust, Joscha Schmieder und weitere Vertreter der „KPD“ (M/L I, M/L II, M/L III, ohne M/L), von „KB“, „KBW“, „KAB“ und anderen Organisationen haben das Schreiben unterzeichnet.





**NEU
Studienpaket
-10
zum 4. Juli**



dem
Dienstprogramm
zur
Kongress



Seit 1969 gibt es marxistische Studentengruppen in der Bundesrepublik, die sich zunächst im Spartakus-Assoziation Marxistischer Studenten — zusammenschlossen. Im Mai 1971 wurde der Marxistische Studentenbund Spartakus gegründet; er hatte damals tausend Mitglieder. Seit seiner Gründung ist es das Ziel des MSB Spartakus, die Masse der Studenten für den antimonopolistischen Kampf zu gewinnen, den MSB zur marxistischen Massenorganisation der Studenten zu entwickeln. Für die Verwirklichung dieses Ziels wurde durch die Propagierung unserer Strategie, durch erste Erfolge in der Durchführung unserer Politik und durch die Verankerung des Spartakus in einer großen Anzahl von Hoch- und Fachhochschulen in der Zeit nach dem 1. Bundeskongress das Fundament gelegt.

Auf dem 2. BK im Februar 1973 wurde dann eine entscheidende Voraussetzung für die Gewinnung der Masse der Studenten, für die Entwicklung des MSB zur marxistischen Massenorganisation geschaffen: unser Studentenaktionsprogramm (SAP) „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“. Mit seinem 2. Bundeskongress hat unser Verband den bewußtesten Schritt zur marxistischen Massenorganisation der Studenten in der BRD getan.

Seitdem hat sich unser Verband erfolgreich weiterentwickelt. Das SAP hat sich in vielen Aktionen als Grundlage des gemeinsamen Kampfes der Studenten bewährt. Viele wichtige Grundgedanken dieses Programms werden heute von einer großen Anzahl von Studenten geteilt, auch wenn sie in einer Reihe grundätzlicher politischer Fragen noch nicht mit uns übereinstimmen.

Seit der Verabschiedung des Studentenaktionsprogramms gibt es wichtige Veränderungen in unserem Verband und im politischen Leben unseres Landes:

- Die Lage an den Hochschulen und in der Gesellschaft überhaupt hat sich in mancherlei Hinsicht gewandelt. Es ist also erforderlich, mit neuen, konkreten Argumenten die Aktualität des Studentenaktionsprogramms zu beweisen.
- Seit dem 2. Bundeskongress haben wir 3000 neue Genossen gewonnen. Sie müssen das Studentenaktionsprogramm besser kennenlernen, um mit ihm arbeiten zu können.
- In der gegenwärtigen politischen Lage kommt es für unseren Verband insbesondere darauf an, seinen Einfluß unter den Studenten zu stabilisieren und auszubauen. Jeder von uns muß also besser politisch argumentieren, wenn er im Seminar, im Wohnheim, am Info-Tisch mit den Studenten spricht. Wir müssen uns überzeugender mit anderen politischen Kräften auseinandersetzen, deutlicher unsere konstruktiven antimonopolistischen Vorschläge begründen, unser sozialistisches Ziel herausarbeiten.

Das vorliegende Kongresspapier soll es allen Genossen erleichtern, das Studentenaktionsprogramm als Hilfe in der täglichen Massenarbeit zu nutzen und in den aktuellen Auseinandersetzungen einige Grundlagen unserer Politik den Studenten besser erklären zu können.

Mit der Arbeit mit diesem Papier in der Gruppe, in der Sektion, mit Mitgliedern befreundeter Studentenorganisationen und mit interessierten unorganisierten Studenten leisten wir einen wichtigen Beitrag, uns auf den 4. Bundeskongress des MSB Spartakus im Oktober dieses Jahres vorzubereiten. Dieses Papier soll also auf dem Bundeskongress nicht verabschiedet werden. Es dient der weiteren politisch-ideologischen Stärkung unseres Verbandes, der Erzielung eines weiteren deutlichen Schritts nach vorn auf dem Weg der Verwirklichung des Studentenaktionsprogramms.

Es dient der Stabilisierung und dem Ausbau unseres Masseneinflusses, der Festigung von Bündnissen und der Entwicklung noch breiterer Bündnisse, der Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterklasse und insbesondere der Arbeiterjugend in den kommenden Monaten, um ein noch festeres Fundament zu schaffen, von dem aus der Bundeskongress die nächsten Ziele unserer Politik beschließen kann. Die Arbeit mit diesem Papier soll es uns erleichtern, das Studentenaktionsprogramm noch deutlicher erkennbar in den Mittelpunkt unserer Massenarbeit zu rücken.

II.

1. Die Studenten brauchen das Studentenaktions- programm und eine stabile marxistische Massenorganisation

Abschnitt 1:

Die konstruktiven Forderungen des Studentenaktionsprogramms stehen mehr denn je auf der Tagesordnung

Wer das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus, das im Jahre 1973 verabschiedet wurde, heute prüft, wird sofort feststellen: Die Erfüllung der in ihm enthaltenen Forderungen ist noch dringlicher geworden, noch mehr Studenten sind auf die Erfüllung dieser Forderungen angewiesen.

Als das SAP verabschiedet wurde, hielten viele Studenten es für reformistisch, weil sie glaubten, mit vielen Forderungen würden wir bei der SPD/FDP-Regierung offene Türen einrennen. Obwohl die Zahl der Anhänger

derartiger Auffassungen gegenüber 1969 bereits spürbar zusammengeschmolzen war, war die Meinung noch verbreitet, ein derartiges Programm enthielte Forderungen, die von der herrschenden Klasse schon aus eigenem Interesse verwirklicht werden müßten und die deshalb die Studenten in die Arme der Bourgeoisie treiben würden.

Wie konnte dieser Eindruck entstehen? Bereits in den sechziger Jahren hatte der Sozialismus den Imperialismus in die historische Defensive gedrängt. Die Monopolbourgeoisie

wurde zur Anpassung an das veränderte internationale Kräfteverhältnis gezwungen, aber sie brauchte eine aktive Anpassungspolitik, sie suchte nach einer Anpassungsstrategie. Maßgebliche Kreise der herrschenden Klasse unseres Landes drängten auf solche gesellschaftlichen Reformen, die sowohl die internationale Konkurrenzfähigkeit des Kapitalismus sichern als auch den Kampf der Arbeiterklasse sowie die aufbrechenden demokratischen Bestrebungen integrieren sollten. Diese innerhalb der Bourgeoisie stets umstrittene Variante staatsmonopolistischer Politik brachte nicht die angestrebten Erfolge, weil sie bald an die Grenzen des kapitalistischen Systems stieß.

Infolge der kapitalistischen Krise wurde die Grundlage aller Reformpläne, nämlich ein stetiges Wirtschaftswachstum, als Fiktion entlarvt. Die Anpassungspolitik im Innern stieß bald auf ihre politischen Grenzen: Die Labilität des kapitalistischen Systems, die in der Anpassungsstrategie zum Ausdruck kam, sowie das durch die Veränderung des äußeren und inneren Kräfteverhältnisses erzwungene Eingeständnis der Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen durch die herrschende Klasse trugen wesentlich dazu bei, daß die Arbeiterklasse in vielen Kampfaktionen seit 1969 sich einer noch weiter verschärften Ausbeutung entgegengestellt hat, daß sich ihre Kampfbereitschaft und -erfahrung entwickelte. Dies hat den Linkskräften in unserem Land neuen Spielraum verschafft. Der in Teilen der Bourgeoisie von Anfang an vorhandene Widerstand gegen dieses Konzept

„Wer das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus, das im Jahre 1973 verabschiedet wurde, heute prüft, wird sofort feststellen: Die Erfüllung der in ihm enthaltenen Forderungen ist noch dringlicher geworden, noch mehr Studenten sind auf die Erfüllung dieser Forderungen angewiesen.“

verstärkte sich. Viele Reformpläne wurden Opfer der Rotstiftpolitik der Bundes- und Länderregierungen. Die Bekämpfung der Linkskräfte, insbesondere der DKP, der SDAJ und des MSB Spartakus wurde für die herrschende Klasse immer vordringlicher.

Die gesamte Monopolbourgeoisie begann, mehr und mehr nach rechts zu drängen. Antikommunismus und Abbau demokratischer Rechte sollen heute den abnehmenden Spielraum des Großkapitals für materielle Zugeständnisse an die demokratische und Arbeiterbewegung „ausgleichen“ und dadurch verhindern, daß die arbeitenden Menschen aufgrund der enttäuschten Hoffnungen auf Reformen „von oben“ wieder stärker auf die eigene Kraft vertrauen und deshalb stärker die Linkskräfte, insbesondere die Kommunisten, unterstützen. Die durch die wirtschaftliche Krise erzeugte Unsicherheit unter großen Teilen der Bevölkerung sowie die weit verbreitete Enttäuschung über die Politik der SPD-Führung sollen eine umfassende Wende nach rechts im gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Doch diese erzwungene Änderung der Taktik der herrschenden Klasse ist noch keine Änderung des Kräfteverhältnisses — sie soll aber eine Änderung des Kräfteverhältnisses bewirken.

Die historische Defensive, in der sich der Imperialismus befindet, ist unverändert. Sie verstärkt sich auch weiterhin, weil der äußere Anpassungzwang durch die stabile Aufwärtsentwicklung des Sozialismus, durch die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen und durch den Widerhall der Politik der friedlichen Koexistenz unter den Völkern der Welt immer größer wird. Ebenso wird der innere Anpassungzwang größer, weil keines der brennenden gesellschaftlichen Probleme in den letzten Jahren gelöst wurde, sondern all diese Probleme durch Krise und Hochrüstung verschärft wurden und deshalb immer wieder Systemkritik und das Drängen breiter Bevölkerungsmassen nach Reformen hervorbringen.

Das Studentenaktionsprogramm ist mitten in dem Prozeß der taktischen Umorientierung der Bourgeoisie entstanden. Die Erfüllung der in ihm enthaltenen Forderungen ist heute noch dringlicher als 1973. Mehr Studenten als 1973 sind heute darauf angewiesen, zur Verteidigung ihrer elementaren sozialen und politischen Interessen selber für Forderungen des Studentenaktionsprogramms einzutreten.

Die herrschende Klasse hat sich als unfähig erwiesen, wichtige Voraussetzungen für ein geordnetes Studium, das qualifiziert auf die Anforderungen des Berufslebens vorbereitet und das unter materiell gesicherten Bedingungen absolviert werden kann, zu schaffen. Dies ist eine wichtige Ursache für den fortwährenden Abbau demokratischer Rechte und die Hetze gegen jeglichen Ansatz der Demokratisierung der Ausbildung. Das SAP hat diese gegenwärtige Haupttendenz in der Politik des Monopolkapitals unseres Landes richtig erkannt und analysiert und die Linie des Kampfes der Studenten gegen diese Politik

detailliert entwickelt, von deren Richtigkeit in einer Reihe von Einzelfragen sich eine beträchtliche Anzahl von Studenten in den letzten Jahren überzeugen konnte. Daran gilt es anzuknüpfen und im Kampf für einzelne Forderungen des SAP wichtige Grundgedanken des Programms sowie das SAP als umfassende Alternative stärker zu propagieren.

Weil die Lösung dieser Aufgaben immer dringlicher wird, erwächst für die fortschrittlichen Kräfte die Aufgabe, in den die Menschen am stärksten bedrückenden Probleme konstruktive Alternativen zur Politik der gesamten herrschenden Klasse darzustellen und praktische Initiativen zur Durchsetzung der wichtigsten Sofortforderungen zu entwickeln. An den Hochschulen ist das die Politik, die der MSB in seinem SAP den Studenten vorschlägt. Das SAP zeigt den Ausweg aus der gegenwärtigen Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen der Masse der Studenten, ist die konstruktive Antwort auf die Politik der Regierung und der CDU/CSU und gibt deshalb den Kurs an, den am wirksamsten dazu beiträgt, die Rechtskräfte zu stoppen und zurückzudrängen. Gegenüber dem ökonomischen, politischen und ideologischen Druck der herrschenden Klasse und der dadurch unter vielen Studenten erzeugten Unsicherheit ist das SAP die Richtschnur für das Beschreiten eines sicheren Weges, des einzigen Weges für die Studenten, der zum Erfolg führt.

Gegen die Politik der äußersten Reaktion ist eine breite Abwehrfront aller Demokraten erforderlich. Ein wirklich wirksamer Beitrag zur Zurückdrängung der Rechtskräfte kann aber nur dann geleistet werden, wenn zugleich der Kampf für solche antimonopolistischen konstruktiven Forderungen entwickelt wird, wie sie im SAP formuliert werden.

Die Hinwendung zur CDU bei vielen Menschen unseres Landes schließt nicht notwendig die Identifizierung mit dem reaktionären Programm der CDU ein, sondern drückt zunächst die Hoffnung auf Veränderungen von oben aus. Da die Regierung versagt hat, wird diese Veränderung von vielen Menschen am ehesten von der parlamentarischen „Opposition“ erwartet werden. Die Entlarvung des reaktionären, arbeiter- und studentenfeindlichen Charakters der CDU/CSU ist in dieser Situation sehr wichtig, aber sie reicht nicht aus, wenn nicht zugleich der Weg angegeben wird, auf dem soziale Sicherheit, qualifizierte Ausbildung und andere dringende Reformen „machbar“ sind: der Weg des antimonopolistischen Kampfes.

In dieser Situation gibt es neue Möglichkeiten, Sozialdemokraten für den gemeinsamen oder auch nur gleichgerichteten Kampf für solche Ziele zu gewinnen, die ihrer eigenen Programmatischen entstammen, die aber ohne antimonopolistischen Kampf nicht durchgesetzt werden können. Diese Möglichkeiten müssen genutzt werden, damit die Rechtskräfte nicht durch das Stillhalten der Mitglieder und An-

hänger der Sozialdemokratie noch größeren Spielraum erhalten.

Zugleich ist es notwendig, den Kampf für einzelne vordringliche Forderungen mit der Entlarvung der Schuldigen an wirtschaftlicher Krise und Bildungsmisere eng zu verbinden. Die unter Studenten weit verbreitete Unzufriedenheit mit bestimmten Auswüchsen der Monopolherrschaft, die Suche nach Alternativen erfordert und ermöglicht eine schärfere Systemkritik durch die Marxisten, um die Notwendigkeit des gemeinsamen antimonopolistischen Kampfes für die Masse der Studenten überzeugender zu begründen, um die Perspektive des Sozialismus auch in der Bundesrepublik zu weisen.

Das SAP hat nicht nur in den vielfältigsten Tagesproblemen seine Bewährungsprobe bestanden: Das SAP erklärt die Hintergründe der Krise an den Hochschulen, es erklärt die Notwendigkeit der Zurückdrängung der Monopolmacht. Das Programm macht den Zusammenhang verschiedener Erscheinungsformen der Politik der Monopole an den Hochschulen und in der Gesellschaft erkennbar und macht deshalb den inneren Zusammenhang unserer verschiedenen Forderungen verständlich. Das Programm begründet die Notwendigkeit der Beseitigung der Herrschaft des Großkapitals zur Durchsetzung unserer grundlegenden Forderungen und stellt die Verbindung zwischen den aktuellen Aufgaben des demokratischen Kampfes mit unserem sozialistischen Ziel her.

Über die dringlichen Tagesforderungen hinaus macht das SAP also die klare Linie unserer Politik für viele Studenten deutlich. Es bildet deshalb einen Orientierungspunkt, der sich deutlich von dem Wirrwarr der von verschiedenster Seite angebotenen „Rezepte“ abhebt, die allesamt bereits versagt haben und deshalb durch eine Vielzahl immer neuer Metamorphosen den Blick verstellen sollen für die grundsätzliche, konstruktive, einfache und klare antimonopolistische Alternative des SAP. Die Studenten brauchen diesen Orientierungspunkt, weil sie anders selbst ihre elementarsten Tagesinteressen nicht verteidigen können. Die gegenwärtige politische Lage veranlaßt uns also, das SAP stärker noch als in den letzten zwei Jahren in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit zu rücken.



Programm

für das
gemeinsame
Handeln
der Studenten

FÜR DIE WEIGEREN
INTERESSEN KÄMPFEN



SPARTAKUS

MIT DER ARBEITERKASSE VERBUNDEN



... gemeinsam mit der Arbeiterjugend für die gemeinsamen Interessen aktiv werden.

Abschnitt 2: Das Studenten- aktions- programm dient der Einheit der Studenten- bewegung weil es ein revolutionäres Programm ist

Die herrschende Klasse setzt heute alles daran, die verschiedenen politischen Strömungen in der Studentenschaft gegeneinander auszuspielen, den Antikommunismus zu fördern, die Solidarität unter den Studenten zu untergraben. Doch gleichzeitig erfahren die Studenten, daß selbst ihre alltäglichsten Forderungen nur im gemeinsamen Kampf durchsetzbar sind. Sie erfahren, daß es eine wirksame Waffe zur Abwehr der vielfältigen Angriffe des Großkapitals und zur Verwirklichung positiver Ziele gibt — die Solidarität. Der Spartakus kämpft entschieden um die Einheit der Studentenbewegung im solidarischen Handeln gegen das Monopolkapital. Das SAP ist dazu eine hervorragende Antwort, denn „es enthält Kampfziele und Aktionsvorschläge, die von marxistischen Studenten ebenso befürwortet werden können, wie von Sozialdemokraten und fortschrittlichen Liberalen“ (SAP, S. 15).

Das SAP ist in wichtigen seiner Bestandteile schon in den ersten zwei Jahren seit seiner Verabschiedung bewußt oder unbewußt zur Grundlage vieler studentischer Aktionen geworden. Es hat sich als Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten vielfältig bewährt, nicht zuletzt im Sternmarsch 1974.

Zugleich ist es in seiner Gesamtheit ein revolutionäres Programm, weil es die Studenten auf die heute in der BRD zu lösende Grundfrage orientiert: auf den Zusammenschluß aller antimonopolistischen Kräfte um die Arbeiterklasse als Kern mit dem Ziel der schrittweisen Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole, um auch in der BRD den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Es zeigt detailliert die Möglichkeiten der Studenten, zur Lösung dieser Grundfrage beizutragen und wendet sich an die Masse der Studenten, indem es von den gemeinsamen Interessen der Studenten ausgeht, die Verflechtung ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse nachweist und daraus ableitet, daß die Forderungen der Studenten nur im Kampf gegen das Großkapital durchsetzbar sind. **Das SAP kann also die Tagesfragen der Studenten nur deshalb richtig beantworten, weil es ein revolutionäres Programm ist.** Die Studenten brauchen die Einheit nicht aus formalistischen Gründen, sondern um ihre Interessen durchzusetzen. An die Frage der Einheit muß man also politisch, klassenmäßig herangehen. Nur eine Politik, die im Interesse der Studenten liegt, wird die Masse der Stu-



Der Verzicht auf die grundlegenden demokratischen Prinzipien, wie sie im Spartakus gelten, schafft, wie die Beispiele aus bürgerlichen Parteien (auch aus der SPD) beweisen, einen undemokratischen bürokratischen Zentralismus.

denten vereinigen können. Eine Reduzierung der Einheit auf scheinbar mögliche Minimalprogramme, die auf den praktischen Kampf gegen das Großkapital an der Seite der Arbeiterklasse verzichten, trägt nicht dazu bei, die Forderungen der Studenten durchzusetzen.

Unter der Flagge der „Einheit“ sollen die Studenten von ihren wichtigsten Bündnispartnern getrennt, soll der gemeinsame Gegner der unterschiedlichsten Forderungen und Kämpfe verschwiegen werden. Mit dem Verzicht auf die gemeinsame Stoßrichtung gegen das Monopolkapital werden Illusionen über die Durchsetzbarkeit unserer Forderungen erzeugt oder das Kapitulantentum vor der Aufgabe der Veränderung des Kräfteverhältnisses begründet. Diese „Einheit“ wäre der Weg in die Niederlage. Deshalb ist in einer solchen „Einheit“ die Spaltung der Studenten bereits angelegt. Eine Einheit der Studenten kann es nur an der Seite der Arbeiterklasse geben.

Am Ziel der Einheit der Studentenbewegung auf antimonopolistischer Grundlage, d. h. der einzigen möglichen Grundlage, richten wir unsere konstruktive Bündnispolitik aus. Wir be-

kämpfen prinzipiell und kompromißlos solche Positionen, die die Zusammenführung von Arbeiter- und Studentenbewegung behindern, auch wenn sie von Studenten vertreten werden, mit denen wir eng zusammenarbeiten. Auch diese prinzipienfeste und konstruktive Auseinandersetzung nützt der Einheit der Studenten und schadet ihr nicht.

Selbstverständlich schließt die Unterstützung des einen oder anderen Teils dieses Programms, der einen oder anderen Forderung nicht notwendig die Zustimmung zur Begründung dieser Forderungen oder zur gesamten politischen Linie des Programms ein. Eben weil viele Forderungen des Programms von einer wachsenden Anzahl von Studenten geteilt werden, weil diese Forderungen den Interessen der Studenten entsprechen, arbeiten wir solidarisch und gleichberechtigt mit anderen fortschrittlichen Studentenorganisationen und vielen unorganisierten Studenten zur Verwirklichung dieser Teile des SAP zusammen. Der Kampf um die Verwirklichung von in unserem Programm enthaltenen Forderungen kann nie eine Unterordnung unter die Strategie und Organisation des MSB Sparta-

kus bedeuten, sondern beruht stets auf der Eigenständigkeit der mit uns zusammenarbeitenden Organisationen. Der praktische Kampf hat bewiesen, daß diese Organisationen dabei gestärkt und nicht geschwächt wurden.

Abschnitt 3: Die Studenten brauchen eine marxistische Massen- organisation

In einer Situation, in der die herrschende Klasse politische Unsicherheit unter den Studenten verbreiten will, brauchen die Studenten klare Antworten auf die Frage, wie sie ihre sozialen und politischen Interessen wissenschaftlich verteidigen können. In einer Situation, in der manche Studenten zum Zurückweichen vor dem politischen, ökonomischen und ideologischen Druck der Herrschenden neigen, brauchen die Studenten einen zuverlässigen und festen Faktor des Fortschritts, der seinen klaren Kurs einhält, sich unermüdlich und unzweideutig für die Festigung von Bündnissen einsetzt, dessen überzeugende Argumente verständlich und mit einer Zunge vorgetragen werden. Die Studenten brauchen einen festen Rückhalt und einen sicheren Orientierungspunkt in Gestalt einer marxistischen Studentenorganisation, die einheitlich auftritt und getragen ist von fundierter interner Meinungsbildung. Die gegenwärtige Situation fordert die Marxisten dazu heraus, neue Kräfte für den antimonopolistischen Kampf zu gewinnen. Die neuen Möglichkeiten können nur wahrgenommen werden durch zielgerichtetes Handeln, durch Disziplin und Mut, durch einheitliches und schnelles Reagieren. **Unsere marxistische Massenorganisation entwickelt sich erfolgreich, weil sie einheitlich, geschlossen und diszipliniert handelt.** Unsere Einheitlichkeit basiert auf den gemeinsamen antimonopolistischen Grundinteressen der Masse der Studenten, die sie mit der Arbeiterklasse verbinden. Wir haben eine gemeinsame politische und ideologische Basis, den Marxismus, unsere marxistische Strategie, die unserer Grundsatzerkundung und dem SAP zugrundeliegt. Aus unserer marxistischen Einschätzung der Kampfbedingungen, des Kräfteverhältnisses hat der letzte Bundeskongress eine Taktik für den nächsten Zeitraum festgelegt. Diese vom höchsten Forum unseres Verbandes festgelegte offensive Politik wird erfolgreich und mit aller Entschiedenheit verwirklicht.

Es ist die Politik, die Probleme anpackt, die die Massen bewegen. Deshalb erreicht sie die Massen und vermag sie in die Aktion zu führen, und ein Teil von ihnen organisiert sich aufgrund der praktischen Erfahrungen in unseren Reihen. Dies entspricht dem Charakter einer marxistischen Massenorganisation. Unsere Verbandspolitik ist darauf gerichtet, den MSB fest unter den Studenten zu verankern, indem wir ihr gerechtfertigtes Vertrauen gewinnen, weil die von uns vorgeschlagene Politik die einzige richtige ist, weil sie den Kampf um die Tagesinteressen mit der revolutionären Lösung der grundlegenden Probleme verbindet. Weil sie wissen, daß ohne Geschlossenheit und Entschlossenheit ihre Interessen nicht erfüllt werden können, weil sie

wissen, daß wir durch Schwanken und Unsicherheit der herrschenden Klasse schwach gegenüberstehen.

Unsere Organisationsprinzipien erhöhen die Attraktivität unseres Verbandes. Durch unsere ent- und geschlossene Politik machen wir deutlich, weshalb fortschrittliche Studenten in den MSB eintreten müssen. Wir gewinnen mehr Studenten durch die praktische Demonstration der Effektivität unserer Arbeit, der Solidarität, der Disziplin, durch die praktische Demonstration der Mitwirkung jedes Mitglieds an der Entwicklung der Politik.

Zum Marxisten wird man nicht spontan, auch nicht als Intellektueller. Zum Marxisten wird der Student heute in unserem Land durch den organisierten Kampf, durch die Mitarbeit im MSB Spartakus. Die Marxisten müssen unter die Massen gehen, die Spartakisten müssen mit vielen Studenten sprechen, sie für den gemeinsamen Kampf, für die Verbesserung ihrer Lage gewinnen. Sie müssen unseren antimonopolistischen Ausweg aus der Krise und aus der Rechtsgefahr propagieren, über den Sozialismus, seine heute schon nachprüfbare Überlegenheit auf vielen Gebieten, über die Zukunft des Sozialismus in der BRD diskutieren, Vorbehalte gegenüber dem Sozialismus und den Kommunisten widerlegen. Das brauchen die Studenten jetzt, damit sie ihre Lage verbessern können. Dazu müssen wir bessere Formen der Arbeit unter den Studenten, der Verankerung unserer Genossen und unserer Organisation unter den Studenten, der Massenarbeit finden. Wir müssen studieren und dabei unsere Politik umsetzen, und zwar alle Seiten unserer Politik.

Unsere Organisationsprinzipien erhöhen die Effektivität unseres Kampfes, weil sie demokratisch sind.

Nur die gemeinsame Durchführung eines Beschlusses kann Aufschluß über die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges geben. Wir handeln nicht als eine Assoziation von Gruppen, sondern als ein großes Kollektiv, das an den Hochschulen der BRD gemeinsame Aufgaben zu lösen hat. Deshalb nimmt der BK die Einschätzung der geleisteten Arbeit, des zurückgelegten Weges vor und zieht daraus die Konsequenzen für die zukünftige Politik unseres Verbandskollektivs. Im Rahmen dieser gemeinsamen Aufgabenstellung unseres Verbandskollektivs entwickelt der Bundesvorstand zwischen den Kongressen bewußt und planmäßig unsere Politik. So können die Gruppen die Politik für ihren Bereich unter Ausschöpfung der Erfahrungen des ganzen Verbandes entwickeln und sich auf den Jahreshauptversammlungen auf der Grundlage der Politik des gesamten Verbandes Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen. Dieses kontinuierliche und einheitliche Vorgehen beinhaltet die breiteste Entfaltung unserer innerverbandlichen Demokratie.

Demokratie heißt nicht nur, daß die leitenden Verbandsorgane durch demokratische Wahlen legitimiert sind, sondern auch, daß die Mitglieder des MSB sich an der Verwirklichung der von ihnen, von den gewählten Verbandsorganen beschlossenen Politik aktiv beteiligen. Je stärker jeder einzelne Genosse in die Entwicklung, Beschlusffassung und Durchführung der Politik einbezogen ist, desto höher ist das politische Niveau unserer Arbeit, desto besser ist die Demokratie entfaltet, desto größer ist die Schlagkraft unserer Organisation.

Dazu müssen wir aber auch unsere Politik gut verstehen und gut vertreten und begründen können. Dies setzt voraus eine ständige intensive Bildungsarbeit und Aneignung der Grundlagen unserer Politik, die Klärung aller wichtigen aktuellen politischen und ideologischen Probleme. Unsere Genossen brauchen eine stärkere Organisation, die sie zu über-

zeugenden Gesprächen mit den Studenten befähigt. Durch die aktive Massenarbeit als Spartakist, durch niveauevolle Vorbereitung und Auswertung der Massenarbeit in Gruppe und Sektion, durch das Studium der Wissenschaft des Marxismus, durch Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und dem Lernen aus ihren Erfahrungen sowie den Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung.

Nur so wird ein Spartakist zum Marxisten. So verbessert er seine Fähigkeiten, mehr Studenten für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, überzeugender zu argumentieren, neue Genossen zu werben und an den Marxismus und die kommunistische Bewegung heranzuführen.

Die Wirksamkeit unserer Politik und die Demokratie in unserem Verband wachsen im Studium und der Diskussion und der praktischen Arbeit mit unseren Verbandsdokumenten. Sie müssen zum ständigen Leitfaden in der täglichen Massenarbeit unserer Genossen werden. Nur die bewußte Umsetzung der beschlossenen Politik durch die Mitglieder des Verbandes befähigt sie zu einem fundierten Erfahrungsaustausch, zur Teilnahme an einer fruchtbaren und solidarischen innerverbandlichen Diskussion und damit zur Entwicklung von Vorschlägen für die weitere Verbesserung unserer Politik. Die Anwendung der Verbandsdokumente, vor allem des SAP, ist es auch, die eine zielgerichtete Anleitung der Sektionen durch die Vorstände ermöglicht.

Der Verzicht auf die Durchsetzung dieser Prinzipien schafft, wie die Beispiele aus bürgerlichen Parteien, auch aus der SPD, beweisen, einen undemokratischen, bürokratischen Zentralismus. Unsere Organisationsprinzipien,



ihre fruchtbare praktische Verwirklichung, gehören zu den wichtigsten Argumenten, mit denen sympathisierende Studenten für die Mitarbeit in unserem großen Verbandskollektiv gewonnen werden können. Je besser die Vorzüge der einheitlichen Politik — ermöglicht durch breitesten innerverbandliche Demokratie — in der Praxis genutzt und offensiv propagiert werden, desto günstiger sind die subjektiven Voraussetzungen für die Steigerung der Attraktivität unseres Verbandes:
Das beweist die erfolgreiche Entwicklung unseres Verbandes seit seiner Gründung!

Abschnitt 4: Die Verbindung mit der Arbeiterbewegung, die Zusammenarbeit mit der DKP — eine der größten Stärken des MSB Spartakus

Arbeiter und Studenten demonstrieren gemeinsam in Hamburg anlässlich des 2. Bundeskongresses des MSB Spartakus.



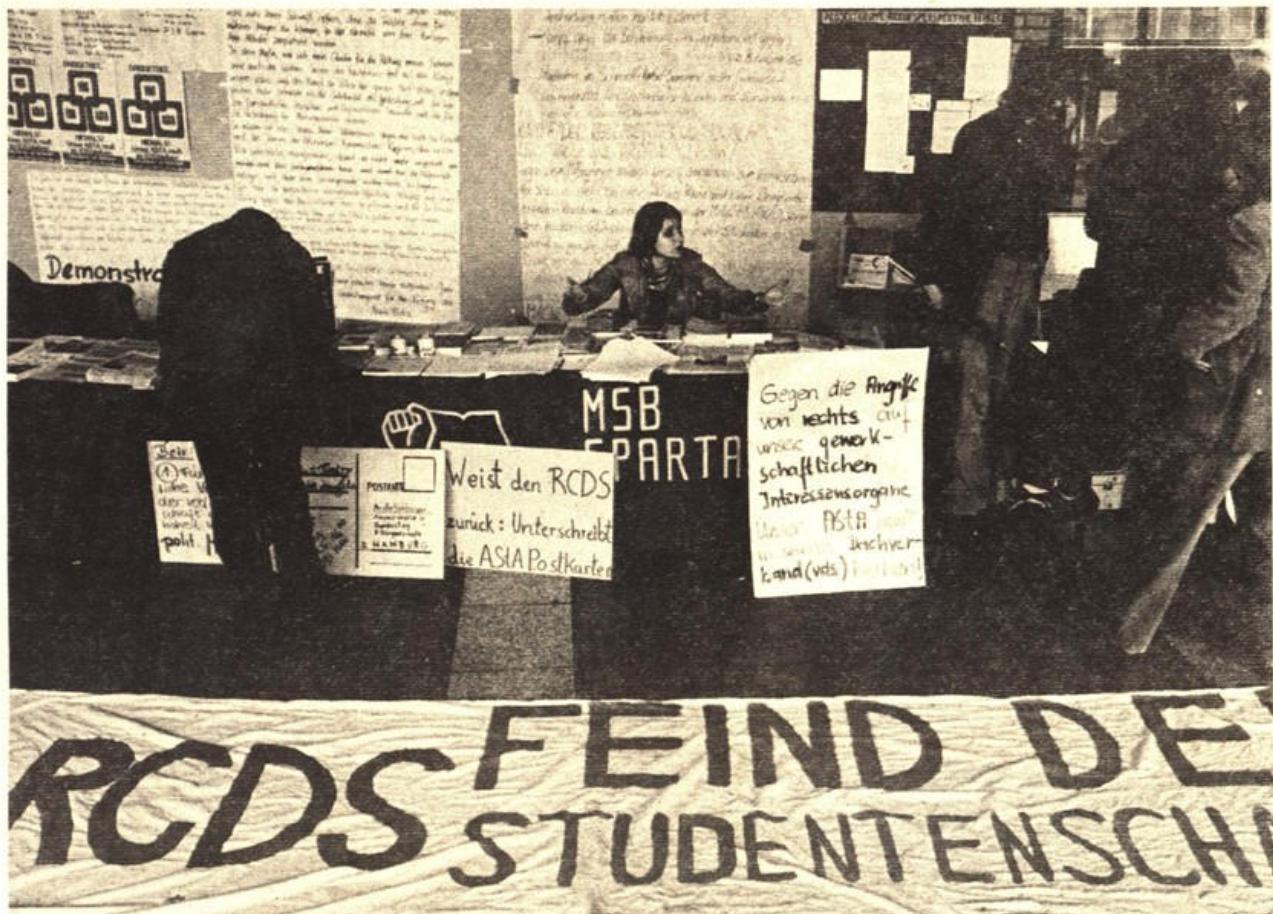
Die wichtigste strategische Aufgabe der marxistischen Massenorganisation der Studenten besteht darin, die Masse der Studenten an die Seite der Arbeiterklasse zu führen, in den gemeinsamen Kampf gegen das Monopolkapital, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Aus dieser Strategie leitet der MSB seine Taktik, seine gegenwärtige Politik ab.

Wenn wir das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten anstreben, können wir damit nicht warten, bis die Mehrheit der Arbeiterklasse unseres Landes revolutionär eingestellt ist, für den Sozialismus kämpft. Auch heute schon und auf dem ganzen Weg zu grundlegenden demokratischen Umgestaltungen, zur sozialistischen Umwälzung in der Bundesrepublik hängt jeder Fortschritt von der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen ab. Auch an den Hochschulen sind wichtige unserer Forderungen nur im Rahmen der Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses durchsetzbar und nicht isoliert durch den Kampf der Studenten allein.

In jedem Schritt des Hochschulkampfes ist es deshalb eine ständige Aufgabe der marxistischen Studentenorganisation, unter den Studenten Verständnis für die Lage und den Kampf der Arbeiterklasse zu entwickeln, die Hinwendung zur Arbeiterklasse für mehr und mehr Studenten zu einer prinzipiellen politischen Haltung zu machen. Dies gilt also nicht nur für Zeiten des Massenkampfes der Arbeiter, des Aufschwungs der Arbeiterbewegung, sondern auch für Zeiten einer relativ ruhigen Entwicklung der Arbeiterbewegung, in denen sich fortschrittliche Studenten häufig nicht spontan zur Arbeiterklasse hingezogen fühlen. In solchen Zeiten ist die Propagierung eines prinzipiellen Verhältnisses zur Arbeiterklasse und zur Arbeiterbewegung eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich die Studentenbewegung im Rahmen ihrer Möglichkeiten kontinuierlich entwickelt und die Studenten nicht darauf verzichten, durch den Kampf für antimonopolistische Forderungen ihren wichtigen Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses und damit letztlich zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu leisten. Nur eine Hinwendung zur Arbeiterklasse kann Studenten zu überzeugten Kämpfern um den Sozialismus machen.

Die Propagierung eines prinzipiellen Verhältnisses zur Arbeiterklasse und zur Arbeiterbewegung ist auch deshalb erforderlich, um die Voraussetzungen zu verbessern, bei Zuspiitzungen des Klassenkampfes und in Zeiten eines raschen Aufschwungs der Arbeiterbewegung die Masse der Studenten bewußt und aktiv auf die Seite der Arbeiterklasse ziehen zu können und deren Kampf für die Entwicklung des Kampfes der Studenten nutzen zu können.

Der MSB ist eine, wie unsere Satzung und unser Selbstverständnis vorschreiben, „gegenüber Parteien und Vereinigungen selbständige marxistische Studentenorganisation“. Weil wir als marxistische Studentenorganisation dem Klassenkampf in der Bundesrepu-



„Wir übersehen nicht, daß der RCDS⁷ gerade auch bei solchen Studenten an Boden gewinnen könnte, die besonders hart von den Krisenfolgen betroffen sind.“

blik nicht neutral gegenüberstehen, üben wir auch keine parteipolitische Neutralität. Der MSB weiß sich „der Deutschen Kommunistischen Partei durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden“. Gerade gegenwärtig ist es für den MSB eine besonders wichtige Aufgabe, sein Verhältnis zur DKP offensiv bekanntzumachen und die Studenten über den Kampf der DKP zu informieren.

In der DKP sind die fortgeschrittenen, revolutionären Teile der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik vereinigt, sie ist Teil der Arbeiterklasse unseres Landes. Die DKP steht in der Tradition der ruhmreichen deutschen kommunistischen Bewegung. Teilnehmer der großen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, Faschismus und Krieg sind heute Mitglied der DKP, ihre Erfahrungen im Klassenkampf sind eine wichtige Grundlage der Politik der DKP. Zugleich repräsentiert die DKP die Zukunft der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik. Ihre Pro grammatisierung und ihre Aktivität zeugen von der revolutionären Kraft, die die Arbeiterklasse unseres Landes entfalten kann und entfalten wird.

Die DKP ist fester Bestandteil der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. In vielen Ländern haben die Arbeiter, haben die Kommunisten gerade gegenwärtig große politische Erfolge und erweisen sich als führende nationale Kraft. Die größten Erfolge hat die Arbeiterklasse dort, wo sie bereit die politische Macht und das Eigentum an den Produktionsmitteln erobert hat, also in den sozialistischen Ländern.

Die Leistungen der Arbeiterklasse in der Sowjetunion, der DDR und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft sind der bedeutendste praktische Beweis der revolutionären gesellschaftlichen Umwälzung, die die Arbeiterklasse hervorbringen kann. Diese Erfolge geben den kommunistischen Parteien aller Länder die historische Gewißheit, des endgültigen Sieges der Arbeiterklasse im Weltmaßstab. Von dieser historischen Gewißheit, von der politischen Sicherheit, die daraus erwächst, läßt sich auch die DKP leiten.

Die Kommunisten in der BRD beweisen ihre praktische Solidarität mit den Forderungen der Studenten. Durch ihr Wirken in Betrieb und Gewerkschaften, im Wohngebiet, als Abgeordnete treten die Mitglieder der DKP in

der Bevölkerung aufgrund ihrer antimonopolistischen Positionen für die Sorgen und Nöte, für den Kampf der Studenten ein. Ohne diese Tätigkeit der Kommunisten hätten die Forderungen nach Anhebung des BAFöG und Aufhebung des Numerus clausus nicht den Rückhalt in der Öffentlichkeit gefunden, der sich bereits bisher entwickelt.

Die DKP ist eine zuverlässige Kraft, auf die die Studenten jederzeit zählen können. Ohne die Stärkung der DKP werden die Studenten keine ihrer grundlegenden Forderungen durchsetzen können. Der MSB hat auch die aktuelle Aufgabe, den Studenten die Bedeutung der Aktion „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ der DKP verständlich zu machen, Studenten zur Zusammenarbeit mit der DKP in dieser Aktion zu gewinnen, fortschrittlichen Studenten am Beispiel dieser Aktion zu zeigen, wie die aktivsten und für die eigenen Interessen am konsequenteren einstretenden Teile der Arbeiterklasse unseres Landes heute die Lösung der drängendsten der vor der Arbeiterklasse stehenden Probleme im Angriff nehmen. So vorzugehen, heißt auch, dem Antikommunismus offensiv entgegenzutreten. Und so treten wir auch dieser wichtigsten ideologischen Stütze der Bourgeoisie entgegen.

Abschnitt 5:

Die neuen Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf der Jugend nutzen – keine Tendenzwende unter der Jugend nach rechts zulassen

Wir unterschätzen nicht die Gefahren, die die Versuche der herrschenden Klasse hervorbringen, die politische Entwicklung in unserem Land weiter nach rechts zu drängen.

Wir sehen, wie die reaktionärsten Kräfte um Strauß ihre Bemühungen verstärken, den Entspannungsprozeß aufzuhalten, wie sie Begriffe wie Frieden, Sicherheit und Entspannung als „irreführende Buchstabensummlung ohne echten begrifflichen Inhalt“ abzusqualifizieren suchen.

Die Bourgeoisie strebt eine Tendenzwende auch unter der Jugend an, weil der Spielraum der Herrschenden für Zugeständnisse geringer geworden ist und die zunehmende Labilität ihres Herrschaftssystems auch neue demokratische Aktivitäten herausfordert, weil die Kritik am kapitalistischen System, die Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik gerade unter der Jugend wachsen.

Dabei macht sich die Bourgeoisie nicht nur die weit verbreitete Fixierung auf das bürgerliche Parteispektrum zunutze, die auch für viele Jugendliche zunächst die Wahl der CDU als einzige Alternative zur Unterstützung der SPD erscheinen läßt. Die CDU selbst unternimmt große Anstrengungen, die Enttäuschung über die nicht erfüllten Reformversprechungen der Bundesregierung auf ihre Mühlen zu lenken, indem sie sich jetzt demagogisch auch als Reformkraft zu profilieren versucht.

Auch die Studentenorganisation der CDU, der RCDS, versucht sich gelegentlich auf diesem Feld. Das ändert nichts am reaktionären Charakter der CDU und des RCDS, sondern zeigt,

dass die gesamte herrschende Klasse der Unzufriedenheit über die soziale und politische Entwicklung Rechnung tragen muß. Das zeigt, dass alle bürgerlichen Parteien bei ihrem Versuch, die politische Entwicklung nach rechts zu drängen, zumindest demagogisch das Drängen nach Reformen berücksichtigen müssen.

Diesen Wunsch nach Reformen greift im Hochschulbereich besonders der SLH auf. Der Charakter und die Politik des SLH sind jedoch grundsätzlich nicht als Ausdruck einer sozialdemokratischen oder liberalen Strömung in der Studentenschaft zu begreifen, sondern im Kern als Ausdruck der Politik der herrschenden Klasse. Deshalb koaliert der SLH auch grundsätzlich nur mit dem RCDS und anderen rechten Gruppen, nicht jedoch mit fortschrittlichen Organisationen. Es gilt, die soziale und politische Demagogie des SLH zu bekämpfen durch die ständige Gegenüberstellung von Worten und Taten dieser Gruppierung.

Der Drang unter der Jugend nach Verbesserung der eigenen Lage lässt sich nicht von der Bourgeoisie aus der Welt schaffen, weil durch ihre Politik keines der brennenden Probleme der Jugend gelöst wird, sich notwendig neue Möglichkeiten für die Marxisten ergeben, demokratische Massenaktivitäten zu initiieren. Aber wir erkennen nicht die reale Gefahr, dass die herrschende Klasse mit ihrer zweigleisigen Taktik der Profilierung nach rechts bei gleichzeitiger demagogischer Aufnahme bestimmter Reformforderungen Erfolge bei ihrem Versuch erzielen kann, große Teile der Jugend wieder stärker an das kapitalistische System, zumindest an die bürgerlichen Parteien, zu binden. Wir übersehen nicht, dass der RCDS gerade auch bei solchen Studenten an Boden gewinnen könnte, die besonders hart von den Krisenfolgen betroffen sind. Gerade bei diesen Studenten ist eine spontane Linkswendung unwahrscheinlich.

In dieser Situation wächst unsere Verantwortung. Wir müssen verstärkt unsere Reformforderungen propagieren, weil ja die teilweise Hinwendung zur CDU keine Absage an Reformvorstellungen ist, sondern eher Ausdruck der Enttäuschung über die nicht erfüllten Reformversprechungen der Bundesregierung. Wir setzen gegen die demagogischen Reformversprechungen der Rechten unsere antimonopolistischen Reformforderungen und gewinnen die Jugend für den entschlossenen Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen. Wir bekämpfen damit prinzipiell den Versuch der Herrschenden, vom Kampf für die eigenen Interessen abzulenken und statt dessen das Hoffen auf die bürgerlichen Parteien zu fördern. Wir setzen also der von den Herrschenden angestrebten Tendenzwende nach rechts die Tendenzwende zur gemeinsamen antimonopolistischen Aktion an der Seite der Arbeiterklasse entgegen, zur gemeinsamen oder gleichgerichteten Aktion von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten.

Es ist kein Zufall, dass die herrschende Klasse parallel zu der angestrebten Tendenzwende große Anstrengungen unternimmt, die arbeitende und lernende Jugend auseinanderzudividieren. Sie weiß, dass ihr Versuch, die Krisenfolgen auf alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten abzuwälzen und dabei demokratische Freiheiten weiter abzubauen, auf wachsende Kritik stößt und den Zusammenschluß der nichtmonopolistischen Kräfte objektiv begünstigt. Das gilt im besonderen Maße für die Jugend. Denn die tiefe Krise des Bildungssystems in der BRD trifft Lehringe, Schüler und Studenten gleichermaßen, drängt zur gemeinsamen Aktion zur Verbesserung und Demokratisierung der Ausbildung.

Heute sind die brennenden Probleme von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten zunehmend miteinander verknüpft und konzentrieren sich auf einige Hauptkomplexe:

• Die Arbeitslosigkeit beginnt nach der Arbeiterjugend jetzt auch für Studenten eine Bedrohung zu werden. Zunehmende Berufsun Sicherheit aufgrund struktureller Krisen oder Kürzungen im öffentlichen Dienst, kombiniert mit dem Berufsverbot, kennzeichnen zunehmend die Lage an den Hochschulen. Die Lehrstellenerpressung der Unternehmer, die Tatsache, dass heute weniger Jugendliche eine qualifizierte Lehrstelle finden als beim Regierungsantritt der Schmidt-Regierung, macht deutlich, dass die angebliche Priorität für die Berufsausbildung zerplatzt ist wie eine Seifenblase. Die Bekämpfung der gewaltigen Jugendarbeitslosigkeit, der Kampf für ausreichend qualifizierte Lehrstellen stehen im Zentrum der Aktionen der Gewerkschaftsjugend.

• Die gesamte Jugend ist von der Preistreiberei der Konzerne betroffen. Niedrige BA-FöG, völlig unzureichende Lehrlingsvergütungen, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit und auf der anderen Seite immense Verteilung aller Lebenshaltungskosten haben inzwischen zu einer realen Senkung des Lebensstandards für Arbeiterjugend und Studenten geführt. Der gemeinsame Feind, die großkapitalistischen Preistreiber, werden sichtbarer und rücken stärker ins Zentrum gleichgerichteter Aktionen zur Sicherung des materiellen Lebensniveaus. Der Rote Punkt wird wieder aktuell, kommunale Tarifverhöhungen stehen im Brennpunkt der Kritik. Die Notwendigkeit, gemeinsam gegen den Mietwucher vorzugehen, stellt sich dort, wo Arbeiterjugendliche und Studenten keine oder nur teure Wohnungen finden.

Immer klarer wird, dass die Arbeitslosigkeit, die Roststiftpolitik in Schule, Hochschule und Berufsbildung nur durch gemeinsame Aktionen bekämpft werden können. Dabei setzen wir uns mit allen Spaltungsmanövern der Herrschenden auseinander, die neben ihrem großen Bluff „Berufsbildung statt Hochschulbau“ jetzt noch versuchen, Hauptschüler gegen Abiturienten auszuspielen, die jetzt abgewiesen durch den NC – verstärkt in die knappen Lehrstellen drängen.

Arbeiterjugend, Schüler und Studenten können und müssen heute in solidarischen Aktionen wichtige Beiträge im Hauptfeld der Klassenauseinandersetzungen leisten – sie stärken dadurch den Kampf der Arbeiter für Preisstopp und Arbeitsplatzsicherheit. Die Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung der DKP ist selbst ein wichtiger Beitrag zur Vereinheitlichung der Jugendbewegung.

• Im Kampf gegen den Einfluss der Konzerne auf die Berufsausbildung, im Kampf gegen die reaktionäre Ausrichtung der Hochschulen steht die gleiche konzernfremde Regierungspolitik im Visier. Im Kampf um Mitbestimmung in Schule, Hochschule und Betrieb, beim Durchforsten der reaktionären Schulbücher auch an den Berufsschulen durch Studenten, im gesamten Spektrum des Kampfes für demokratische Ausbildungsziele wachsen die Möglichkeiten gemeinsamer oder gleichgerichteter Aktionen.

• Jugendvertreterrausschisse, Knebelung der Verfaßten Studentenschaft, Ordnungsrechtsmaßnahmen und Berufsverbot machen die gegenseitige Solidarität immer notwendiger.

• Gute Möglichkeiten bestehen in der Einbeziehung von Studenten in die Jugendzen-

trumsbewegung. Auch Studenten lassen sich für diese Bewegung gewinnen, weil das Freizeitangebot für Studenten praktisch gleich Null ist. Zugleich können solche Jugendzentren ständige Treffpunkte von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten sein.

In wichtigen Brennpunkten der Klassenauseinanderstellung wächst also die Tendenz zum Zusammenschluß der Jugend gegen die Politik des Großkapitals. Damit der Zusammenschluß auch wirksam werden kann, müssen wir uns im Kampf für die Aktionseinheit der Jugend mit wichtigen hemmenden Faktoren auseinandersetzen: Es gilt, den Klassencharakter des Spaltungsmanövers der Bourgeoisie, Hochschulausbau gegen bessere Berufsausbildung auszuspielen, zu verdeutlichen.

Wir müssen akademisch bornierten Schranken, und umgekehrt Vorbehalte der Arbeiterjugend gegenüber Studenten, die durch das dreigliedrige Schulsystem bewußt gefördert werden, kontinuierlich entgegenwirken.

Wir berücksichtigen, daß wichtige Kampferfahrungen in der Jugend und vor allem bei Studenten labiler verankert sind als in der Arbeiterklasse und bemühen uns deshalb gezielt, Kampferfahrungen der Arbeiterbewegung in der Jugend zu stabilisieren. Bewährte Mittel, wie das Auftreten von Arbeitern vor Studenten, müssen ausgebaut werden.

Wir setzen uns mit der Stillhalteideologie auseinander und weisen im praktischen Kampf nach, daß die Fixierung auf die Bonner Parteien keines der grundsätzlichen Probleme der Jugend löst, sondern bedeutet, der Taktik der Bourgeoisie auf den Leim zu gehen.

Wir diskutieren deshalb ernsthaft mit all denen, die sich aus Besorgnis vor dem Erstarken der CDU/CSU hinter die SPD und ihre Führung stellen und sie schonen wollen. Wir zeigen auf, daß es Illusion ist, mit rechtssozialdemokratischer Politik eine Rechtsentwicklung verhindern zu wollen. Die Alternative zur CDU/CSU ist nicht die Politik der rechten, an die Positionen des Großkapitals gebundenen SPD-Führung. Wer die SPD wählt, wählt Numerus clausus, Hochschulförderung, Sparkurs auf Kosten der arbeitenden und lernenden Bevölkerung, Lehrermaßel, Aufrüstung. Wer die SPD wählt, wählt die Politik der Zusammenarbeit mit der CDU/CSU! Die einzige Alternative dazu ist Aktionseinheit gegen das Großkapital, ist die Stärkung der marxistischen Kräfte DKP, SDAJ und MSB.

Weil wir wissen, daß an wichtigen Kampfab schnitten die Probleme der Studenten nur im gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterjugend an der Seite der Arbeiterklasse gelöst werden können, treten wir als Marxisten am konsequentesten für die Aktionseinheit der Jugend ein. Wir verankern den Gedanken der gegenseitigen Solidarität als Grundlage für gemeinsame Aktionen — auch überall da, wo noch nicht gemeinsame, aber gleichgerichtete Aktionen stattfinden.

Wir streben stabile Kontakte von ASten und Fachschaftsräten, Jugendvertretungen und Schülermitverwaltungen an — die ASten müssen Motoren der Zusammenarbeit werden. Alle Möglichkeiten zu einer engen Zusammenarbeit mit der SDAJ müssen vom MSB genutzt werden.

So wird die Grundlage gelegt, daß das Gerede von der Tendenzwende in der Jugend von ihr selbst durch ihr engeres Zusammenrücken gegen das Großkapital und seine Politiker beantwortet wird. Daran hat die Jugend, aber auch die Arbeiterklasse ein elementares Interesse. Denn jede Differenz unter den nicht-monopolistischen Kräften schwächt nur ihre eigene Position gegen das Großkapital und stärkt die Reaktion.

DEMOKRATISCHEN MASSENKAMPF FÜHREN

ORTSCHRIFTLICHE SOZIALENDOKRATIE STÄRKEN

FRIEDENSDOKTRIN UND SOZIALISMUS KÄMPFEN

SIEGEN



Bundesdelegiertenkonferenz des SHB: Linke Sozialdemokraten, wie sie namentlich vom SHB repräsentiert werden, grenzen sich scharf von den Tendenzen der Anpassung, des Zurückweichens gegenüber dem Helmut-Schmidt-Kurs ab.

Abschnitt 6: Die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Studenten entwickeln und festigen

Große Teile der Bevölkerung unseres Landes sind enttäuscht über nicht eingehaltene Reformversprechungen der SPD/FDP-Regierung. Insbesondere die SPD muß in Wahlen einen beachtlichen Vertrauensrückgang verbuchen. Dennoch bleibt der Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen nach Reformen wach, auch solchen Veränderungen, für die sich die Sozialdemokraten aussprechen. Besonders deutlich spüren wir dies an den Hochschulen. Die Mehrheit der Studenten ist nach wie vor mit der sozialdemokratischen Ideologie und Politik verbunden. Weit verbreitet unter den Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie ist ein tiefesitzendes Unbehagen unter der Oberfläche mit der gegenwärtigen Politik der sozialdemokratischen Führung. Die Hinwendung der SPD-Führung zu „pragmatischer“ Zusammenarbeit mit den Rechtskräften, die gemeinsame Hetze gegen jeden Ansatz linker Politik rufen jedoch nur bei einem Teil der sozialdemokratischen Studenten öffentliche und scharfe Kritik hervor.

Linke Sozialdemokraten, wie sie namentlich vom SHB repräsentiert werden, grenzen sich auch scharf von den Tendenzen der Anpassung, des Zurückweichens gegenüber dem Helmut-Schmidt-Kurs ab und bekennen sich trotz

aller Angriffe und Liquidierungsversuche, die gegenwärtig gegen den SHB vorgetragen werden, zur Aktionseinheit mit Kommunisten gegen das Großkapital. Unsere Aktionseinheit mit diesen Sozialdemokraten ist und bleibt der Kern der Aktionseinheit der Studentenbewegung. Diese Aktionseinheit gilt es zu bewahren und zu entwickeln, denn sie erweist sich mit jedem Tag aufs neue als die einzige lebensfähige Form fortschrittlicher Alternative zu Unsicherheit, Anpassung und Rechtsentwicklung. Deshalb ist sie auch die unverändert einflußreichste politische Linie an den Hochschulen. Die feste Aktionseinheit von MSB und SHB ist der herrschenden Klasse ein Dorn im Auge. Doch alle Versuche der Rechtskräfte und der SPD-Führung, eine Zusammenarbeit von sozialdemokratischen und marxistischen Studenten zu unterbinden, müssen letztlich an der harten Wirklichkeit scheitern, an den gemeinsamen antimonopolistischen Interessen der Masse der Studenten, an dem immer weitere Kreise ziehenden Unmut unter den Studenten über die studentenfeindliche Politik der SPD-Führung — gleich, ob dieser Unmut aufflammt oder teilweise nur schwelt.



Die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen um die Herstellung und Festigung der Aktionsseinheit mit sozialdemokratischen Studenten läßt keinerlei Raum für Besserwisserei, für — wie Lenin es nannte — „kommunistischen Hochmut“. Aktionsseinheit schließt das kontinuierliche und solidarische Gespräch mit den Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie auf allen Ebenen ein. Sozialdemokratische wie marxistische Studenten sind gleichermaßen daran interessiert, daß nicht nur gemeinsame Beschlüsse gefaßt werden, sondern auch gemeinsam zur Verwirklichung der gemeinsamen Interessen gehandelt wird.

Weil es im Interesse aller fortschrittlichen Studenten liegt, einheitliche Aktionen gegen die Rechtskräfte in unserem Land und für positive antimonopolistische Ziele durchzuführen, ist unser Bemühen um die Aktionsseinheit der Studentenbewegung grundsätzlich und keine bloß vorübergehende und halbherzige Angelegenheit.

Weil der Imperialismus die Lebens- und Studienbedingungen der großen Mehrheit der Studenten verschlechtert, ergeben sich viele Möglichkeiten, mit liberalen und auch christlich motivierten Studenten zusammenzuarbeiten, auch wenn sie zum Teil nur in einzelnen Fragen fortschrittliche Positionen beziehen.

Wir wollen nicht nur die Aktionsseinheit mit den fortschrittlichsten Sozialdemokraten entwickeln und festigen, sondern auch alle diejenigen Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie für gemeinsames oder gleichgerichtetes Handeln gewinnen, die noch von starken antikommunistischen Vorbehalten geprägt sind. Es ist doch bemerkenswert, daß sich heute an den Hochschulen auch unter den Sozialdemokraten niemand findet, der die Politik der Bundesregierung offen verteidigt. Dem tief sitzenden Unbehagen mit dieser Politik, der sich ausbreitenden Kritik an den Auswüchsen der Monopolherrschaft unter den Studenten tragen alle sozialdemokratischen Strömungen an der Hochschule Rechnung. Dies widerspiegelt sich auch in den systemkritischen, antikapitalistischen Aussagen der Programmatik der Juso-Hochschulgruppen. Doch Programm und vor allem Praxis der Juso-Hochschulgruppen sind zugleich davon geprägt, daß die Politik der herrschenden

Klasse zahlreiche mit ihrer Lage unzufriedene, nach einem Ausweg suchende Studenten zum Schwanken, zur Unsicherheit über die Möglichkeiten und Wege der Veränderung des kapitalistischen Systems, zur Inaktivität drängt. Gerade für Jungsozialisten ist deshalb der Schritt von der Kapitalismuskritik zum antikapitalistischen Kampf gegenwärtig besonders groß. Zwar haben sich die Juso-Hochschulgruppen mittlerweile parallel zum SHB eigenständig organisiert, aber eine nennenswerte Steigerung ihrer politischen Aktivität hat dies bis jetzt nicht bewirkt, am allerwenigsten an der vielbeschworenen „Basis“. Der teils freiwillige, teils aufgezwungene Versuch, in der Kapitalismuskritik einen großen Bogen um die Kritik an der SPD-Führung, die ja fest auf dem Boden des kapitalistischen Systems steht, zu machen, führt zum Absterben fast jeglicher politischer Aktivität im Sinne der von den Jusos selber propagierten Ziele. Der Hauptgrund dafür ist der auch unter Jusos immer massiver vorgetragene Antikommunismus, der im Gegensatz zu den persönlichen Absichten vieler Jusos objektiv eine Klammer bildet, die sie mit allen tragenden Kräften des herrschenden Systems verbindet. Dieser Antikommunismus ist begleitet von einem zunehmenden Unverständnis über die Notwendigkeit demokratischer Massenaktionen zur Veränderung des Kräfteverhältnisses und Durchsetzung realer Verbesserungen und bedeutet damit ein Einschwenken auf das den Herrschenden so wichtige Stillhalten. Deshalb wirkt sich das Drängen der herrschenden Klasse nach rechts in letzter Zeit auch so aus, daß die unter vielen Jusos verbreitete, scheinbar linke Begründung des Antikommu-

nismus und der Zurückhaltung vom demokratischen Kampf jetzt häufiger von offensichtlich rechtsopportunistischen Argumenten abgelöst wird. Doch wenn Jusos meinen, sie könnten antikapitalistische Forderungen aus ihrer Programmatik besser ohne die Aktionseinheit mit dem Spartakus durchsetzen, dann sollen sie bitte den praktischen Beweis anzutreten versuchen. Und wenn sie sich auf die „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft“ konzentrieren wollen — wir erwarten voller Spannung die Ergebnisse ihrer praktischen Bemühungen. Wovon wir sie allerdings abzuhalten versuchen, ist die Zusammenarbeit mit rechten oder maoistischen Kräften, denn da bleibt außer Antikommunismus rein gar nichts mehr übrig. Demgegenüber werden wir jeden, auch den kleinsten praktischen Schritt in der Richtung des antikapitalistischen Teils der Juso-Programmatik unterstützen. Wir begrüßen es, wenn sich die Jungsozialisten „für eine Verbesserung der materiellen Ausbildungsbedingungen“ einsetzen, wenn sie „die Mehrheit der Studenten als potentielle Lohnabhängige auf eine gewerkschaftlich organisierte Berufspraxis vor(zu)bereiten und jetzt schon als Bündnispartner der Arbeiterklasse (zu) gewinnen“ wollen. Auch wir kämpfen „für eine Demokratisierung der Ausbildung“, „für die Ausweitung des Einflusses der Gewerkschaften in den Hochschulen“, auch wir treten konsequent ein „für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungsautonomie und Beitragsfreiheit als Organ zur Vertretung der sozialen, ökonomischen und politischen Interessen der Studenten“. (Alle Zitate aus dem Beschuß des Juso-Bundesausschusses vom 21. 12. 1974 zur Arbeit an den Hochschulen.) Wir fordern die Jusos auf, den



Vor den Jusos an den Hochschulen steht die Alternative: Antikapitalismus oder Antikommunismus.

Abschnitt 7: Maoisten sind keine Linken

Worten Taten folgen zu lassen, für die Durchsetzung dieser Forderungen zu kämpfen.

Vor den Jusos an den Hochschulen steht deshalb die Alternative: Antikapitalismus oder Antikommunismus. Wir erwarten nicht von ihnen, daß sie ihre Vorbehalte uns gegenüber von heute auf morgen über Bord werfen, wir erwarten aber, daß sie klar sagen, was das Hauptprinzip ihrer Politik ist. Der praktische Beweis dafür, daß es möglich sein soll, gegen den Spartakus an den Hochschulen antikapitalistische Politik zu machen, ist von ihnen bis heute noch nicht erbracht worden. Wir schlagen vor, die Solidarität aller antikapitalistischen und fortschrittlichen Kräfte zum Hauptprinzip des Verhältnisses zueinander zu machen. Auf dieser Grundlage ergibt sich vielleicht noch nicht in jedem Fall die Aktionseinheit, aber doch zumindest die Möglichkeit für die Jusos, die antikapitalistischen Bestandteile ihrer Programmatik in politische Praxis münden zu lassen. Das wäre schon ein großer Fortschritt.

Niemals war es so deutlich wie heute: Der Spartakus wird keine aktive Bündnispolitik betreiben können, wenn er nicht selbständig einen klaren politischen Kurs in der Öffentlichkeit propagiert und sich auf dieser Grundlage konstruktiv mit allen potentiellen oder auch nur zeitweiligen Bündnispartnern auseinandersetzt, um die positiven Momente ihrer Politik im Interesse und zum Nutzen der Masse der Studenten für gemeinsame oder gleichgerichtete Aktionen nutzen zu können und die negativen Momente ihrer Politik zurückzudrängen.

Wir setzen uns prinzipiell mit schädlichen politischen und ideologischen Positionen auseinander, unsere ideologischen Grundpositionen stehen auch in der Bündnispolitik nicht zur Disposition. Gerade unsere offensive Kritik des staatsmonopolistischen Systems, unsere marxistische Kritik rechtsopportunistischer Auffassungen erleichtert das Zustandekommen antimonopolistischer Bündnisse und erschwert es dem Gegner, mit seiner Stillhalteideologie Fuß zu fassen.

A und O jeder Bündnispolitik ist es, die Studenten mit unserer konstruktiven politischen Linie vertraut zu machen. Die Attraktivität unserer einfachen, konstruktiven Vorschläge muß viel stärker als bisher in die Waagschale der politischen Auseinandersetzung geworfen werden. So werden wir nicht nur der Spaltungspolitik der herrschenden Klasse einen Riegel vorschieben, sondern darüber hinaus die sich aus Unzufriedenheit und Systemkritik ergebenden Möglichkeiten für die Einbeziehung neuer Kräfte in den antimonopolistischen Kampf offensiv nutzen können. So ermöglichen wir den Studenten in ihrem Drängen auf die allernotwendigsten Schritte zur Verbesserung ihrer Lage die Erfolge, die sie brauchen, und zwar auf dem einzigen Weg, auf dem Erfolge möglich sind, auf dem Weg an der Seite der Arbeiterklasse.

Das Auftreten der Maoisten an den Hochschulen ist mittlerweile völlig konzeptions- und prinzipienlos geworden, ihr Einfluß ist an einer Reihe von Hochschulen spürbar zurückgegangen, geblieben ist der antikommunistische Kern ihrer Politik. Ihr Haß auf die Kommunisten der BRD treibt sie immer mehr in die Arme der Bourgeoisie. Sie fordern, wie in Bonn, München und Münster, Berufsverbot für DKP-Mitglieder. Mit ihrer Gewerkschaftspolitik stehen sie in einer Reihe mit den Feinden der Einheitsgewerkschaft. Sie boykottieren den Kampf der Studenten um soziale Sicherheit und bessere Studienbedingungen oder versuchen ihn zu spalten. Sie schlagen den Interessen der Arbeiter und Studenten ins Gesicht, indem sie den Kampf um Frieden und Entspannung mit allen Mitteln zu sabotieren versuchen.

Den vielfältigen Schattierungen des Maoismus ist eines gemeinsam: ihr Antikommunismus und ihre tiefe Feindschaft zur Sowjetunion, die dem Kampf der Studenten die reale sozialistische Perspektive nehmen sollen. Ihr Antikommunismus und Antisowjetismus läßt aus ihrer Hochschulpolitik einen billigen Abklatsch der Außenpolitik der chinesischen Führer werden, die sich noch nie so offen wie heute mit den Kräften der schwärzesten Reaktion und des Militarismus verbündet hat.

Den antikommunistischen Kern ihrer Politik können und wollen die maoistischen Organisationen auch dann nicht aufgeben, wenn sie hin und wieder gleiche eigenständige Forderung aufgeben, sich vollständig unseren Positionen unterordnen, um sich so in demokratische Bündnisse hineinschmuggeln zu können. Daß sie trotzdem die alten geblieben sind, läßt sich auch in solchen Situationen aus der Politik ihrer Kollegen an anderen Orten, aus zentralen Publikationen usw. leicht nachweisen. Trotz aller vorübergehenden Einheitsparolen haben sie den Studenten nichts anzubieten als Betrug, prinzipienlose Einstellung zu den studentischen Interessen, die Isolierung der Studenten gegenüber der Arbeiterklasse, Bündnisse mit der Reaktion, Gewerkschaftsfeindlichkeit, Antikommunismus. Ein Bündnis mit den Maoisten würde keine Aktionseinheit verbreitern, sondern im Gegenteil die Wirksamkeit der Aktion schwächen, die Isolierung der Aktion von der Arbeiterklasse begünstigen und damit den Interessen der Studenten widersprechen. Die maoistischen Gruppierungen gehören nicht zur Linken.

Kein Student sollte sich durch die Zusammensetzung mit diesen Organisationen die Finger schmutzig machen, und der Spartakus muß unsere prinzipienfeste Haltung auch in komplizierten Situationen an den Tag legen. Dies allein macht uns auf die Dauer auch gegenüber solchen Studenten glaubwürdig, die vorübergehend von der maoistischen Einheitsdemagogie angezogen waren.

Der spürbare Rückgang des Einflusses maoistischer Kräfte an einer Reihe von Hochschulen ist ohne die Existenz und die Arbeit des MSB Spartakus undenkbar. Wenn sich Spartakisten als wirkliche Organisatoren des Interessenkampfes der Studenten bewähren, wenn sie im Kampf um die Tagesforderungen die Notwendigkeit antimonopolistischer Veränderungen, die Alternative des Sozialismus für unser Land überzeugend darstellen, wenn Spartakisten offen und fest zu unserer politischen Linie stehen und dabei schnell auf veränderte Kampfbedingungen reagieren, dann kann den maoistischen Kräften immer wieder der Boden entzogen werden.

Die Gewinnung weiterer Teile der Studentenschaft für die Hauptaussagen des Studentenaktivationsprogramms ist eine wesentliche Bedingung für die Isolierung der Maoisten.

Doch die Faktoren, die ein erneutes Anwachsen des maoistischen Masseneinflusses beginnen, sind damit nicht aus der Welt geschafft. Immer neue Teile der Jugend und der Studenten sind unzufrieden mit ihrer Lage, kritisieren den Kapitalismus und fühlen sich vom antiimperialistischen Kampf angezogen. Ihre politische Unerfahrenheit wird von maoistischen Demagogien zu nutzen versucht. Die herrschende Klasse verschafft den Maoisten zahlreiche neue Wirkungsmöglichkeiten gegen die Kommunisten, gleichzeitig verstärkt sie ihre antikommunistische Propaganda unter der Jugend, aus der nicht nur die Kräfte der äußersten Reaktion, sondern auch die Maoisten ohne Schwierigkeiten politisches Kapital schlagen können. Deshalb darf auch der Kampf gegen den Maoismus keine Minute lang eingestellt werden.

Nur der offensive und unversöhnliche Kampf gegen diese Organisationen gewährleistet, daß die subjektiv ehrlichen unter ihren Mitgliedern und Anhängern nachzudenken beginnen, das Gespräch mit uns suchen, von uns davon überzeugt werden können, daß nur eine Trennung vom Maoismus den Anschluß an die Reihen des antiimperialistischen Kampfes ermöglicht.

Dies setzt voraus, nicht darauf zu warten, daß die Maoisten uns angreifen. Der Spartakus muß es sein, der offensiv und kontinuierlich bei allen wichtigen aktuellen Anlässen die Haltung der Maoisten entlarvt (und das schließt auch die Erklärung der Gründe ihres Schweigens zu bestimmten Fragen ein), Worte und Taten der Maoisten gegenüberstellt, um damit über den Tag hinaus das Gesamtbild ihrer Politik, den Kern ihrer studenten- und arbeiterfeindlichen politischen Linie vor den Studenten aufzudecken.

Nicht so drängeln



Die roten blätter Kann jeder bekommen



Eine Auseinander-
setzung mit der
Politik maoistischer
Gruppierungen in
der BRD

Wenn wir
die Maoisten
bekämpfen
ist das gut
und nicht
schlecht

(Paratitische Sprachlosigkeit)

Letzte freundschaftliche Mahnung

Zweimal haben wir unsere Abonnenten gebeten, ihren Abo-Beitrag zu bezahlen, ohne daß sie eine individuelle Abo-Rechnung ins Haus erhalten. Weitaus die meisten haben bezahlt.

Aber immer noch gibt es etliche, die unsere Aufforderungen nicht recht ernst genommen haben. An sie richtet sich unsere letzte freundschaftliche Mahnung, den Abo-Beitrag spätestens bis zum 1. April zu bezahlen.

Eine individuelle Anmahnung wird nach dem 1. April jedem Abonnenten unnötige und vor allem zusätzliche Kosten bringen. Denn die bei der individuellen Anmahnung und Einziehung entstehen-

den Kosten müssen natürlich den Abonnenten angerechnet werden. Sonst können wir unsere niedrigen Studentenpreise nicht lange halten.

Ihr könnt die Beiträge auf jedem Postamt auf das Postscheckkonto Dortmund 536 10-469 des Weltkreis-Verlages mit dem Vermerk „rb-Abo“ einzahlen oder von jedem Konto (auch Sparkassen und Banken) aus überweisen.

Noch einmal zur Information:
Ein Jahresabonnement kostet 10,50 DM (einschl. Porto und Zu-
stellung).

Wer seit Januar 1975 abonniert,
zahlt also 10,50 DM
seit Okt. 1974 13,50 DM
seit Nov. 1974 12,50 DM
seit Dez. 1974 11,50 DM

Und noch einmal unsere Bitte an alle Leser: Überprüft bitte, ob ihr trotz meist leerer Geldbörse den Abo-Beitrag nicht mit einer Spende aufrunden könnt!

Studentenmagazin

rote blätter

Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus

Bestellkarte

- Ich bestelle ab Nr. ...
bis auf Widerruf — jedoch
mindestens für 1 Jahr
(Jahresabo: 10,50 DM)
- Ich bitte um Zusendung
eines Einzelexemplares
(1,- DM und Porto)

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Studentenmagazin
rote blätter
Organ des MSB Spartakus

53 Bonn
Postfach



Sind Spartakisten dogmatisch? Das Ver-
hältnis zur DKP. Gibt es individuelle
Gründe die einer Organisierung im MSB
im Wege stehen? Die Berufsverbote

Ich bestelle ... Exemplare der
Broschüre „Wenn wir die Mao-
isten bekämpfen...“ zum Preis
von 1 DM und 1 DM Porto.

Ich bestelle ... Exemplare der
Broschüre „Werde Mitglied“
zum Preis von 0,30 DM und 0,70
DM Porto.

Ich bestelle ... Exemplare des
Studentenaktionsprogramms
zum Preis von 0,50 DM und 1
DM Porto.

Bestellungen gegen Voreinsen-
dung oder Überweisung auf das
Konto Postscheckamt Köln
2711 87—503.

An den
MSB Spartakus, Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach

2. Der Kampf für die Forderungen des Studenten- aktionsprogramms

Abschnitt 8:

**Der Kampf
für Frieden
und
anti-
imperialistische
Solidarität
muß
fester
Bestandteil
unserer
Massenarbeit
werden**

Politische Aktionen für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung sind zu einem wichtigen Gebiet der Aktivität des MSB Spartakus geworden.

Durch seinen Eintritt in den Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ), der Millionen Jugendliche in aller Welt vertritt, verbindet sich der MSB Spartakus noch fester mit den antiimperialistischen Kräften der Jugend der Welt. Durch seine vielfältigen internationalistischen Aktivitäten versucht der MSB Spartakus, das Vertrauen zu rechtfertigen, das die fortschrittlichen Jugend- und Studentenorganisationen in aller Welt in seine Tätigkeit setzen.

Die internationale Entwicklung in den letzten Jahren bestätigt unsere Einschätzung, daß der Imperialismus, mit dem Weltgendarmen USA an der Spitze, nicht in der Lage ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Trotz des Wechsels in den Regierungen der imperialistischen Hauptländer konnte die Fortsetzung der Entspannungspolitik nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Die Durchsetzung erster konkreter Abrüstungsmaßnahmen steht international auf der Tagesordnung. An der sozialistischen Staatengemeinschaft vorbei kann heute keine Frage der Weltpolitik mehr entschieden werden.

Die antiimperialistische Weltbewegung, die die internationale Entwicklung tiefgreifend beeinflußt, hat es nach wie vor mit einem gefährlichen Gegner zu tun.

Durch unverminderte Hochrüstung, durch konterrevolutionäre Anschläge, durch Unterstützung faschistischer und rassistischer Regimes, durch neokoloniale Ausbeutung versucht der Imperialismus immer wieder, verlorenen Boden zurückzugewinnen.

Die internationalen imperialistischen Organisationen erweisen sich immer wieder militärisch, politisch und ökonomisch als Haupthindernisse bei der Sicherung des Friedens und im weltweiten Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt.

Es ist eine ständige Aufgabe des Marxisten, im ideologischen Klassenkampf die wahre, menschenfeindliche, brutale Natur des Imperialismus zu entlarven, die schönen Worte von „westlicher Demokratie“, „Industriationen“ und „Leistungsgesellschaft“ mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit des kapitalistischen Systems zu konfrontieren.

Doch die krisenhafte Entwicklung des Imperialismus ruft auch immer größere Schwierigkeiten für die Durchsetzung der aggressiven politischen Zielsetzungen hervor.

Das gibt den antiimperialistischen Kräften in aller Welt neue Möglichkeiten, Einfluß auf die internationale Entwicklung zu nehmen. Wir sind herausgefordert, die Fragen des Friedens und der internationalen Solidarität noch enger in unser Gruppenleben und unsere Massenarbeit einzubeziehen.

Diese Zielsetzung erfordert, Fragen der internationalen Politik stärker auf unseren Gruppenversammlungen zu diskutieren. Diese aktuelle politische Diskussion fördert auch die Entfaltung eines politischen Klimas in unseren Gruppen und Sektionen. Auf diese Weise gelingt es uns auch, das ideologische Niveau unserer politischen Arbeit auch im Kampf um die unmittelbaren Interessen der Studenten zu erhöhen.

Die Erpressungspolitik der US-Regierung im Nahen Osten stößt auf eine immer geschlossenerne Ablehnung der antiimperialistischen arabischen Kräfte. Das internationale Ansehen der PLO erhöht sich ständig.

Die Vertreter der Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Mozambique und Angola, noch gestern von der imperialistischen Presse als „Wegelagerer“ und „Terroristen“ beschimpft, sind heute die international anerkannten Repräsentanten ihrer Völker.

Angesichts dieser positiven internationalen Entwicklung verstärkt der Imperialismus seine generalstabsmäßig geplante Hetzkampagne gegen die antiimperialistische Weltbewegung, besonders gegen die Politik der Kommunisten in aller Welt.

So stellt z. B. die Propagandawelle gegen die portugiesischen Kommunisten ein Beispiel dafür dar, mit welchen großen Mitteln dieser ideologische Krieg gegen die kommunistische Weltbewegung betrieben wird.

Die Hetze gegen die Kommunisten in aller Welt ist unmittelbar gegen die DKP, gegen die SDAJ, den MSB, gegen die gesamte fortschrittliche Bewegung in der BRD gerichtet. Die Stabilisierung und Vergrößerung des Masseneinflusses der marxistischen Organisationen in der BRD verlangt eine ständige, offensive Auseinandersetzung mit den Verleumdungskampagnen des Großkapitals und seiner politischen Parteigänger gegen die revolutionäre Weltbewegung. Die verstärkte Diskussion über Fragen der internationalen Entwicklung gibt uns nicht nur die Möglichkeit, die imperialistischen Lügen zu entlarven, sondern auch die geschichtsgestaltende Kraft der Arbeiterklasse, die revolutionären Leistungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die immer mehr die internationale Entwicklung bestimmen, an vielfältigen und anschaulichen Beispielen in der ideologischen Massenarbeit unseres Verbandes stärker zu propagieren. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt zur Vermittlung von Grunderkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus an den Hochschulen.

Bei den fortschrittlichen Jugendorganisationen verstärkte sich die Einsicht, daß die BRD durch die Politik des Großkapitals und der mit ihm verbundenen Parteien teil hat an den Verbrechen des Imperialismus in der ganzen Welt.

Die Forderung nach diplomatischer Anerkennung der DRV und der RSV, nach großzügiger Hilfe für den Aufbau des zerstörten Vietnam, nach Beendigung jeder Unterstützung für das faschistische Regime Pinochet, nach Einhaltung der Boykottbeschlüsse der UN gegenüber den rassistischen Regimen im südlichen Afrika, nach konstruktiver Mitarbeit der BRD bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, nach politischen Initiativen für konkrete Abrüstungsmaßnahmen werden unüberhörbar in der Öffentlichkeit der BRD erhoben.

Der Kampf für Frieden und antiimperialistische Solidarität ist in besonderer Weise Bündnisarbeit. Der Zusammenschluß von mehr als vierzig Jugendverbänden zur Vorbereitung und Teilnahme der X. Weltfestspiele in Berlin hat die großen Möglichkeiten des gemeinsamen Kampfes für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft bewiesen.

Der MSB Spartakus muß in seinen internationalistischen Aktivitäten stärker die Aufgabe des Zusammenschlusses aller fortschrittlichen Jugendorganisationen in Angriff nehmen, vorhandene Bündnisse stabilisieren, ständig darum kämpfen, neue Organisationen und Aktivisten in die Aktionen zur Solidarität mit dem Kampf des chilenischen, des vietnamesischen Volkes, für Sicherheit und Zusammenarbeit einzubeziehen.

Im „Appell an die Weltjugend“, den die IX. Generalversammlung des WBDJ beschloß, heißt es:

„Wie auch die politischen, religiösen und philosophischen Anschauungen sein mögen, so ist doch der Kampf, den ihr für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Fortschritt führt, der gemeinsame Kampf der Jugendlichen der ganzen Welt. Die Entwicklung der Ereignisse und die gemeinsamen Interessen der Jugend münden in der objektiven Notwendigkeit einer neuen Entwicklung der konstruktiven Zusammenarbeit und der gemeinsamen Aktionen auf breiter antiimperialistischer Basis.“ Der WBDJ hat auf dieser Versammlung vorgeschlagen, das nächste Festival der Ju-



Die Forderung nach Einhaltung der UN-Boykottbeschlüsse gegenüber den rassistischen Regimen im südlichen Afrika werden unüberhörbar in der Öffentlichkeit unseres Landes erhoben.

gend und Studenten in Kuba durchzuführen. Das Interesse an diesem Festival gibt uns große Möglichkeiten in der Vorbereitungszeit, die antiimperialistischen Aktionsbündnisse bedeutend zu erweitern, eine überzeugendere

ideologische Massenarbeit in diesen Bewegungen zu entfalten, eine große Zahl noch nicht organisierter Demokraten an organisierte, politisches Handeln im Kampf gegen das Großkapital heranzuführen.



Abschnitt 9: Der Sozial- kampf und Klassenkampf

„Die Förderungsbeträge müssen den realen Lebenshaltungskosten entsprechen. Als erster Schritt ist die sofortige Anhebung auf 500 DM erforderlich... Organisieren wir zur Durchsetzung unserer Forderungen Kampagnen und Aktionen, wenn die Sozialbeiträge erhöht werden. Werden wir aktiv gegen die Erhöhung der Preise und die laufenden Verschlechterungen des Essens in den Menschen, setzen wir die Erweiterung bestehender und den Bau neuer Menschen durch... Organisieren

wir Mietstreiks in den Wohnheimen, wenn die Mieten erhöht werden sollen“ (SAP, S. 27, 28).

Diese Orientierungen des Studentenaktionsprogramms standen im Mittelpunkt zahlreicher Aktionen der vergangenen zwei Jahre. Unser Aktionsprogramm hat sich in der Praxis bewährt, zum Teil konnten wichtige Erfolge errungen werden.

Zweifellos ist die wirtschaftliche Lage der Studenten uneinheitlich, aber das rasche Anwachsen der Studentenzahlen, das Steigen der Preise und die mit beiden verbundene Zunahme des Teils der Studenten, der auf staatliche Ausbildungsförderung angewiesen ist, während die Kaufkraft dieser Ausbildungsförderung immer weniger ausreicht; das sind objektive Daten über die Lage der Studenten, die Aufschluß geben über gemeinsame Grundinteressen der Mehrheit der Studenten, unter denen die Arbeiterkinder ganz besonders hart betroffen sind.

Die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten hat viele Seiten, aber eine Wurzel: Die Jagd nach Höchstprofit und die Priorität für die Rüstungsausgaben im Staatshaushalt, die zu steigenden Preisen und fehlenden Mitteln im Bildungssektor führen. Die Herrschaft

des Monopolkapitals beginnt sich im Alltag der Studenten spürbar auszuwirken. Der staatsmonopolistische Kapitalismus der BRD erweist sich immer offensichtlicher als unwillig und unfähig, alltägliche Bedürfnisse der Studenten zu befriedigen.

Daraus erwächst eine hohe Verantwortung für unsere revolutionäre Organisation. Weil es uns um die Verbesserung der Lage der Studenten geht, müssen wir den Weg aufzeigen, auf dem die studentischen Interessen durchgesetzt werden können, müssen wir den Kampf der Studenten organisieren. Die revolutionäre Organisation muß sich im täglichen Leben bewähren.

Der MSB Spartakus kann sich nur dann im täglichen Leben bewähren, wenn er an die Organisierung des Kampfes der Studenten für die Durchsetzung ihrer Tagesforderungen von seinem Standpunkt des Klassenkampfes, der antimonopolistischen Strategie und des sozialistischen Ziels herangeht. Damit unterscheidet sich die Sozialpolitik unseres Studentenaktionsprogramms grundsätzlich von allen rechten und opportunistischen sozialpolitischen Konzeptionen.

Wer sich wie die Rechtskräfte auf die Aufstellung sozialer Forderungen beschränkt,

ohne den Gegner zu nennen, wer wie sie auf antimonopolistische Finanzierungsforderungen verzichtet, die Verbindung mit der Arbeiterklasse als wichtigstem Bündnispartner ausschlägt und als Alternative zum Massenkampf der Studenten Bettelbriefe an die jeweils nahestehende Parlamentsfraktion propagiert, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, ernsthaft die sozialen Interessen der Studenten zu vertreten.

Wer wie rechts- und linksopportunistische Gruppierungen den Sozialkampf nur als Vehikel für abstrakte Entlarvungsstrategien zum Zwecke der „Revolutionierung der Gehirne“ benutzt, auf den Kampf für reale Veränderungen dagegen verzichtet, der setzt sich zynisch über die dringendsten Tagesinteressen der Studenten hinweg und dem wird es deshalb niemals gelingen, die Studenten an den Sozialismus heranzuführen — sofern er es überhaupt will! Die marxistischen Studenten „kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen“ der Studenten und der Arbeiterklasse, „aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung“ (Kommunistisches Manifest).

Als marxistische Studentenorganisation orientiert sich der MSB in allen Tagesfragen an seinem sozialistischen Ziel. Er deckt durch seine gesamte Politik die Herrschaft des Großkapitals auf und weist den Studenten den Weg zur Zurückdrängung und Brechung der Macht der Monopole.

Im Kampf für soziale Verbesserungen beschränkt sich der MSB nicht auf die Durchsetzung der unmittelbaren Forderungen. Er beweist darin zugleich, daß das kapitalistische System als ganzes abgewirtschaftet hat, daß auch in der BRD der Sozialismus errichtet werden muß. Der MSB geht stets davon aus, daß die Massen in erster Linie durch die eigene Erfahrung lernen. Ebenso wie die Revolutionäre, die ihre Strategie und Taktik ständig weiterentwickeln, lernen auch die Massen in erster Linie durch die eigene Erfahrung. An jedem Erfolg und jedem Rückschlag im Kampf muß deshalb deutlich gemacht werden, daß die Monopolmacht in unserem Land überwunden werden muß und auf welchem Weg allein dies geschehen kann. Die Marxisten setzen sich deshalb mit allen politischen Kräften auseinander, die die Studenten von diesem Weg abbringen wollen und deshalb — gewollt oder ungewollt — in die Niederlage und Beibehaltung des Status quo führen würden.

Die Konfrontation der Masse der Studenten mit dem staatsmonopolistischen System, die u. a. zu einer Verschlechterung ihrer sozialen Lage führt, macht es nicht nur möglich, sondern auch notwendig, zur Erziehung von Erfolgen den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu führen.

Gerade auf dem Gebiet der sozialen und wirtschaftlichen Fragen also, die heute im Brennpunkt des Klassenkampfes in der Bundesrepublik und der kapitalistischen Welt überhaupt stehen, sind Studenten besonders eng

in den Klassenkampf einbezogen. Deshalb können sie heute aus eigenem Interesse Beiträge leisten zur Lösung der Grundfragen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik. Aus eigenem Interesse können sich Studenten einreihen in das antimonopolistische Bündnis mit der Arbeiterklasse, das gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung kämpft. Die Aktion „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“, zu der die DKP aufruft, bietet hier Arbeitern und Studenten eine gemeinsame Kampfplattform. Aus eigenem Interesse können die Studenten die grundlegenden Forderungen des werktätigen Volkes unterstützen, die von der Arbeiterklasse geschaffenen Werte nicht durch Rüstungsaufwendungen zu vernichten, sondern für soziale und kulturelle Aufgaben wie die Brechung des Bildungsprivilegs und die Entwicklung des Bildungswesens zu verwenden.

Der Kampf der Studenten für ihre sozialen Interessen stößt deshalb auch aus politischen Gründen auf den härtesten Widerstand der herrschenden Klasse. Es darf nicht übersehen werden, daß die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten den Rechtskräften neue Möglichkeiten eröffnet, auf Teile der Studentenschaft Einfluß zu nehmen. Während noch vor zehn Jahren studentische Sozialpolitik als Stellvertreter- und Service-Politik eine fast umstrittene Domäne der Rechten war, wurde in den vergangenen Jahren immer sichtbarer der praktische Beweis für die Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes zur Durchsetzung der sozialen Interessen der Studenten gegeben, insbesondere durch den großen Sternmarsch der 40 000 im Januar 1974. Angesichts dieser Entwicklung haben die Rechtskräfte neue Konzeptionen entwickelt, z. B. die verbale Bejahung des Sozialkampfes bei gleichzeitiger Ablehnung der damit verbundenen „linken Ideologie“, also der antimonopolistischen Stoßrichtung. Diese demagogische Konzeption kann heute insbesondere bei solchen Studenten Anklang finden, die nicht aktiv am politischen Leben teilnehmen. Viele der „unpolitischen“ Studenten sind von der zunehmenden Arbeitslosigkeit betroffen, die sich auch auf die Berufsperspektiven in einer Reihe von Fachrichtungen auswirkt und es heute schon denjenigen 20 Prozent aller Studenten, die darauf angewiesen sind, erschwert, während des Semesters einen Job zu finden. Die fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen müssen, wenn sie die berechtigten sozialen Forderungen der Studenten durchsetzen und zugleich den Rechtskräften neue Einflussmöglichkeiten verbauen wollen, den Kampf um die alltäglichen sozialen Forderungen, den „Kampf ums Teewasser“ organisieren sowie durch die ständige und immer wieder neue Entlarvung des Urhebers der sozialen Verschlechterungen die Orientierung auf den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital ableiten.

Ein demagogischer Trick der herrschenden Klasse von wachsendem Gewicht ist die Behauptung, die Studenten wollten sich „auf dem Rücken der Arbeiter sanieren“ mit anderen Worten: Die Studenten wollten lediglich eigene Privilegien sichern. Auf diese reaktionäre Demagogie fallen insbesondere links- und rechtsopportunistische Studentengruppen immer wieder herein. Daß es sich hier um Demagogie handelt, beweist bereits der Blick auf die sich objektiv verschlechternde Lage der Mehrheit der Studenten, die durch die Abwälzung der Krisenlasten durch das Monopolkapital auf die Schultern des ganzen Volkes, in erster Linie der Arbeiterklasse, verursacht ist.



Mietstreik in Frankfurt: „Die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten hat viele Seiten...“

Alle nichtmonopolistischen Schichten haben ein Interesse am Kampf an der Seite der Arbeiterklasse, auch wenn sie vieles von der Arbeiterklasse unterscheidet oder trennt, weil, anders als an der Seite der Arbeiterklasse, im Kampf gegen das Großkapital ihre Lage nicht zu verändern ist.

Die Arbeiterklasse ihrerseits ist interessiert am gleichgerichteten Kampf aller nichtmonopolistischen Schichten.

Dieser gleichgerichtete Kampf ist eine entscheidende Voraussetzung für die Herausbildung des antimonopolistischen Bündnisses mit der Arbeiterklasse als Kern, das imstande ist, die Macht des Großkapitals zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Deshalb hat die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Interesse daran, „selbst die kleinste Möglichkeit“ auszunutzen, „um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen“ (Lenin 31, 57). Als marxistische Studenten haben wir deshalb heute an der Hochschule die Aufgabe, in einer Zeit der Verschärfung der Krise des Kapitalismus unseren Einsatz für den kleinsten Erfolg für die Studenten mit der Entlarvung des Monopolkapitals zu verbinden, um die Haupttrennungslinie in den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen sichtbar zu machen, nämlich die zwischen Monopolkapital und Volksmasse.

Abschnitt 10:

„Bildung statt Rüstung“ heißt mehr als Austausch von Haushaltstiteln

Ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik ist die Forderung nach Finanzierung der Ausgaben, die für die Verbesserung der Ausbildung und der sozialen Lage der Studenten erforderlich sind, aus solchen Mitteln, die gegenwärtig noch für Rüstungszwecke vengeudet werden. Viele Studenten fragen, ob denn eine Senkung der Rüstungsausgaben tatsächlich in einem Zuge mit der Durchsetzung sozialer Forderungen für Studenten zu erwarten sei. Viel wahrscheinlicher sei es doch, daß auch die nächste BAFÖG-Erhöhung keine Senkung des Rüstungshaushaltes zur Folge

haben werde und deshalb die Arbeiterklasse zusätzlich belasten werde.

Diese Frage können wir nur dann richtig beantworten, wenn wir keinen mechanischen, sondern den politischen Zusammenhang zwischen Bildungs- und Rüstungsausgaben zeigen.

Die Frage Rüstung oder Abrüstung gehört heute zu den politischen Grundfragen in den imperialistischen Hauptländern. Dennoch ist sie keine Frage, von der grundsätzlich die Existenz des Kapitalismus in diesen Ländern abhängt. Das ist schon daraus ersichtlich, daß

heute relevante Teile der Monopolbourgeoisie in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark aus Interesse an der Systemsicherung und als Antwort auf den Druck der Volksmassen gegen den Wahnsinn einer schrankenlosen Hochrüstung Stellung nehmen. Das bringt sie in Widerspruch zu den Vorreitern einer unbegrenzten Aufrüstungspolitik für die Nato, wie sie von den tonangebenden herrschenden Kreisen in den USA und der BRD gefordert wird.

Diese Beispiele müssen wir für den Kampf um Abrüstung in der BRD nutzen. Wir können plastisch darlegen: „Es gibt kein ehernes Rüstungsgesetz, das die Höhe des Rüstungshaushaltes festsetzt. Wenn wir gemeinsam mit der Arbeiterklasse diesen Kampf erfolg-

„Es gibt kein ehernes Rüstungsgesetz, das die Höhe des Rüstungshaushalts festsetzt.“



reich führen, treffen wir das imperialistische Profit- und Herrschaftssystem an einer seiner empfindlichsten Stellen, leisten wir einen bedeutenden Beitrag im Kampf um die Brechung der Macht des Großkapitals" (SAP, S. 19).

Der Weg zur Abrüstung im Weltmaßstab kann heute erstmalig in der Menschheitsgeschichte geebnet werden durch die Existenz und den Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft, an erster Stelle der Sowjetunion, durch die vom Sozialismus erzwungene allmähliche Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen und durch die mobilisierende Wirkung, die sich aus dieser Politik der sozialistischen Staaten auf die Völker der kapitalistischen Länder ergibt. Hand in Hand mit dieser Entwicklung und mit der Politik der sozialistischen Länder müssen die an Frieden und Demokratie interessierten Kräfte im Innern jedes kapitalistischen Landes den Druck gegen „ihre“ Großbourgeoisie entwickeln, damit sich die außenpolitische Entwicklung auch in der Innenpolitik der imperialistischen Länder auszuwirken beginnt, damit aus der politischen Entspannung militärische Konsequenzen gezogen werden und die aus der Verminderung der Rüstungsausgaben freiwerdenden Mittel der arbeitenden Bevölkerung zugutekommen. Jeder erzwungene Abrüstungsschritt ist deshalb ein Erfolg gegen die Rüstungsprofiteure, gegen Monopolkapital und Reaktion.

Die spürbaren Auswirkungen der Rüstung und die spürbaren Möglichkeiten, die durch Abrüstungsmaßnahmen für die innere Entwicklung der kapitalistischen Länder auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet eröffnet werden, sind wesentliche Triebkräfte, die die Massen an den Kampf um Abrüstung heranführen. Die Forderung „Bildung statt Rüstung“ unterstellt also keinen automatischen oder mechanischen Zusammenhang, sondern stellt einen wichtigen Beitrag dar, einen Zusammenhang durch politischen Kampf herzustellen.

Auf dem Weg, der schließlich zu ersten Erfolgen unter der Lösung „Bildung statt Rüstung“ führen wird, wird die Monopolbourgeoisie stets versuchen, Zugeständnisse wieder auf den Rücken der Arbeiterklasse und auch der Studenten abzuwälzen. Dasselbe Problem stellt sich prinzipiell auch, wenn wir uns das Ziel stellen, zur Finanzierung unserer Forderungen eine antimonopolistische Steuerreform und Reform des Bodenrechts (vgl. SAP, S. 20) zu erkämpfen.

Dies deutet an, wie grundsätzlich diese Problematik für den Kampf der Arbeiterklasse überhaupt ist. Denn nach jeder Lohn erhöhung hat die Bourgeoisie stets und häufig erfolgreich versucht, die erzwungene Einschränkung des Profits durch verschärfte Ausbeutung oder Erhöhung der Preise wieder rückgängig zu machen. Dennoch hat die Arbeiterklasse niemals auf den Lohnkampf verzichtet. Jedoch tritt im Kampf um die Erhöhung des Lohns und gegen die Verschärfung der Ausbeutung die Notwendigkeit der Einschränkung und schließlich Überwindung der Allmacht der Monopole unvermeidlich immer schärfer hervor. Die Aufstellung antimonopolistischer Forderungen davon abhängig zu machen, daß ihre Erfüllung im nachhinein nicht auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt werden könnte, hieße also davon auszugehen, daß die sozialen Probleme der Volksmassen im Kapitalismus grundsätzlich gelöst werden können. Diese reformistische Illusion muß von den marxistischen Kräften im ideologischen Kampf scharf zurückgewiesen werden.

Der Kampf um „Bildung statt Rüstung“ ist deshalb kein Spaziergang, sondern härtester Kampf gegen das Großkapital. Die Opportunisten aller Schattierungen leugnen dies und unterstellen den Marxisten den Wunsch nach einem mechanischen Austausch von Haushaltstiteln. Damit weichen die Opportunisten faktisch vor dem antimonopolistischen Kampf zurück und tragen indirekt zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse bei. Dem stellt der MSB Spartakus sein revolutionäres antimonopolistisches Kampfprogramm entgegen.

Wir bekämpfen deshalb jede Form des inneren NC, indem wir die Notwendigkeit von mehr Lehrern, Medizinern für die arbeitende Bevölkerung nachweisen. In allen diesen Kämpfen stellen wir die Forderung nach Ausbau der Hochschulen auf. Wir zeigen Posten in den Uni- und FB-Haushalten auf, die statt für die Ausbildung der Studenten für fremde Zwecke vergeudet werden. Gegen Kapazitätsbegrenzungen treten wir so auf, daß wir die Ausrichtung von Forschung und Lehre an Studiengängen fordern, die die Vorbereitung auf eine demokratische Berufspraxis gewährleisten. Deshalb fordern wir die Entrümpelung der Hochschulen von faschistischem und gewerkschaftsfeindlichem Gedankengut. „Verhindern wir, daß durch militärische und durch Privatforschung für die Großkonzerne dringend benötigte technische Einrichtungen und Lehrkräfte dem allgemeinen Lehr- und Forschungsbetrieb entzogen werden“ (SAP, S. 22).

In diesen Kämpfen können wir Bündnispartner unter den Hochschullehrern gewinnen, indem wir nachweisen, daß in Seminaren über 25 Studenten das Lernen unmöglich gemacht wird. Wir erheben deshalb die Forderung nach mehr Hochschullehrerplanstellen. Als Sofortmaßnahmen gegen die Raumnot fordern wir die Errichtung von Behelfsbauten. Dazu sind Mittel aus Konzernprofiten, aus dem Rüstungshaushalt und zu Kriegsforschung entfremdeter Gelder bereitzustellen.

Gerade weil die Herrschenden bei der Durchsetzung ihrer restriktiven Politik im Bildungsbereich darauf hoffen, Lehrlinge, Schüler und Studenten gegeneinander auszuspielen, muß unser erstes Ziel das Zustandekommen gemeinsamer Aktionen der Jugend in diesem Kampf sein. Wenn auch die erfahrbaren Auswirkungen unterschiedlich sein mögen, die Politik des knappen Geldes und des Rotstiftes trifft Lehrer, Schüler, Lehrlinge und Studenten gleichermaßen.

Gegenwärtig wird dies besonders deutlich: Abgewiesene Studienbewerber konkurrieren mit den Lehrlingen und Jungarbeitern um die zu wenigen Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Gleichzeitig werden Arbeiterkinder in Schulklassen von häufig 40, in einigen Fällen sogar bis zu 70 Schülern unterrichtet, weil Lehrer fehlen. Der Kampf gegen den NC ist also ein wichtiges Kettenglied, um eine gemeinsame Bildungspolitik von Arbeiterklasse, speziell Arbeiterjugend, Schülern und Studenten zu entwickeln.

Wir müssen die Studenten dafür gewinnen, bewußt Position zu beziehen für die Bildungspolitik der Arbeiterklasse, denn die „Arbeiterklasse ist daran interessiert, daß die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Bildungsschranken für Arbeiter- und Bauernkinder zu beseitigen“ (SAP, S. 21). Günstige Voraussetzungen für unseren Kampf an den Hochschulen, aber auch für gemeinsame Aktionen mit der Arbeiterjugend und Schülern in der Öffentlichkeit bieten die Beschlüsse der 9. Bundesjugendkonferenz des DGB, die Ergebnisse der Internationalen Konferenz für demokratische Bildung und Berufsausbildung von SDAJ und MSB Spartakus in München, sowie des sozialistischen Schülerkongresses der SDAJ am 1. März.

Abschnitt 11: Den Kampf gegen den Numerus clausus können wir nicht auf die lange Bank schieben

Der Numerus clausus als Mittel der Kapazitätsbegrenzung und Lenkung der Studentenströme ist ein grundlegendes und unverzichtbares Instrument staatsmonopolistischer Bildungspolitik. Seine endgültige Überwindung und Ersetzung durch ein System der demokratischen Bildungsplanung, die sich an den Interessen des Volkes orientiert, kann erst in der antimonopolistischen Demokratie beginnen, in der die Arbeiterklasse den maßgeblichen Einfluß auf die Bildungspolitik erringt.

„Nicht in irgendeiner öffentlichen Armut liegt die Wurzel für die Bildungsmiserie, sondern in der Priorität für Rüstung und Profit in diesem System. Daraus wird sich grundsätzlich nichts ändern, solange das Großkapital in unserem Land regiert und nicht die arbeitende Bevölkerung“ (SAP, S. 19). Es geht also in diesem Kampf nicht nur um die Beseitigung partieller Auswüchse, sondern um den Kampf für ein besseres Bildungswesen überhaupt, das die Bildungsschranken für Kinder aus Arbeiterfamilien endgültig beseitigt.

Dennoch müssen und können schon heute die dringendsten Mißstände bekämpft und je nach Kräfteverhältnis der Kämpfenden beseitigt werden. Ohne diesen Kampf, ohne seine Erfolge und die daraus resultierenden Erfahrungen wird die Lösung dieser Grundfrage für die Zukunft unseres Landes immer weiter hinausgeschoben. Dies ist jetzt dringlicher denn je und muß in der Zusammenarbeit von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten zum Ausdruck kommen.



Abschnitt 12:

Den Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen konsequent führen heißt, für eine demokratische Studienreform eintreten

Die gegenwärtige Politik der herrschenden Klasse im Bildungssektor, die im Kern aus finanzieller Restriktion, kapitalistischer Rationalisierung und politischer Reaktion besteht, wirkt sich im Bereich der Studienbedingungen besonders spürbar aus. Das HRG, die neuen Prüfungsordnungen in einer Reihe von Bundesländern, die unzähligen Studienreglementierungsmaßnahmen auf Fachbereichsebene wirken sich zugleich nachteilig auf die berufliche Zukunft vieler Studenten aus.

In den letzten Jahren hat es große Bewegungen gegen Prüfungsordnungen, gegen das HRG gegeben. In einer Reihe von Einzelfällen konnten Erfolge errungen werden, aber die Entschlossenheit des Gegners zur rigorosen Durchführung der Studienreglementierung und der Einführung des Kurzstudiums nimmt zu.

Die Entschlossenheit der Masse der Studenten, die ständige Verschlechterung der Studienbedingungen nicht kampflos hinzunehmen, wurde immer wieder überzeugend demonstriert. Die Studien- und Prüfungsbedingungen sind unter den Studenten mehr denn je Gesprächsthema Nr. 1.

Daran müssen die Marxisten anknüpfen, aber dem Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen eine Perspektive geben, die Erfolge über den Tag hinaus ermöglicht. Die Marxisten dürfen sich nicht scheuen, die Abwehr auch der kleinsten Verschlechterung zu organisieren. Aber die Aufgabe der Revolutionäre besteht dann darin, wie es Lenin einmal formulierte, aus der „akademischen Bewegung“ eine „politische“ zu machen.

Der Kampf um die Verbesserung der Studienbedingungen ist ein wichtiger Zugang für die Masse der Studenten zum Kampf für eine demokratische Reform des Bildungswesens überhaupt.

Dazu bieten die im Studentenaktionsprogramm und in den Sofortforderungen zum HRG formulierten Zielstellungen die richtige Anleitung. Sie müssen noch stärker als bisher Eingang in die Tageskämpfe am Fachbereich finden.

Im Studentenaktionsprogramm werden die beiden wichtigsten Zielsetzungen, die die herrschende Klasse mit ihrer Reglementierung des Studiums verfolgt, genannt: „Die Reglementierung des Studiums erweist sich als eine Antwort der Herrschenden auf ihre Unfähigkeit, ausreichende Mittel für den Ausbau der Hochschulen zur Verfügung zu stellen... Mit der Studienreglementierung soll die Demokratisierung von Forschung und Lehre abgeblockt werden“ (SAP, S. 36). Aus den Zielsetzungen der herrschenden Klasse ergibt sich für uns die Notwendigkeit, auch im Kampf gegen die Studienreglementierung, für die Verbesserung der Studienbedingungen den wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kampf eng miteinander zu verbinden. Dies geschieht einmal durch die Aufklärung über die Ursachen der Studienreglementierung. Damit versuchen wir, in den Aktionen eine Stoßrichtung gegen die Finanzpolitik der Bundesregierung und der Länderregierungen hineinzutragen. Zugleich bemühen wir uns, den Kampf gegen die Studienreglementierung mit anderen politischen Forderungen wie der Erhaltung der verfaßten Studentenschaft, wie Mitbestimmung usw. zu verbinden.

Besonders wichtig ist der Nachweis der konkreten Auswirkungen der Studienreglementierung auf die Ausbildung der Studenten in den jeweiligen Fächern. Daraus entwickeln

wir Forderungen nach der Demokratisierung des Studiums, die wir mit den Forderungen gegen die unmittelbaren Reglementierungsmaßnahmen verknüpfen.

Im Kampf gegen Studienreglementierungen ist es notwendig, alle Möglichkeiten für das Schließen von Bündnissen mit Dozenten zu nutzen. Wir müssen uns selbst mit solchen Professoren verbünden, die eine vermeintlich wissenschaftliche Ausbildung vor Staatsgriffen schützen wollen, denn wir brauchen eine Front des Widerstandes an den Hochschulen gegen die staatsmonopolistische Hochschulformierung.

Derart „akademische“ Bewegungen können jedoch nur Ausgangspunkt des Kampfes sein, denn wenn wir das Bündnis der Arbeiterklasse suchen, dann sind positive, konstruktive antimonopolistische Zielvorstellungen nötig. „Den Arbeitern gilt es verständlich zu machen, daß der Kampf für eine demokratische Studienreform darauf abzielt, Wissenschaft und Ausbildung an ihren Interessen zu orientieren. Daß es uns bei der Abwehr des Kurzstudiums nicht um das Privileg der Faulenzer und des Schleidians auf Kosten der Werktätigen geht, sondern daß wir eine wissenschaftliche Berufsausbildung gegen die Profitinteressen des Großkapitals durchsetzen wollen“ (SAP, S. 42).

Im Studentenaktionsprogramm haben wir Kriterien für eine demokratische Studienreform, für demokratische Ausbildungsziele entwickelt. Solche konstruktiven Ziele und Kriterien sind unsere Richtschnur, wenn wir über die Ablehnung der staatlichen Maßnahmen hinauskommen wollen und Bündnisse mit Kräften außerhalb der Hochschule schließen wollen.

Abschnitt 13: Der Kampf um demokratische Ausbildungsziele

Die Verschlechterung der Studienbedingungen, die Kurzstudiengänge ermöglichen den Studenten eine nur ungenügende Vorbereitung auf ihren zukünftigen Beruf. Der rapide zunehmende Prüfungs- und Leistungsdruck führt in der Regel dazu, daß die Erarbeitung wissenschaftlicher Methoden, daß Kritik und Diskussion auf der Strecke bleiben. Die Auslagerung der Forschung aus dem Lehrbetrieb findet in der Entwissenschaftlichung der Ausbildung ihre Fortsetzung. Viele Studenten gehen an die Hochschule mit dem Bedürfnis, Erkenntnisse zu gewinnen über die Gesellschaft, die Natur und das menschliche Denken. Dieser Drang stößt auf die engen Grenzen, die das imperialistische Hochschulwesen gezogen hat. Probleme der Berufspraxis, ebenso wie die der Arbeitswelt werden häufig vornehm umgangen. Dies widerspricht sowohl den Erfordernissen einer qualifizierten Berufsvorbereitung der Studenten als auch dem Interesse, im Berufsleben sich für gesellschaftlichen Fortschritt zu engagieren.

All diese Momente beschleunigen eine kritische Auseinandersetzung der Studenten mit dem Inhalt ihrer Ausbildung. Viele Studenten üben Kritik an der Bindung einer großen Anzahl von Wissenschaftlern an industrielle Auftraggeber, an der einseitigen Ausrichtung bestimmter Forschungsbereiche und der Pervertierung wissenschaftlicher Ergebnisse im Interesse der Aufrechterhaltung des Profit- und Herrschaftssystems des Monopolkapitals.

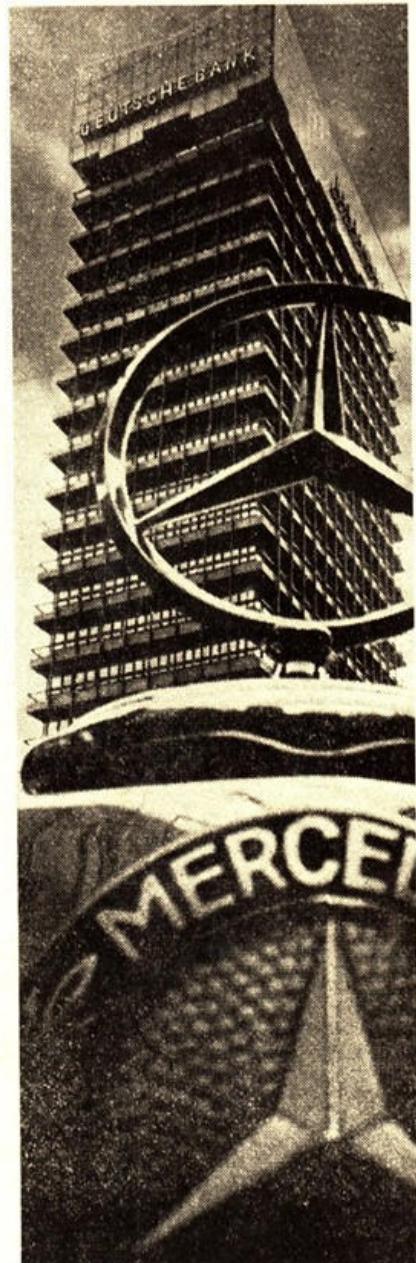
Das gegenwärtige Hochschulstudium sieht nicht vor, die Anwendungsmöglichkeiten der Wissenschaft im Dienste des gesellschaftlichen Fortschritts zum Gegenstand der Ausbildung zu machen. In der Regel wird im Laufe eines Studiums die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung des Wissenschaftlers nicht aufgeworfen. All dies sind Erscheinungsformen des Widerspruchs zwischen den durch das Monopolkapital diktierten Entwicklungsrichtungen, Entwicklungsgrenzen, Aufgabenfeldern der Wissenschaft einerseits und dem Interesse der Masse der Studenten andererseits, sich gründlich auf einen Beruf vorzubereiten, um den wachsenden Anforderungen des wissenschaftlich-techni-

schen Fortschritts gerecht werden zu können. Die Studenten wollen Einblick in die gesellschaftliche und natürliche Umwelt erhalten, um im Berufsleben — sei es durch wissenschaftliche Tätigkeit oder gewerkschaftliche und politische Aktivitäten jenseits des spezifischen Inhalts des Berufs — einen Beitrag zum demokratischen und sozialen Fortschritt leisten zu können.

So ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte, um Studenten für den Kampf um eine Demokratisierung der Ausbildung zu gewinnen. Dieser Bereich ist kein Ressort einiger Spezialisten am Rande des Sektions- oder Gruppenlebens. Grundsätzlich geht es bei der Entwicklung demokratischer Ausbildungsziele darum, „politische Ansprüche an die Ausbildung“ zu stellen, „deren Durchsetzung dazu beitragen soll, eine solche Ausbildung zu verwirklichen, die den Studenten Voraussetzungen für eine demokratische Berufspraxis vermittelt.“ (SAP, S. 37)

Deshalb muß sich der Kampf als tagtäglich von den Gruppen- und Sektionsvorständen angeleitete Auseinandersetzung im Seminar und am Fachbereich vollziehen. In solchen Massenaktivitäten geht es uns primär um die Auseinandersetzung mit den reaktionärsten Varianten bürgerlicher Ideologie, die faschistische, militant antikommunistische und rassistische Formen der Herrschaftsausübung rechtfertigen oder vorbereiten helfen. Des Weiteren leisten wir einen Beitrag zur Verhinderung der imperialistischen Pervertierung wissenschaftlicher Ergebnisse für Kriegs- oder Rüstungszwecke.

Die gegenwärtige umfassende Krise der bürgerlichen Ideologie bietet zahlreiche neue Möglichkeiten und Ansatzpunkte für die Weckung von Interesse an marxistischen Alternativen im Studium. Dabei wird es sich anfangs häufig nur um einzelne Aspekte des Marxismus handeln, etwa um wissenschaftliche Erkenntnisse aus sozialistischen Ländern. Doch bereits dies kann ein Schritt sein zur Überwindung des Antikommunismus, zur Schaffung einer größeren Aufgeschlossenheit



„Viele Studenten üben Kritik an der einseitigen Ausrichtung bestimmter Forschungsbereiche und der Pervertierung wissenschaftlicher Ergebnisse im Interesse der Aufrechterhaltung des Profit- und Herrschaftssystems des Monopolkapitals.“

unter den Studenten für die Beschäftigung mit den Grundlagen des Marxismus.

Unser Ziel muß in allen diesen Aktivitäten sein, den Charakter des Marxismus als die den Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt

anleitende Theorie den Studenten einsichtig zu machen. Der Marxismus ist nicht nur die bessere wissenschaftliche Methode in dieser oder jener Einzelwissenschaft.

Gerade Intellektuelle können zwar häufig den erstgenannten Zugang zur Beschäftigung mit dem Marxismus haben, aber das Verständnis des Marxismus erschließen sie sich nur, wenn sie am antimonopolistischen Kampf teilnehmen und sich dabei mit dem Wissen des Marxismus vertraut machen. (Vgl. SAP, S. 34)

Deshalb ist es auch die eigenständige Aufgabe des Spartakus, die positiven Errungenschaften des Sozialismus zu propagieren, denn dort bestimmen die Ideen des Marxismus den Gang der Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir führen den Kampf um die Demokratisierung der Ausbildung untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Verankerung des Marxismus im Ausbildungsbetrieb.

Wir tun dies wegen des Beitrags des Marxismus zu verschiedenen Einzelwissenschaften, vor allem aber wegen der Bedeutung des Marxismus für die Verbesserung aller Seiten der Ausbildungs- und Lebensbedingungen der Studenten und der arbeitenden Menschen. Ein besonders wichtiger Beitrag ist die Berufung fortschrittlicher Wissenschaftler, auch solcher, die beispielsweise den Willen haben, ihr Wissen für den Kampf der Gewerkschaften, für Umweltschutz zu Lasten der Allmacht der Monopole, für eine fortschrittliche Arbeitsrechtsprechung usw. einzusetzen. Studenten können einen wichtigen Beitrag zum Kampf der Arbeiterklasse um ihre sozialen und politischen Rechte leisten. Z. B. Auseinandersetzungen mit apologetischen Lehrmeinungen über die Inflation, oder mit juristischen Rechtfertigungen des „Herr-im-Hause“-Standpunktes im Rahmen der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung.

Ein Arbeitsbereich von wachsender Bedeutung ist die Organisierung von Beiträgen der Studenten schon während ihres Studiums zu demokratischen Aktivitäten, zum gewissenschaftlichen Kampf usw. Solche Beiträge können die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die Beteiligung an Ausarbeitungen von Schutzbestimmungen gegen Berufskrankheiten, von Konzernanalysen für Betriebsräte sein. Dies muß zu einer attraktiven Möglichkeit für unorganisierte Studenten werden, ihr Wissen zu erproben, für gesellschaftlichen Fortschritt einzutreten und daraus Anforderungen an die Veränderung des Studiums zu entwickeln. Hier liegt ein weites unerschlossenes Feld der Zusammenarbeit von Fachschaften mit Betriebsräten. Ein Beispiel ist die Mitarbeit an Projekten im Rahmen von Kooperationsverträgen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften.

Abschnitt 14: Die „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft“ ist ein unzureichender Ausgangspunkt fortschrittlicher Politik an der Hochschule

Was unterscheidet uns von opportunistischen Konzeptionen, z. B. „von der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft“ oder den sog. „Politisierungsstrategien“ der Jungsozialisten? Da die Erringung von besserer und umfassenderer Bildung und Ausbildung für die unterdrückten Klassen und Schichten un trennbar mit der Frage der politischen Macht verknüpft ist, ist unser Standpunkt: Eine Demokratisierung des Studiums ist erfolgreich nur möglich als antimonopolistischer Kampf. Denn die Masse der Studenten hat ein Interesse sowohl an qualifizierter Berufsvorbereitung als auch an Vorbereitung auf eine berufliche Praxis, in der sie zum Erfolg des gemeinsamen Kampfes mit der Arbeiterklasse beitragen kann. Nur aufgrund dieses Interesses kann der Kampf um die Demokratisierung der Ausbildung eine Angelegenheit der Masse der Studenten werden. Eine sichere Grundlage kann antiimperialistischen und marxistischen Positionen im Wissenschaftsbetrieb erst durch eine antimonopolistische Staatsmacht geschaffen werden. Deshalb ist auch heute schon jeder kleine Fortschritt in diesem Bereich aufs engste mit politischem Kampf, mit der Erringung politischer Positionen, wie der Mitbestimmung oder der Erzwingung politischer Zugeständnisse, wie der Berufung eines

Marxisten verknüpft. Dies erfordert nicht nur eine Gegenüberstellung von bürgerlicher und marxistischer Fachwissenschaft, sondern eine Konfrontation von Marxismus und bürgerlicher Ideologie im Rahmen des politischen Massenkampfes. Jedes andere Herangehen ist idealistische Träumerei und zeugt von Illusionen über die Aufmerksamkeit, die die Monopolbourgeoisie der Systemtreue im Wissenschaftsbetrieb schenkt.

Die tatsächliche Verwirklichung antiimperialistischer Interessen der Studenten, die das Interesse an einer demokratischen Ausbildung einschließen, vollzieht sich nur im Rahmen des Massenkampfes der Studenten, also jenseits der Sphären „links“-legitimer Minderheitenpolitik, die Studenten über den Klassencharakter der bürgerlichen Wissenschaft aufklären und so für den Marxismus gewinnen will.

Die These „von der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft“ ist in doppelter Hinsicht idealistisch; Idealistisch ist es, eine Kritik der bürgerlichen Wissenschaft als Aufgabe für einen großen Teil der Studenten stellen zu wollen, ohne sich dabei auf die umfassenden antimonopolistischen Interessen dieser Studenten stützen zu wollen, sondern sich statt dessen auf eine wissenschaftsimmunante Auseinandersetzung zu beschränken. Diese muß in Wirklichkeit als Teil dem Ganzen, dem antimonopolistischen Interessenkampf um eine Demokratisierung der Ausbildung, untergeordnet sein. Idealistisch ist es sodann, aus wissenschaftsimmunanter Kritik ein massenhaftes Übergehen der Studenten auf die Position des Marxismus zu erhoffen.

„Muß denn... wirklich noch bewiesen werden, daß es ohne politischen Kampf und politische Aktionen keinerlei politische Erziehung geben kann? Kann man denn wirklich glauben, daß die Arbeiterklasse durch irgendwelche Kurse oder Bücher usw., ohne politische Tätigkeit und politischen Kampf politisch erzogen werden könnte?“ (Lenin). Diese Erkenntnis der Arbeiterbewegung gilt auch für den Übergang der Masse der Studenten auf marxistische Positionen. Allein aus Büchern kann man den Marxismus bestenfalls kennenlernen — verstehen und aneignen kann man ihn nur in Verbindung mit dem organisierten Kampf um den Sozialismus. Denn er bringt die revolutionären Interessen und den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zum Ausdruck und ist deshalb partiellich, also sowohl Wissenschaft als auch Ideologie und Anleitung zum revolutionären Handeln.

Als solch umfassendes, einheitliches theoretisches System muß er eigenständig — und nicht vermittels einzelner Aspekte im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb — studiert werden. Das kann sich aber nur im Rahmen einer marxistischen Organisation im Verlaufe der politischen Auseinandersetzung an den Hochschulen und in der Gesellschaft vollziehen.

Ein Student, der sich im Spartakus organisiert, hat deshalb tausendmal mehr vom Marxismus begriffen als der gelehrteste und belehrteste kleinbürgerliche „Kapitalexeget“.

Abschnitt 15: Das Berufsverbot wird fallen – durch den organisierten Kampf

Die Berufsverbote sind das Eingeständnis der herrschenden Klasse, daß sie die Forderungen nach mehr sozialen und demokratischen Rechten, insbesondere im Bildungssektor, nicht erfüllen kann.

Wer seine Politik allein an den Profit und Herrschaftsinteressen des Großkapitals orientiert, der muß der Kritik und den Aktionen der Arbeiterschaft und der Jugend den verstärkten Abbau demokratischer Rechte entgegensetzen. Die Berufsverbotspolitik ist ein offenes Eingeständnis der Schwäche der herrschenden Kräfte. Das Eingeständnis der Schwäche, der Defensive soll umgemünzt werden in eine Politik der Stärke. Doch ihre Politik der Stärke hat bereits im internationalen Maßstab Schiffbruch erlitten.

Auch in der Innenpolitik ist ein Scheitern dieses Kurses über kurz oder lang unvermeidlich. Denn die Berufsverbote für aktive Demokraten lösen kein einziges der drängenden sozialen Probleme, die im täglichen Leben der arbeitenden Bevölkerung und der lernenden Jugend immer spürbarer werden. Weil es zur Durchsetzung elementarer sozialer Interessen immer notwendiger wird, von den demokratischen Grundrechten aktiv Gebrauch zu machen, die Schuldigen beim Namen zu nennen, die die Krise des Systems auf die arbeitende Bevölkerung und die lernende Jugend abwälzen wollen — deshalb versuchen die Herrschenden verstärkt, aktive Demokraten aus den Schulen und Hochschulen zu vertreiben. Kein demokratisches Grundrecht bleibt unbestritten. Das Streikrecht, die Forderung nach Mitbestimmung werden massiv von Schleyer und Co. angegriffen. Jeder Gedanke nach einer Alternative zum kapitalistischen System soll von Anfang an unterdrückt werden.

Das Berufsverbot stellt einen völligen Bruch mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dar. Gewagte juristische Kon-



Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim: Die Fragen der UNO-Menschenrechtskommission nach den Berufsverboten sind von der Bundesregierung immer noch nicht beantwortet worden.

struktionen, wie die der „Verfassungsfeindlichkeit“, für die sich in den Gesetzen unseres Landes einschließlich des Grundgesetzes keinerlei Grundlage findet und die deshalb auch von einer Anzahl bürgerlicher Juristen nicht vertreten werden, müssen zur „Begründung“ herhalten. Die herrschende Klasse hat sich damit, um aus ihrer Defensive gegenüber den demokratischen Kräften herauszukommen, auf ein für sie gefährliches Spiel eingelassen. Denn je mehr Menschen mit dem offenen Verfassungsbruch unmittelbar in Berührung kommen, desto breiter sind in der Bevölkerung Unverständnis und Kritik daran, auch wenn sich dies noch nicht entsprechend in öffentlichen Aktionen äußert. Viele Menschen beginnen angesichts des aggressiven Verfassungsbruchs darüber nachzudenken, wer in unserem Land die Macht ausübt, wer die Demokratie angreift und wer sie verteidigt. Diejenigen, die am laustesten vom freien Austausch von Meinungen und Informationen reden, die am häufigsten in salbungsvollen Reden die Würde des einzelnen vor dem Zwang des „Kollektivs“ retten wollen: Sie sind die Scharfmacher der Berufsverbotspolitik in der Bundesrepublik, sie sind die aktivsten der Gesinnungsschnüffelei, der Verachtung der Menschenwürde zugunsten der Erhaltung des Profitsystems.

Im Kampf gegen das Berufsverbot, für die Verwirklichung der Grundrechte ergeben sich deshalb objektiv neue Bündnismöglichkeiten über den Kreis der schon bisher engagierten Demokraten hinaus.

Der konsequente Kampf gegen die massiven Versuche, die demokratischen Grundrechte mehr und mehr einzuschränken, verlangt eigenständige politische Initiativen.

Neue Bündnispartner müssen aktiv für die Mitarbeit in den Solidaritätskomitees geworben, der aktive Kern der Komitees muß durch eine interessante politische Diskussion ge-
stigt und vergrößert werden.

Der Ausbau der Pressarbeit der Komitees, die Auseinandersetzung mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten, Veranstaltungen usw. sind Formen einer kontinuierlichen Komitee-Arbeit, die zur Selbstverständlichkeit jeder örtlichen Bewegung werden sollten.

Die Bundesregierung ebenso wie die CDU/CSU müssen auch mehr und mehr um das internationale Ansehen der Bundesrepublik als „Hort der Demokratie“ besorgt sein. Die Fragen der UNO-Menschenrechtskommission nach den Berufsverboten sind noch nicht beantwortet worden. In Europa verlieren die militärischen Antikommunisten eine Position nach der anderen: Außer Spanien ist die Bundesrepublik heute schon das letzte Land in Europa, in dem aktive Verfechter des Friedens, des demokratischen Fortschritts und des Sozialismus, vor allem Kommunisten und mehr und mehr linke Sozialdemokraten, nicht im öffentlichen Dienst arbeiten sollen.

Das Ausnahmegesetz, sollte es verabschiedet werden, wird für die Menschen unseres Landes und in der Welt zum Erkennungszeichen für die wahren Zustände in der Bundesrepublik werden, zum Inbegriff des Verfassungsbruchs als Barriere gegen sozialen und demokratischen Fortschritt.

Dennoch fallen die Berufsverbote nicht im Selbstlauf. Regierung und „Opposition“ bauen auf zwei Faktoren: Einmal auf die Gewöhnung und auf die Angst. Sie bereiten ein Gesetz vor, dessen Aufgabe nicht nur darin besteht, die juristischen Probleme mit dem Berufsverbot, die aus seiner Verfassungswidrigkeit herrühren, scheinbar zu lösen — juristisch ein aussichtloses Unterfangen. Zgleich soll das Gesetz die Berufsverbote zu etwas Alltäglichem machen, an das man sich im Laufe der Zeit gewöhnt, mit dem man, weil es „legal“ ist, zu leben beginnt. Doch ein Berufsverbot ist genauso wenig selbstverständlich wie das Verbot einer Studentenversammlung an einer bayerischen Hochschule gemäß dem Bayrischen Hochschulgesetz. Jede dieser grundgesetzwidrigen und deshalb nur scheinbar gesetzeskonformen Maßnahmen ist ein schreierender Skandal, jedes persönliche Schicksal eines vom Berufsverbot Betroffenen ist eine Anklage gegen die Zerstörung der Verfassung zum Schutz der Herrschaft des großen Geldes durch die führenden Politiker der SPD, der CDU/CSU und der FDP.

Deshalb ist die Solidarität mit den Betroffenen der entscheidende Ausgangspunkt der Aktivität von Bürgerinitiativen. Die Verfolgung der Familie des Betroffenen in der Zeit des Faschismus, sein demokratisches Engagement in der Gewerkschaft, in den Organen der Verfaßten Studentenschaft, die Härte der Arbeitslosigkeit nach einem langen, oft unterschlagigen finanziellen Umständen durchgeführten Studium — diese Fakten beweisen am deutlichsten den menschenfeindlichen Charakter der Berufsverbotspolitik.

Der Versuch der herrschenden Klasse wird scheitern, mit den Berufsverbots Angst unter den fortschrittlichen Menschen unseres Landes zu verbreiten, Jugendliche daran zu hindern, Mitglied der DKP, der SDAJ oder des MSB Spartakus zu werden, fortschrittliche Studenten zur Zurückhaltung in ihrem politischen Auftreten zu veranlassen. Unsere Organisation hilft dem vom Berufsverbot Betroffenen ebenso wie möglichen Opfern eines Ordnungsrechts an den Hochschulen, wir lassen niemanden allein. Aber organisiert kämpft man auch am wirksamsten für die Einstellung jedes Bedrohten oder Betroffenen und für die Abschaffung des Berufsverbots überhaupt.

Die Alternative zum organisierten Kampf ist letztlich — da das „Mitgliedsbuch für ein Be-

rufsverbot immer weniger den Ausschlag gibt — die Verheimlichung oder gar Preisgabe der eigenen Überzeugung. Das macht einen wehrlos gegenüber allen Versuchen, selber zum Instrument des Kampfes gegen Vertreter der eigenen Überzeugung gemacht zu werden.

Das Berufsverbot wurde im Januar 1972 nicht zuletzt als eine Waffe gegen den im Mai 1971 gegründeten und an Einfluß erstarkenden MSB Spartakus beschlossen. Der Spartakus ist trotz des Berufsverbots groß geworden: „Ich trete in den MSB ein und werde aktiv mitarbeiten, damit die Berufsverbote möglichst schnell vom Tisch kommen“, sagte kürzlich eine junge Genossin. Weil sie auch in Zukunft nicht die einzige sein wird, geht die Rechnung der Herrschenden nicht auf.

Abschnitt 16:

Der Kampf um Mitbestimmung gewinnt auch und gerade nach dem Karlsruher Urteil an Bedeutung

Das kontinuierliche Drängen der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften auf wirksame Mitbestimmungpositionen in Großunternehmen hat die Mitbestimmung zu einem der brisantesten innenpolitischen Themen gemacht. Die herrschende Klasse spürt, wie die Krise des Kapitalismus das gesamte Herrschaftssystem labiler macht, und drängt deshalb demgegenüber auf einen verschärften Abbau demokratischer Rechte. Es wird versucht, die Mitbestimmung für verfassungswidrig zu erklären, um die im Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen, völlig unzureichenden Zugeständnisse an die Gewerkschaftsforderungen noch weiter einzuschränken.

Doch die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht bei einigen wenigen Monopolgiganten und die sozialen Folgen daraus rufen Kritik in der Arbeiterklasse und in breiten Kreisen der Öffentlichkeit hervor. Der Wunsch, diese Zentren wirtschaftlicher Macht zu durchleuchten, zu kontrollieren, zu beeinflussen, rückt verstärkt auf die Tagesordnung.

Ohne oder mit Gesetz — um das Thema Mitbestimmung werden sich die Kontroversen langanhaltend verstärken, weil die Widersprüche des kapitalistischen Systems gesetzmäßig immer wieder den Drang nach der Veränderung dieses Systems hervorbringen.

Wie im Betrieb ist auch an der Hochschule die Forderung nach Mitbestimmung stets aktuell. Kein Gesetz, kein Gerichtsurteil kann das Thema Mitbestimmung hinwegdekretieren. In jeder Bewegung für demokratische Ausbildungsziele, für die Berufung eines fortschrittlichen Dozenten, für eine demokratische Studien- und Prüfungsordnung wird unvermeidlich diese Forderung laut. Doch ebenso wie in den Großbetrieben soll auch an den Hochschulen der Blick hinter die Kulissen rechter Machenschaften und die Einflussnahme auf wichtige Entscheidungen den Betroffenen verwehrt bleiben. Die herrschende Klasse entfacht in der Öffentlichkeit eine Kampagne gegen gesellschaftliche Reformen, wobei sie sich der Enttäuschung vieler Menschen aufgrund des Versagens rechtssozialdemokratischer Reformversprechen und die zum Teil daraus resultierende Orientierungslosigkeit zunutze macht. Im Windschatten dieser Kampagne, die sich besonders gegen „Reformexperimente im Bildungssektor“ richtet, und unter Zuhilfenahme der bewährten Taktik der Spaltung von Arbeitern und Studenten werden gegenwärtig an einer Reihe von Hochschulen bereits errungene Mitbestimmungpositionen abgebaut. Juristische Grundlage dafür ist das Karlsruher Urteil, das dem Klüngel von Großkapitalisten, bürgerlichen Politikern und bestimmten, mit ihnen verfilzten Professoren auf lange Sicht den vollständigen Einfluß auf das wissenschaftliche Leben sichern soll. Durch das HRG soll dies zusätzlich abgestützt werden. Unter den Bedingungen des Karlsruher Urteils sind Zwischenschritte oder Teilerfolge deutlich erschwert, sie sind aber nicht ausgeschlossen. Auch zeigt es sich, daß in einigen Fällen auch weitergehende Mitbestimmungpositionen erfolgreich verteidigt werden können. Wir nutzen alle Möglichkeiten, auch in den jetzigen Gremien reaktionäre Mehrheiten zu durchbrechen, für fortschrittliche Mehrheiten zu sorgen, und wir entwickeln dazu breiteste Bündnisinitiativen.

Angesichts der vom Karlsruher Urteil vorgesehenen Paritäten wächst die Bedeutung fortschrittlicher Gremienvertreter für den Massenkampf der Studenten. Vorhandene Positionen müssen genutzt werden, um bessere Möglichkeiten zu erkämpfen, auch an den Hochschulen der gewerkschaftlichen Forderung nach „gläsernen Taschen“ Geltung zu verschaffen. Deshalb ist es in der Praxis unmöglich, irgendwelche Schweigepflichten zu akzeptieren, denn verschwiegen werden sollen die reaktionären Machenschaften vor allem des Bundes Freiheit der Wissenschaft gegen

die Interessen der Arbeiter und Studenten. Durch die Entlarvung der rechten Geheimpolitik tragen fortschrittliche Gremienvertreter erheblich dazu bei, den demokratischen Massenkampf zu entwickeln. Unsere Gremienvertreter setzen die brennendsten Forderungen der Studenten in den Gremien auf die Tagesordnung, schließen Bündnisse, um diese inhaltlichen Forderungen durchzusetzen und stützen sich dabei auf die Kraft der kämpfenden Studenten.

In jeder Vorlesung, in jedem Seminar setzt der MSB sich dafür ein, daß die Mitbestimmungsrechte der Studenten über Forschung und Lehre erhalten und ausgebaut werden. Mitbestimmungsrechte sind keine Privilegien für von der Basis abgehobene Gremienvertreter.

Die Durchsetzung wirksamer Mitbestimmungsrechte ist eine wichtige Kampfposition zur Gestaltung des Lehrbetriebs am Arbeitsplatz der Studenten.

Die herrschende Klasse hat in ihrem Karlsruher Urteil erreicht, daß die Frage der Mitbestimmung auch von reformistischen Kräften grundsätzlicher aufgeworfen werden muß:

Wer hat die Macht im Staat?

Wenn die Herrschenden in Wirtschaft und Politik ihre Machtpositionen als die einzige verfassungskonformen zementieren und jegliche Mitbestimmungsposition an den Hochschulen ausschalten wollen, dann muß jeder Schritt, der Verbesserung und Demokratisierung der Ausbildung direkt gegen ihre Machtpositionen, an der Seite der Arbeiterklasse erkämpft werden. Nur durch diesen zäh geführten Kampf erreichen wir eine Veränderung des Kräfteverhältnisses, die die Durchsetzung grundsätzlich besserer und stabilerer Mitbestimmungspositionen ermöglicht — mit oder ohne das Karlsruher Urteil.

Letztlich geht es uns um die Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie, die auch unser Land den Weg zum Sozialismus öffnen soll. Die antimonopolistische und sozialistische Umwälzung ist mehr als eine Kette oder Summe von Reformen, aber Reformen sind wichtige Schritte dorthin. Daß dieser Kampf langfristig ist, heißt nicht, daß er auf die lange Bank geschoben werden darf. Der Kampf für Demokratie, für mehr demokratische Rechte beginnt gegenwärtig mit der Verteidigung der noch vorhandenen demokratischen Rechte, diese Verteidigung ist ein wichtiger Zugang zu den durch die Verhältnisse an den Hochschulen auf die Tagesordnung gesetzten Kampf um mehr Mitbestimmung und demokratische Kontrolle. „Sich gegen den Abbau demokratischer Rechte zur Wehr zu setzen, die erkämpften Mitbestimmungsrechte zu verteidigen und gleichzeitig für die Erweiterung dieser Rechte, für eine wirkliche Mitbestimmung einzutreten — darin besteht unsere Aufgabe“ (SAP, S. 78).

Abschnitt 17:

Ohne gewerkschaftliche Orientierung gibt es keine wirksame verfaßte Studentenschaft

Der Kampf um die studentische Interessenvertretung spitzt sich in diesem Jahr zu einer der entscheidenden Fragen an den Hochschulen zu und wird auf lange Sicht einer der Brennpunkte der Auseinandersetzung zwischen Monopolkapital und Studenten bleiben. Deshalb ist es eine Lebensfrage für die verfaßte Studentenschaft, Klarheit unter den Studenten zu schaffen darüber, mit welcher Politik die Organe der verfaßten Studentenschaft in den letzten Jahren gestärkt und in den meisten Fällen erfolgreich verteidigt werden konnten.

Unser Standpunkt lautet: Diese Politik ist die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung. Der MSB Spartakus ist keine gewerkschaftlich orientierte Organisation, und Politik der gewerkschaftlichen Orientierung ist nicht identisch mit Spartakus-Politik. Spartakus-Politik ist in ihrem Wesen Kampf um den Sozialismus, das ist weitergehend und umfassender als gewerkschaftlicher Kampf. „Doch was die Aufgaben der sozialistischen Revolution mit den aktuellen Aufgaben des demokratischen Kampfes verbindet, ist die Stoßrichtung dieses Kampfes gegen die ökonomische und politische Macht des Monopolkapitals“ (SAP, S. 15).

Für den antimonopolistischen Massenkampf an der Hochschule sind heute als wesentliche Bedingungen gemeinsame antimonopolistische Grundinteressen der überwiegenden Mehrheit der Studenten gegeben, und mehr und mehr Studenten entwickeln die Bereitschaft, an dem einen oder anderen Punkt sich an diesem Kampf zu beteiligen. In diesem Kampf müssen sie sich, um erfolgreich sein zu können, organisieren. Aber Erfolge für die Studenten ebenso wie für die Arbeiter sind im Kapitalismus häufig nur zeitweilig, stets gefährdet, und stoßen die Massen unvermeidlich auf neue Probleme, die der Kapitalismus nicht lösen kann. Marx und Engels zogen deshalb im Kommunistischen Manifest den Schluß: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer

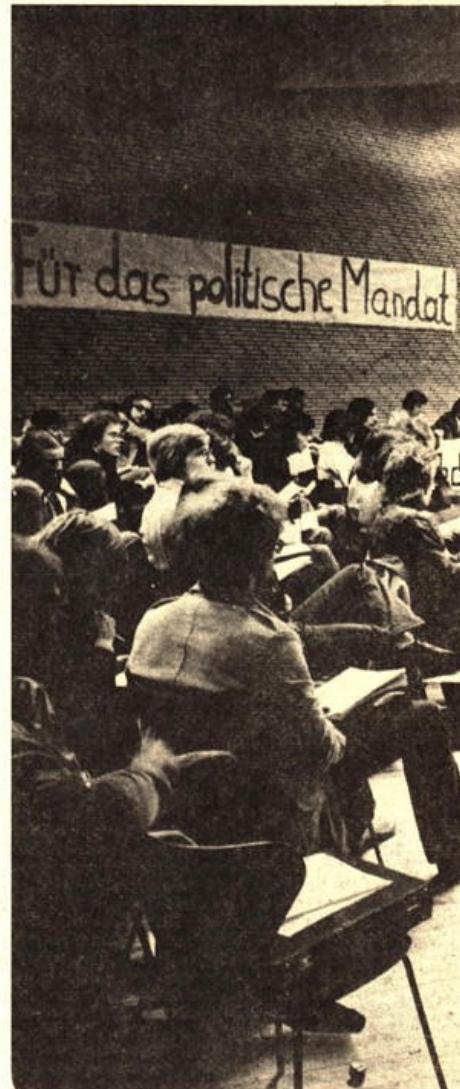
Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter“ (Bd. 4, S. 472).

Dieses „eigentliche Resultat“ zu bewirken, steht als elementare Notwendigkeit auch für die Studenten. Aufgrund der Übergangssituation, in der sich die Studenten befinden, können jedoch gewerkschaftsähnliche Organisationsformen von Studenten nur vorläufigen Charakter haben. Das Wesen einer wirklichen Interessenvertretung der Studenten besteht deshalb sowohl darin, den Interessenkampf der Studenten zu organisieren, als auch die Studenten auf die spätere Organisierung in den Gewerkschaften zu orientieren.

Der Spartakus schlägt deshalb, ausgehend von seiner marxistischen Strategie, den Studenten vor, zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen die gesetzlich vorgesehenen Organe der verfaßten Studentenschaft zu einer antimonopolistischen Interessenvertretung auszubauen, diese Interessenvertretung durch aktive Mitarbeit zu stärken und zu untermauern und in dieser Interessenvertretung die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu suchen. Das ist die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die der MSB und der SHB gemeinsam ausgearbeitet haben und in den letzten Jahren häufig gemeinsam, häufig auch mit weiteren fortschrittlichen Organisationen und mit unorganisierten Studenten erfolgreich praktizieren. Der Spartakus schlägt diese Politik für die Organe der verfaßten Studentenschaft vor, weil in seiner Strategie der Kampf um die Tagesinteressen der Studenten und das sozialistische Ziel eine Einheit bilden und die Organisierung der Studenten darin eine bedeutende Rolle spielt. Weil wir Revolutionäre sind, treten wir für eine organisierte Interessenvertretung der Studenten ein, die die Studenten gerade jetzt brauchen, um ihre Tagesinteressen zu verteidigen, um ihre vordringlichsten Forderungen durchsetzen zu können. Weil wir Revolutionäre sind, treten wir zugleich dafür ein, daß diese Interessenvertretung die Vorbereitung der Studenten auf einen ausdauernden, über Tagesfragen hinausreichenden antimonopolistischen Kampf mit und in den Gewerkschaften einschließt.

Weil die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung auf den gemeinsamen antimonopolistischen Interessen der Masse der Studenten aufbaut, können wir diese Politik gemeinsam mit verbündeten Organisationen und unorganisierten Studenten — ohne deren Willen zu vergewaltigen — für die Interessenvertretungsorgane entwickeln, propagieren und durchführen.

Um die verfaßte Studentenschaft stärken zu können, müssen wir die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung gegen alle rechten Verleumdungen und „links“-rechts-opportunistischen Verfälschungen verteidigen. Dies gilt für jeden der drei Kernbestandteile der gewerkschaftlichen Orientierung, wie sie im SAP (S. 15/16) kurz zusammengefaßt sind: Den antimonopolistischen Massenkampf, die Organisierung der Studenten in diesem Kampf und die Heranführung an die DGB-



Gewerkschaften. Der antimonopolistische Massenkampf, die Grundlage der ganzen Politik der gewerkschaftlichen Orientierung in den Organen der verfaßten Studentenschaft, steht dabei natürlich im Kreuzfeuer der Kritik: Die herrschende Klasse bestreitet den Interessenorganen ihr politisches Mandat. Darauf zielt sie jedoch nicht auf irgendwelche mehr oder weniger verbindliche politische Stellungnahmen von Studentenparlamenten usw. ab, sondern sie will verhindern, daß die studentische Interessenvertretung ihre Tätigkeit ausdrücklich gegen die Herrschenden in diesem Land, gegen die Monopole und ihre Regierungen und Politiker richtet, die gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse her vorhebt und auf dieser Grundlage die Zusammenarbeit mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren Gewerkschaften sucht. Man kann also sagen, daß die Angriffe gegen das politische Mandat auf die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung in den Organen der verfaßten Studentenschaft abzielen und da-



Öffentliche Studentenparlamentssitzung in Hamburg: „Im Studentenaktionsprogramm sind die drei Kernbestandteile der gewerkschaftlichen Orientierung zusammengefaßt: der antimonopolistische Massenkampf, die Organisierung der Studenten in diesem Kampf und die Heranführung an die DGB-Gewerkschaften.“

mit auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft selber, die ohne gewerkschaftliche Orientierung nicht wirksam arbeiten können. Aus derselben Überlegung heraus hat der RCDS z. B. den Sternmarsch für die Erhöhung des BAFÖG im Januar vorigen Jahres nach vielem Hin und Her „an sich“ begrüßt, sich aber zugleich schärfstens gegen die antimonopolistische „Ideologie“ des vds im Sozialkampf gewandt und deshalb die Studenten zum Boykott dieser Demonstration aufgerufen.

Gegenüber diesen gezielten Anschlägen auf die Studentenvertretung sind opportunistische Kräfte nicht immer konsequent in der Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft. Sie leugnen die Existenz antimonopolistischer

Grundinteressen der Masse der Studenten und die Notwendigkeit, diese Interessen in einem bewußt geleiteten und organisierten Kampf durchzusetzen und versuchen deshalb in der Praxis häufig, ASten zum Subjekt idealistisch aufgesetzter „Politisierungsstrategien“ oder zum Objekt urwüchsig entstandener Basisinitiativen zu machen.

Das erschwert dann auch die Einbeziehung der Studenten in die Tätigkeit der Organe der Verfaßten Studentenschaft. Denn die Verfaßte Studentenschaft kann ja nur gestärkt werden, wenn ihre Organe auf der Grundlage antimonopolistischer Aktionsprogramme aus den Wahlen hervorgehen und diese Programme von den Interessenorganen gestützt auf die Mitarbeit der Studenten durchgeführt

werden. Vollversammlungen sind wichtige Einrichtungen für den antimonopolistischen Massenkampf der Studenten, die zur Mitarbeit der Studenten an der Durchführung des aus den Wahlen zahlreich hervorgegangenen antimonopolistischen ASTA-Programms (bzw. zur Entwicklung des antimonopolistischen Massenkampfes in Opposition zu einem rechten oder sektiererischen ASTA bzw. zum Vorwärtsdrängen eines rechtsopportunistischen ASTA) beitragen. Sogenannte „basisdemokratische“ Vorstellungen, die die Tätigkeit des ASTA von mehr oder weniger zufälligen Vollversammlungsentscheidungen abhängig machen wollen, negieren die Notwendigkeit, den ASTA als Organ des antimonopolistischen Interessenkampfes der Studenten auszubauen und mehr und mehr Studenten auf dieser Grundlage für einen kontinuierlichen Kampf für die eigenen Interessen zu gewinnen.

Von den genannten falschen Positionen auszugehen, hindert die Studenten deshalb auch daran, sich durch kontinuierliche Unterstützung der Verfaßten Studentenschaft auf eine aktive Gewerkschaftsarbeit im Beruf im Sinne der Interessen der Arbeiter und Angestellten vorzubereiten. Politik der gewerkschaftlichen Orientierung schließt keineswegs eine Identifizierung mit jedem politischen Schritt der Gewerkschaftsvorstände im DGB ein, sondern erkennt vielmehr die Notwendigkeit an, sich als Gewerkschaftsmitglieder „entschlossen gegen alle Versuche zur Wehr zu setzen, die Gewerkschaften als Ordnungsfaktoren der Herrschenden zu mißbrauchen“ (SAP, S. 16).

In der Bundesrepublik heißt dies insbesondere, die historische Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft zu verteidigen. Entgegen allen Verdächtigungen von verschiedener Seite bezüglich seines Verhältnisses zu den Gewerkschaften bekräftigt und propagiert der MSB seine Position, daß die Studenten durch ihren Interessenkampf an der Seite der Arbeiterklasse, der im Rahmen der Organe der Verfaßten Studentenschaft zu organisieren ist, auf den antimonopolistischen Kampf in ihrem weiteren Berufsleben gemeinsam mit der Arbeiterklasse und in ihren Organisationen auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen orientiert werden müssen.

Abschnitt 18:

Den Zusammenschluß der Studenten und ihre Interessenorgane fördern – die eigenständige Rolle der Sektionen erhöhen

Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung lebt von der aktiven und organisierten Mitarbeit der Studenten.

Bei der Durchsetzung der antimonopolistischen Interessen der Studenten setzen wir auf die Kraft des solidarischen Kampfes der Studenten, weil alles andere nichts an unserer Lage verändern, sondern nur das untätige Hoffen auf die bürgerlichen Parteien fördern würde. Wir bekämpfen kompromißlos rechte Positionen, die ganz im Sinne der Herrschenden die Aktionen der Studenten durch ungefährliche Gespräche mit den Regierenden ersetzen wollen. Wir bekämpfen opportunistische Auffassungen, die die Kraft der Massen gering schätzen und damit der Politik der Herrschenden auf den Leim gehen.

Die organisierte Mitarbeit der Studenten darf sich aber nicht nur sporadisch in **Massenaktionen** vollziehen. Die Studenten müssen kontinuierlich aktiv sein und an der Lösung der brennendsten Probleme mitwirken, auch wenn zu dem einen oder anderen Problem gerade keine Massenaktionen stattfinden. Deshalb fördern wir das **kontinuierliche Engagement** der Studenten an den brennendsten Tagesfragen – und das möglichst eng an ihrem Arbeitsplatz. Wir schaffen dadurch eine Grundlage, von der aus die Zuspritzung an einzelnen Fragen zu Massenaktionen jederzeit möglich ist.

Die kontinuierliche Mitarbeit der Studenten auch über die Beteiligung an Massenaktionen hinaus ist selbst ein wichtiger Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses. Die Studenten konfrontieren die Herrschenden so laufend mit ihren Forderungen und gewinnen Bündnispartner.

Zugleich erleichtert diese enge ständige Mitarbeit der Studenten die Stabilisierung von Kampferfahrungen, die die Studenten besonders in Massenaktionen sammeln.

Deshalb hat die 5. BV-Tagung die Bildung von Fachschaftskollektiven vorgeschlagen, die im Seminar, am Arbeitsplatz der Studenten an der Lösung wichtiger Probleme der jeweiligen Lehrveranstaltung arbeiten und gleichzeitig wichtige Beiträge zur Umsetzung des gesamten gewerkschaftlich orientierten Fachschaftsaktionsprogramms leisten, sozusagen als stabiles Fundament für eine erfolgreiche Fachschaftsarbeit. Sie bieten gute Möglichkeiten, an den vielfältigen Problemen der Studenten am Ball zu bleiben und können große Beiträge leisten, mehr Studenten in den organisierten Massenkampf einzubziehen. Und das tun sie eben auch in so wichti-

gen Fragen, die über den Rahmen des einzelnen Seminars weit hinausgehen, wie z. B. dem Sozialkampf.

Die Arbeit dieser Kollektive wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie aufs engste mit den Fachschaftsräten und ASten zusammenarbeiten, die Initiativen der ASten und Fachschaftsräte umsetzen und selbst aus dem Seminar Initiativen entwickeln, die vom Fachschaftsrat aufgegriffen werden.

Sie bilden so ein festes Fundament kontinuierlicher antimonopolistischer Interessenvertretung, einen festen Kern von „gewerkschaftlichen Vertrauensleuten“, der allen Studenten den Zugang zur Mitarbeit in den Organen der Verfaßten Studentenschaft erleichtert.

Dieses stabile Fundament entsteht nicht spontan, es ist das Ergebnis der kontinuierlichen Massenarbeit unserer Genossen, das Ergebnis der Aktivität und des Engagements anderer fortschrittlicher Studentenorganisationen und damit auch der Fähigkeit unserer Sektionen, möglichst viele organisierte und unorganisierte Studenten für die Verwirklichung dieser Aufgabe zu gewinnen. Vor allem aber erfordert diese Aufgabe das aktive Handeln aller Genossen. Das erfordert, daß jeder Spartakist in seinem Seminar aktiv wird, die berechtigten Forderungen der Studenten zur Sprache bringt und Studenten aus dem Seminar für die gemeinsame Durchsetzung der Forderungen gewinnt.

Politische Arbeit im Studium heißt mehr, als vor der Lehrveranstaltung die nächste Demonstration oder Veranstaltung anzusagen. Das heißt:

— Nicht zu warten, bis den Studenten der Kragen platzt, weil man in 100-Mann-Seminaren nichts lernen kann, und dann mitzumachen, sondern als **erster** die materiellen Studienbedingungen anzuprangern, um die Studenten zum organisierten Kampf anzuleiten.

— Als erster den Unmut über reaktionäre Lehrinhalte im Seminar zu artikulieren, die politischen Konsequenzen scheinbar „wertneutraler“ Inhalte aufzudecken, im Seminar die Diskussion und Durchsetzung inhaltlicher Alternativen einzuleiten.

— Regelmäßig mit seinen Kommilitonen im Seminar persönlich die aktuellen Probleme im Studium, der persönlichen Lage, die brennendsten Probleme (und das sind alle Schwerpunktaufgaben des Verbandes) überhaupt zu besprechen, über unsere Flugblätter zu diskutieren und sie so für unsere Alternativen zu gewinnen.

— Regelmäßig im Seminar die roten blätter zu verkaufen und darüber mit Kommilitonen

zu sprechen. Die Genossen, die regelmäßig studieren und dabei viel mit ihren Kommilitonen diskutieren, sind auch die besten roten blätter-Verkäufer.

Diese präsönliche Massenarbeit, der persönliche Mut zum Gespräch ist die beste Möglichkeit, Studenten zur Gründung und Mitarbeit in Fachschaftskollektiven zu gewinnen.

Die Sektion organisiert die Massenarbeit unserer Genossen und setzt die gesamte Politik des Verbandes in ihrem Bereich um – sie geht nicht in der Fachschaftsarbeit auf.

Die Erfahrungen der persönlichen Massenarbeit der Genossen auszuwerten, sie zu organisieren, muß wesentlicher Bestandteil der Arbeit jeder Sektion sein. Nur so können wir zuverlässig die Richtigkeit unserer Politik überprüfen und richtige Beschlüsse für das eigenständige Auftreten der Sektion und der einzelnen Genossen fassen. Ein sicheres Zeichen für kurzsichtige Sektionsarbeit ist es, wenn sich unsere Genossen stärker vom „praktischen“ Fachschaftsrat als von der Sektion angeleitet fühlen.

Die Sektion als Bestandteil unserer marxistischen Organisation entwickelt öffentliche Initiativen für die Fachschaftsarbeit auf Grundlage der zentralen Verbandsbeschlüsse; als revolutionärer Verband treten wir überall am, konsequentesten für die Tagesinteressen der Studenten ein. Diese Arbeit überlassen wir auch nicht allein dem Fachschaftsrat, der den praktischen Kampf der Studenten für ihre materiellen und politischen Interessen organisiert.

Die Sektion bereitet Vollversammlungen durch Flugblätter vor auf Grundlage einer gründlichen internen Vorbereitung, die das Auftreten unserer Genossen festlegt. In der Sektion werden die wichtigsten und besten Argumente erarbeitet, mit denen wir zu den anstehenden Problemen auf VVs auftreten, mit denen jeder Genosse im persönlichen Gespräch Studenten für unsere Aktionsvorstellungen gewinnt. Die Sektion plant kollektiv die Arbeit unserer Genossen im Fachschaftsrat und nicht umgekehrt.

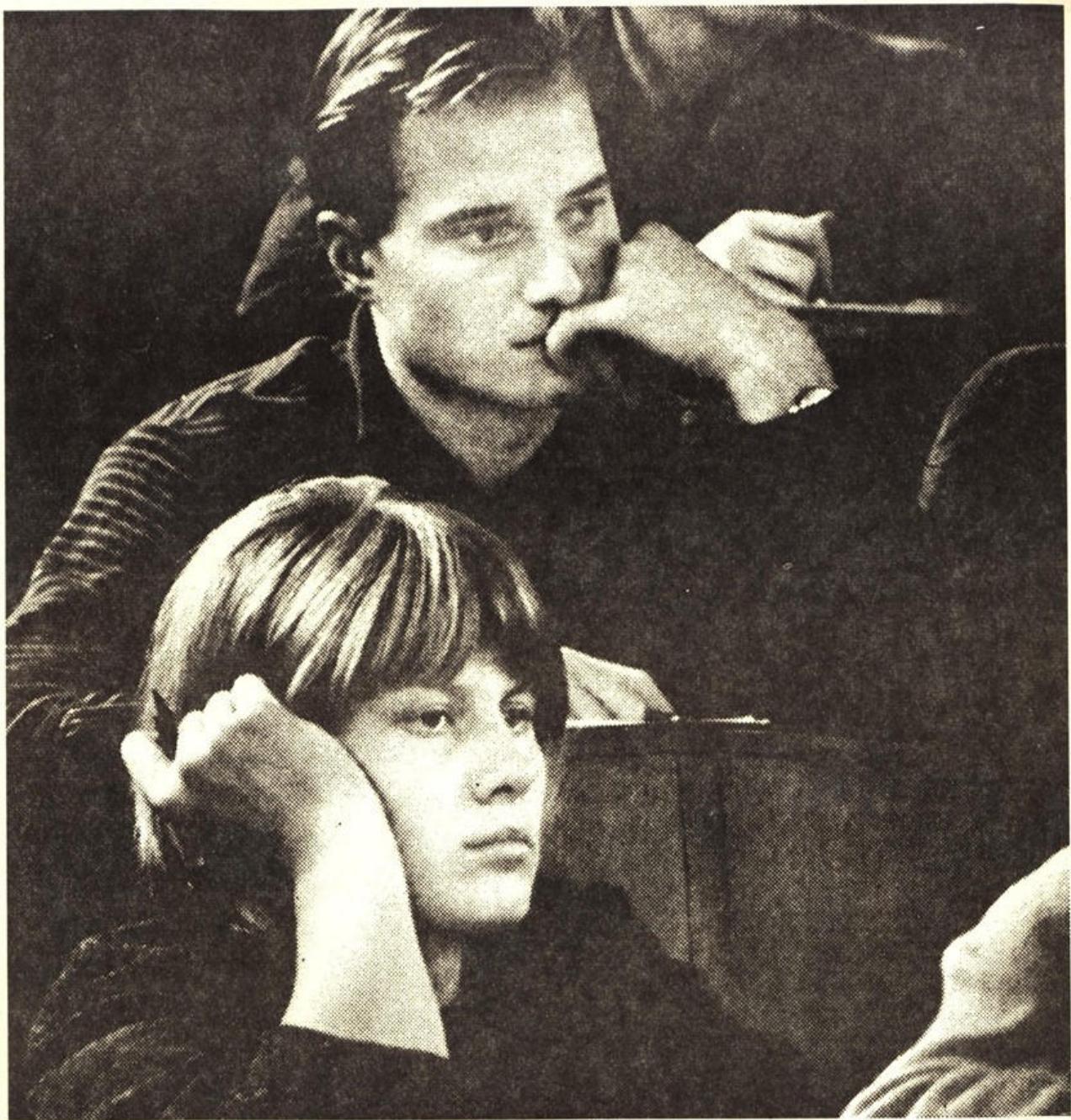
Unsere Sektionen entwickeln eine eigenständige Bündnispolitik, diskutieren unsere Aktionsvorschläge regelmäßig mit allen befreundeten Organisationen und Studenten, beraten mit ihnen solidarisch die nächsten Schritte und nehmen dabei alle positiven Vorschläge auf.

Wir haben kein Monopol auf die Entwicklung der besten Aktionsvorschläge, obwohl wir uns als marxistische Organisation ständig darum bemühen, am initiativreichsten und energischsten für die studentischen Interessen einzutreten.

Ebenso haben wir kein Monopol auf die politische Argumentation. Im Gegenteil, wir streben an, daß die ASten und Fachschaftsräte überzeugend politisch argumentieren auf der Grundlage ihres Programms, und das auch beim Herausarbeiten wichtiger Lehren aus den durchgeführten Aktionen.

Dies erhöht aber zugleich die Bedeutung einer wirklich ideenreichen, prinzipienfesten und überzeugenden politisch-ideologischen Erziehungsarbeit unserer Genossen unter den Studenten.

Als revolutionärer Verband verkörpern wir zugleich das Ziel der Bewegung, und das muß sichtbar werden in der täglichen Arbeit aller Sektionen. Die Sektion entfaltet durch ihre Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Bildungsarbeit, Veranstaltungen und v. a. der persönlichen Arbeit jedes Genossen die politisch-ideologische Erziehungsarbeit unter den Studenten. Sie erklärt die systembedingten Ursachen des Bildungsnotstands, von Inflation und Arbeitslosigkeit. Sie wertet öffentlich die



Kampferfahrungen aus und fördert dabei die Entwicklung sozialistischen Bewußtseins. Sie gewinnt Studenten für unser sozialistisches Ziel, wirbt Mitglieder und organisiert die Arbeit mit den roten Blättern.

Ein solches Herangehen erleichtert es aber auch dem Fachschaftsrat, seine Aufgaben wahrzunehmen. Es fördert den Zusammenschluß der Studenten um die Organe der Ver-

Die Fachschaftskollektive sollen im Seminar, am Arbeitsplatz der Studenten, an der Lösung wichtiger Probleme der jeweiligen Lehrveranstaltung arbeiten. Gleichzeitig sollen sie wichtige Beiträge zur Umsetzung des gesamten gewerkschaftlich orientierten Fachschaftsaktionsprogramms leisten, sozusagen als stabiles Fundament für eine erfolgreiche Fachschaftsarbeit.

faßten Studentenschaft, weil so jeder Genosse in die Lage versetzt wird, seinen Beitrag zur politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit zu

leisten, und dadurch auch mehr Studenten für die Mitarbeit in Fachschaftskollektiven zu gewinnen.



III.

Aufruf an alle Genossinnen und Genosßen an alle mit dem MSB sympathisierenden Studenten

Im Oktober 1975 wird der 4. Bundeskongreß des MSB Spartakus stattfinden.

Der Bundesvorstand des MSB ruft von seiner 6. Tagung alle Genossinnen und Genossen dazu auf, durch die weitere Stabilisierung und den weiteren Ausbau unseres Masseneinflusses, durch die weitere Festigung unserer Organisation, durch die verstärkte Arbeit mit dem Studentenaktionsprogramm und durch viele Initiativen als vorwärtsdrängende, organisierende und einigende Kraft den Kampf der Studenten für mehr soziale Sicherheit, für demokratische Rechte, für mehr und bessere Studienplätze zu unterstützen. Der Bundesvorstand ruft alle mit uns sympathisierenden Studenten auf: Diskutiert mit uns unsere Aktionsvorschläge, unser Studentenaktionsprogramm, unsere revolutionäre Strategie, unser sozialistisches Ziel! Arbeitet mit in den Sektionen des Spartakus, nehmt an den Bildungsveranstaltungen des Spartakus teil, werdet Mitglied!

Es gibt für einen Studenten nichts Effektiveres, um für seine Interessen einzutreten, für Demokratie, Frieden, Solidarität und Sozialismus zu kämpfen, als Mitglied im Spartakus zu werden und aktiv mitzuarbeiten.

Genossinnen und Genossen!

Wir müssen noch besser unserer Verantwortung als marxistische Massenorganisation der Studenten gerecht werden. Deshalb müssen wir uns bemühen, überzeugender politisch zu argumentieren, wenn wir unsere Studienkollegen für die gemeinsame Lösung unserer sozialen oder Studienprobleme zu gewinnen versuchen, wenn wir mit ihnen über die „große Politik“ diskutieren, über unsere antimonopolistische Alternative und unser sozialistisches Ziel.

Wir müssen den Studenten konkretere und attraktive Vorschläge machen, wie sie bereits während ihres Studiums und im Rahmen ihres Studiums zum Kampf der Arbeiterklasse, zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen können.

Wir müssen mit mehr Studenten regelmäßig über unsere Politik sprechen, sie in die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Aktionen einbeziehen.

Das Studentenaktionsprogramm muß im Mittelpunkt unserer Massenarbeit stehen.

Wir müssen unsere Sektionsarbeit verbessern, damit die Sektionen alle Genossen zur Lösung dieser Aufgaben besser befähigen.

4. elementare Maßnahmen zur Verbesserung und Demokratisierung des Studiums, wie sie der 3. BK des MSB angeregt hat, erwirken oder — soweit möglich — selber einleiten.

5. einen Beitrag leisten zur Sicherung des Friedens, zur antiimperialistischen Solidarität.

Wir versprechen den Studenten nicht leichtfertig Erfolge. Erfolgsmöglichkeiten hängen vom Kräfteverhältnis zwischen der herrschenden Klasse einerseits und den Studenten, der arbeitenden und lernenden Jugend, allen arbeitenden Menschen andererseits ab, und dieses Kräfteverhältnis ist nur durch unseren Kampf zu unseren Gunsten zu verändern.

So können die Studenten zu seiner Veränderung beitragen:

— durch mehr Kontinuität in ihren Aktivitäten im Studienbetrieb, am Fachbereich und an der Hochschule, auf örtlicher und regionaler Ebene;

— durch den Zusammenschluß um ihre Interessenvertretung, die Organe der Verfaßten Studentenschaft, vor allem durch die Bildung von Fachschaftsgruppen im Lehrbetrieb;

— durch die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte unter den Studenten, die auf die Verwirklichung der gemeinsamen Interessen der Studenten an der Seite der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist, sowie durch das Bündnis mit dem Hochschulpersonal;

— durch systematische Information der arbeitenden Bevölkerung über ihre Forderungen, durch Nutzung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Arbeiterjugend und den Gewerkschaften;

— durch politisch sinnvolle, gut vorbereitete öffentliche Aktionen, die die Massenbewegungen der Studenten zum Ausdruck bringen und weiter verstärken, denn für die Veränderung des Kräfteverhältnisses geben letztlich immer Massenbewegungen den Ausschlag. Massenaktionen verbessern auch die Möglichkeiten, in der kontinuierlichen Kleinarbeit in Fachschaften, Arbeitsgruppen usw. Erfolge zu erringen.

Deshalb gehört es zu den wichtigsten Aufgaben aller Organe der Verfaßten Studentenschaft in diesem Jahr, die zentrale Massenaktion der Studenten im Sommer zu einem großen politischen Erfolg zu machen: zu einer massiven und solidarischen Willensbekundung der Studenten, daß sie es ernst meinen mit der Durchsetzung ihrer Forderungen, und daß die herrschende Klasse mit ihrer Politik des Rotstifts und der politischen Entmündigung bei den Studenten nicht durchkommt; zu einem weithin sichtbaren Zeichen für die arbeitenden Menschen, daß die Studenten mit ihnen solidarisch sind und sich nicht auf ihre Kosten ein schönes Leben machen wollen; zu einem großen Schritt nach vorn in der Zusammenarbeit mit den Lehrlingen, Schülern, jungen Arbeitern und Arbeitslosen, mit der DGB-Jugend. Es lohnt sich für alle Studenten, an den großen Demonstrationen für die Forderungen teilzunehmen:

— Für 600 DM BAFöG mit 1200 DM Elternfreibetrag. Schluß mit den sozialen Verschlechterungen!

— Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit dem Recht zur politischen Interessenvertretung. Schluß mit den Berufsverboten und den anderen Angriffen gegen unsere demokratischen Rechte!

— Für die Schaffung von mehr Studien- und Ausbildungsplätzen und besseren Studienbedingungen. Das ist „machbar“, wenn bei Konzernprofiten und Rüstungsausgaben der Gürtel enger geschnallt wird!

Die Studenten brauchen, um diese Forderungen durchsetzen zu können, einen starken MSB Spartakus! Stark an Mitgliedern, stark durch seine stabile Verankerung unter den Studenten, stark durch ein hohes politisch-ideologisches Niveau seiner Gruppen- und Sektionsarbeit.

Werden wir unserer wachsenden Verantwortung gegenüber den Studenten noch besser gerecht!

Mit dem Studentenaktionsprogramm — vorwärts zum 4. Bundeskongreß!

Wir brauchen eine für alle Genossen und mehr befreundete Studenten attraktive Bildungsarbeit, um unseren Verband noch mehr politisch ideologisch zu festigen und uns noch sicherer in der öffentlichen Begründung und Diskussion unserer Politik zu machen.

Wir müssen die Werbung vieler neuer Mitglieder für den MSB, vieler neuer Leser und Abonnenten der roten blätter zu einer ständigen vordringlichen Aufgabe aller Genossen machen.

Um auf all diesen Gebieten den gewachsenen Anforderungen an unseren Verband noch besser gerecht zu werden, um einen noch wirksameren Beitrag zum Kampf der Studenten für die Verbesserung ihrer Lage leisten zu können, führen alle Vorstände, Gruppen und Sektionen einen Wettbewerb durch. Diejenigen sind die Besten, werden am besten ihrer Verantwortung vor den Studenten gerecht, die sich um die Verbesserung aller hier genannten Seiten unserer Politik am erfolgreichsten bemühen. Wir wollen diesen Wettbewerb auf dem 4. Bundeskongreß abschließen, der auf der Grundlage einer politischen Gesamtbeurteilung die Besten auszeichnet, Bilanz zieht und unsere Politik für den kommenden Zeitraum beschließt.

Genossinnen und Genossen!

Die Vorbereitung des 4. Bundeskongresses ist keine primär inner-organisatorische Aufgabe. Es geht uns darum, uns noch wirksamer für die Interessen der Studenten einzusetzen zu können, für den Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse!

Denn trotz aller Versuche der herrschenden Klasse, eine Tendenzwende an den Hochschulen herbeizuführen, haben sich in den vergangenen Monaten viele Studenten an Aktionen zur Durchsetzung ihrer drängendsten Forderungen beteiligt und in mühevoller Kleinarbeit in Fachschaften an Infoständen usw. schon einzelne Erfolge erzielt.

Auch das Jahr 1975 kann für die Studenten kein Jahr des Abwartens oder des Sich-Abfindens sein!

Im Jahr 1975 müssen und können die Studenten

1. dazu beitragen, daß der Ruf nach Preis-, Miet- und Gebührenstopp in unserem Land, nach Sicherung von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Massenkaufkraft, Beschneidung der Konzernprofite unüberhörbar wird und daß die Ausbildungsförderung auf einen Richtsatz von 600 DM bei einem Elternfreibetrag von 1200 DM erhöht wird und möglichst viele der breitgefächerten sozialen Verschlechterungen zurückgenommen werden;

2. anfangen, mit Schülern, Lehrlingen, jungen Arbeitern und Arbeitslosen für mehr Studienplätze und Lehrstellen, gegen verschärften Konkurrenzdruck und weitere Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen, gegen die Politik des „Gürtel-enger-schnallens“ an einem Strang zu ziehen, nicht lockerlassen und konkrete, auch kleinste Verbesserungen der Studienbedingungen zu erzwingen;

3. die Front der Gegner der verfassungswidrigen Berufsverbote verbreitern helfen und die Einstellung möglichst vieler gefährdeten oder zunächst abgewiesener demokratischer Bewerber durchsetzen, die Organe der Verfaßten Studentenschaft, wo es nur geht, erhalten und durch Mitarbeit untermauern, Ordnungsrecht und andere Unterdrückungsmaßnahmen soweit wie möglich verhindern oder praktisch durchbrechen, die ungehinderte Tätigkeit des MSB und anderer fortschrittlicher Studentenorganisationen verteidigen und unterstützen;



Klein-Anzeigen

Kleinanzeigen sind ein weiterer Grund, die roten blätter zu abonnieren. Denn Abonnenten können kostenlos annoncieren!

Nichtabonnenten müssen 6 DM in Briefmarken beilegen! Anzeigen sind zu allen Themen gefragt: Bekanntschaftsanzeigen, Bücherverkauf und -ankauf, Suchanzeigen für wissenschaftliche Materialien, Studienplatzwechsel, Wohnungssuche bei Studienortwechsel etc.

Fazit 1-11

Suche Zeitschrift „Facit“ (Köln), Nr. 1-11, gegen gute Bezahlung. Zuschr. unter D 11.

Tee

Über 20 verschiedene Sorten Tee zu billigen Preisen bei guter Qualität. Preislisten kostenlos zu erhalten bei Günter Upmann, 4618 Kamen-Metternich, Von-Stein-Straße 5, Tel. 0 23 07/3 14 45.

DDR-Reise

Wer kennt billige Unterkunftsmöglichkeiten für eine Reise durch die DDR? (Jugendherbergsliste oder ähnliches.) Zuschr. unter D 12.

Brecht-Gesamtausgabe

Suche Brecht-Gesamtausgabe (Suhrkamp), Glasrahmen (Größe angeben), Raum Bremen. Preisangebote unter D 13.

Friedrich Wolf

Vergriffene Ausgaben gesucht; wer kann für ein paar Monate ausleihen: 1. Gesammelte Werke, Berlin 1962 ff., Bände 9, 10, 11, 14, 16, 2. Wolf, Briefe in einem Band (1958), 3. Pollatschek, Friedrich-Wolf-Biographie (1963), 4. Pollatschek, u. a.: Das Bühnenwerk Friedrich Wolfs (1958). Zuschr. an W. Albrecht, 68 Mannheim 1, U 4-13.

Zimmer in Mainz

Gen. (Studentenfänger) sucht zum 1. April 1975 Zimmer in Mainz (evtl. auch vorläufige Unterkunft). Angebote an Thomas Kaczka, 479 Paderborn, Sturmstraße 1, Tel. 0 52 51/2 68 84.

Songbuch

Songbuch 75 der Regensburger Songgruppe erschienen. Preis 2,50 DM. Bestellungen an Klaus Knipp, 84 Grünthal, Keilbergstraße 6.

Wohnung in Bonn

Genossen und Genosse suchen Wohnung in Bonn, ca. 2½ bis 3 Zimmer, zum Wintersemester 75. Wenn möglich, schon ab Juli/August und nicht zu teuer. Bitte melden bei Erhard Ehresmann, 46 Dortmund-Lütgendortmund, Heideblick 47 1/2.

Soziologie in der UdSSR

Suche dringend russische Texte zur soziologischen Forschung (auch leihweise, um sie mir zu fotokopieren). Besonders von Osipov (Hrsg.) *Sociologija v SSSR*, 2 Bände, Moskau 1965. Zuschr. an Thomas Möbius, 44 Münster, Institut für Soziologie, Klosterstr. 40-48.

Jura-Phil.-Bekanntschaft

Suche Informationen, wie und wo man gut Jura/Phil. studieren kann (ab WS), evtl. gar erste Bekannte an einem künftigen Studienort. Günter Platzdasch (z. B. Soldat), 3284 Schieder bei Detmold, Mühlenbreite 9.

4- bis 5-Zimmer-Wohnung

in Köln für 4 Studenten gesucht. Ab 1. 3. 1975, bis ca. 600 DM. Tel. 02 21/23 92 39.

Köln!

Suche Genossen oder andere interessierte, die ihre Kinder auch in diesem Jahr in die Schule schicken werden zwecks gemeinsamer Einschulung und Schülerhortarbeit, Köln Süd oder Köln Mitte. Zuschr. an Jupp Schmidt, 5 Köln 1, Maturuskirchplatz 1.

Kongreß Ästhetik/Design

Internationaler Kongreß für technische Ästhetik/Design. Moskau, 13. bis 18. Oktober 1975. Anmeldungen und Information: Reisebüro Hansa-Tourist, 2 Hamburg 36, Hamburger Straße 132, Tel. 0 40/2 99 60 10 und 2 99 60 45.

Bitte alle Aufträge adressieren an rote blätter
MSB Spartakus – Bundesvorstand
53 Bonn 1
Postfach

"MAS TEMPRANO QUE TARDE DE NUEVO SE ABRIRAN LAS GRANDES ALAMEDAS POR DONDE PASE EL HOMBRE"

DIGNO PARA CONSTRUIR UNA SOCIEDAD MEJOR"

Salvador Allende 11.9.73

WERE FRÜHER ALS SPÄTER
WERDEN SICH FÜR DEN
WURDIGEN MENSCHEN WIEDER
BREITE WEGE ERÖFFNET, UM
EINE BESSERE GESELLSCHAFT
AUFZUBAUEN.



1	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
2	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100	
3	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100		
4	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100			
5	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100				
6	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100					
7	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100						
8	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100							
9	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100								
10	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100									
11	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100										
12	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100											
13	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100												
14	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100													
15	19	20	21</																																																																																													



Zweimal in der Woche ärgert EXTRA-Dienst ein paar hundert Leute. Kunststück. Weil er enthüllt. Sagt, wie es ist. Die Leser des einzigen linken Informationsdienstes der Bundesrepublik und Westberlins wissen, warum sie 9 DM im Monat dafür bezahlen: nirgendwo sonst bekommen sie zweimal wöchentlich eine solche Fülle an Information. Fördern Sie ein Probeexemplar an oder bestellen Sie direkt bei Verlag + Druck, 1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20.

Ich bestelle EXTRA-Dienst für monatlich DM 9,— ab für mindestens ein halbes Jahr.

Name

Vorname

Ort

Straße

DAS INTERESSIERT SIE :

EXTRA-Dienst hat 7000 Abonnenten und wird von 20 000 Menschen gelesen.

EXTRA-Dienst erscheint im 9. Jahrgang. Er hat je eine Redaktion in Bonn und Westberlin.

EXTRA-Dienst wird vor allem von Linken gelesen. Laut ED-Umfrage von 42 % SPD-Sympathisanten und 31 % DKP/SEW-Sympathisanten. 60 % aller ED-Leser sind gewerkschaftlich organisiert.

EXTRA-Dienst hat einen leserorientierten Anzeigenmarkt: Wohnungen, Jobs, Kinderladenplätze, Gebrauchsartikel.

EXTRA-Dienst ist kein Organ einer Partei oder einer anonymen Gesellschaft: ED gehört den im Impressum verzeichneten Redakteuren.

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

Unser Heft 100
ist eben erschienen!

tendenzen –
die einzige marxistische
Kunstzeitschrift in Westeuropa –
erscheint sechsmal jährlich
im 16. Jahrgang
Abo 35.— DM, Stud.-Abo 27.— DM
Einzelheft 6.50 DM

Unsere Arbeitsgebiete
Malerei – Grafik – Plastik
Karikatur – Plakat – Agitation
Werbung – Design
Kunsthochschulen
Kunstgeschichte
Marxistische Ästhetik
Kunsterziehung
Architektur – Wohnungsfragen
Parteiliche Fotografie
Kunstpolitik

Bitte Probeheft anfordern bei
Redaktion **tendenzen**
Dammitz Verlag
8 München 40
Kaiserstraße 54



WOCHEZEITUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **WOCHEZEITUNG**
für mindestens 1 Jahr
(Abonnementsspreis
vierteljährlich: DM 6.50)

TAGESZEITUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **TAGESZEITUNG**
für mindestens 3 Monate
(Abonnementsspreis:
monatlich DM 7.—)

UZ
Zeitung der DKP

Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
— Vertriebsabteilung —
404 Neuss/Rhld., Xantener Straße 7
Telefon 0 21 01 / 5 70 81 - 88

Hier
kann man
rote blätter
abonnieren:

Das größte
Studenten
magazin
in der
BRD

12 Ausgaben
10,50

